

30. Januar 1922

## PAUL KAMPFFMEYER , DIE KERNFRAGE DER SOZIALISTISCHEN EINIGUNG

**U**BERSCHAUT man die Leipziger Kongreßverhandlungen der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei, so erhält man häufig die Vorstellung, als wenn sich die Kongreßredner noch im Juni des Wahljahrs 1920 befänden. Sie fühlen sich als die großen sozialistischen Sammelpolitiker, die geschichtlich berufen sind die sozialdemokratischen Mehrheitspartei und die Kommunisten ihren Reihen einzuordnen. Sie scheinen die furchtbaren Niederlagen ihrer Partei im Jahr 1921 völlig vergessen zu haben und gehen absichtlich jedem ernststen Nachdenken über die klatschenden Schläge aus dem Weg, die hageldicht auf sie niedergeprasselt sind. Der Politiker der Unabhängigen Sozialdemokratie, der über seine eigene Nase hinwegblicken kann, wird aber heute schon mit der Tatsache rechnen, daß der Kreis der Niederlagen seiner Partei noch nicht geschlossen ist. Die Preß- und Organisationsverhältnisse der Unabhängigen Sozialdemokratie liegen heute so, daß sie der anschwellenden Reaktionswelle keine festen Dämme entgegensetzen können.

Die sozialdemokratische Mehrheitspartei hat sich nicht sonderlich über die Wortkanonaden aufgeregt, die von der äußersten Linken der Unabhängigen Sozialdemokratie auf sie niederdonnerten. In der gleichen Weise sie zu erwidern verbot der natürliche politische Takt, verbot das richtige Gefühl, daß Worte keine Taten sind, und daß die Anhängerschaft der Sozialdemokratie und die der Unabhängigen innerlich zusammengehören. Sollen die Genossen, die in lebensnotwendigen parlamentarischen Aktionen oft genug ihren Willen verschmelzen und ihre Hände zu gemeinsamer Arbeit vereinigen, plötzlich die Hände krampfhaft ballen und zur Genugtuung eines zuschauenden bürgerlichen Publikums auf einander losprügeln? Es ist fatal, daß es in unserer Bruderpartei leider noch von Männern wimmelt, die nur für die Straße sprechen und durch ein lautes Wortgepolter deren Lärm noch zu überschreien suchen. Aber wir dürfen eine Gassen- und Gossenpolitik der Verantwortungslosigkeit nicht mitmachen. Seit dem Novemberumsturz des Jahres 1918 liegt die Entscheidung über Deutschlands Schicksal mit in den Händen der organisierten deutschen sozialistischen Arbeiterklasse. Jeder unüberlegte Schritt der Arbeiter kann junge sprossende Saaten zertreten, die einmal reichliche Zukunftsernten bringen können.

In dieser Lage kann das moralische und politische Gewissen der Arbeiterschaft nicht zart genug besaitet sein.

Täglich, stündlich verkünden uns die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse Deutschlands die alte Wahrheit, daß das ökonomisch-soziale Problem unserer Tage, daß die sozialistisch-demokratische Frage nicht eine *bloße* Machtfrage ist, die durch scharfe, mehr oder weniger brutale Klassenkämpfe entschieden wird. Wenn man aber die Debatten des Leipziger Kongresses der Unabhängigen Sozialdemokratie verfolgt, dann muß man leider feststellen, daß noch viele, und zwar recht einflußreiche, Angehörige dieser Partei an einem wahren Klassenkampfaberglauben kranken. Es ist in der Tat nur ein Aberglaube, ein fast gespensterhafter Glaube, der den Klassenkampf überall herumspuken sieht, der aus dem großen Stampfen und Hämmern der wirtschaftlichen und politischen Welt nur den Donner sozialer Schlachten vernimmt. Unleugbar feierte auf dem Leipziger Kongreß unserer Bruderpartei die Klassenkampfphrase noch wahre Orgien. Gerade *weil* wir Mehrheitssozialisten in dem wirtschaftlichen, politischen und sozial-kulturellen Ringen der Menschheit nach Licht und Freiheit dem Klassenkampf eine entscheidende Rolle zumessen, müssen wir immer wieder vor einem Mißbrauch des Wortes Klassenkampf warnen. Dieser Mißbrauch verbreitet oft dichte Nebel über klare wirtschaftliche oder politische Situationen.

In den heißen Tagen der revolutionären Erhebung des Jahres 1919 mochten wohl viele das ganze Sozialisierungsproblem lediglich für eine in grundsätzlichen Klassenkämpfen zu lösende Machtfrage halten. Und doch berief man damals eine sachverständige Sozialisierungskommission und erklärte damit die Sozialisierung selbst für eine wirtschaftlich-technische Organisationsfrage von überragender Bedeutung. Die stark radikal zusammengesetzte Sozialisierungskommission äußerte sich nun über die Verstaatlichung des Kohlenbergbaus unter anderm:

»Ein naheliegender Gedanke ist natürlich den gesamten Kohlenbergbau und den Absatz seiner Produkte zu verstaatlichen. . . Die Kommission ist jedoch einhellig der Überzeugung, daß die gegenwärtige Organisation des Staatsbergbaues den wirtschaftlichen Bedürfnissen nicht entspreche, und einer Erweiterung des Einflusses der Gesamtheit eine völlige Umgestaltung dieser Verhältnisse vorauszugehen habe. . . . Jegliche Ausdehnung des staatlichen Betriebs ist unökonomisch und daher abzulehnen, solange nicht die völlige Loslösung dieser wirtschaftlichen Tätigkeit des Staates von seiner politischen und verwaltungsmäßigen, solange nicht der Bruch mit den bürokratischen Traditionen in den wirtschaftlichen Betrieben des Staates erfolgt.«<sup>1</sup>

Die klare Einsicht in die wirtschaftsorganisatorische Seite des sozialistischen Problems wird der Unabhängigen Sozialdemokratie durch einen förmlichen Kultus der Klassenkampfphrase erschwert. Dieser Kultus versperrt ihr auch das Verständnis für das Görlitzer Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Gegen dieses erhob sich ebenfalls in Leipzig ein starker Widerspruch, und Görlitz wird denn auch als großes Hemmnis auf dem Weg zur sozialistischen Einigung von den führenden Köpfen der Unabhängigen empfunden. Diese legen vielfach der Sozialdemokratischen Partei einen ausgesprochen proletarischen Klassencharakter bei, und sie fürchten um die ungetrübte Reinheit und ungeschwächte Kraft des proletarischen

1) Siehe den Vorläufigen Bericht der *Sozialisierungskommission* vom 15. Februar 1919: Zur Sozialisierung des Kohlenbergbaues, abgedruckt im Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vom 15. März 1919.

Klassenkampf, wenn heute die Mehrheitspartei »die Zusammenfassung aller körperlich und geistig Schaffenden, die auf den Ertrag eigener Arbeit angewiesen sind, zu gemeinsamen Erkenntnissen und Zielen, zur Kampf-gemeinschaft für Demokratie und Sozialismus« erstrebt. Aber haben sich denn die Genossen der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei mit der Frage ernsthaft befaßt, ob denn das Erfurter Programm, auf dessen grundsätzlichen Teil sie wohl zumeist eingeschworen sind, ein nur proletarisches Programm ist? Selbst in Erfurt hob sich 1891 die Sozialdemokratie zur Vertretung allgemeiner Menschheitsinteressen empor, und sie erklärte unumwunden, daß sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung des Lohnarbeiters sondern *jede* Ausbeutung und Unterdrückung bekämpfe, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse. Die ganze sozialistische Umwälzung wird im Erfurter Programm als die Befreiung nicht bloß des Proletariats sondern des gesamten Menschengeschlechts betrachtet. Ihrer sozialen Zusammensetzung nach ist die alte Sozialdemokratie niemals eine rein proletarische Partei gewesen, und niemals hat sie den politischen Kampf nur im Sinn eines rein proletarischen Klassenkampfes geführt. Sie wandte sich im Wahlkampf an Kleinhandwerker und Kleinbauern, und sie schloß, um positiv auf die Politik einzuwirken, wiederholt Wahlkompromisse mit ausgesprochen bürgerlichen Parteien, verhalf ihnen auch ohne formelle Wahlvereinbarungen zum Sieg. Die Unabhängige Sozialdemokratie, die mit dem Geist der alten Sozialdemokratie getauft zu sein behauptet, sollte sich eigentlich nicht mehr über das Klassenprinzip und das Wesen der politischen Kämpfe dieser Sozialdemokratie täuschen. Einen Treuschwur auf einen rein proletarischen Sozialismus und auf die Führung ausgesprochener sozialistischer Klassenkämpfe hat die alte Sozialdemokratie in den Tagen, als selbst der "Radikalismus" den Parteikurs steuerte, niemals geleistet.

Hält man sich das vor Augen, so kann man das Görlitzer Programm der Mehrheitspartei und ihren "Abfall" vom rein proletarisch-sozialistischen Klassenkampfprinzip wirklich nicht als unüberwindbare Sperre auf dem Weg zur sozialistischen Einheit betrachten.

Die alte Sozialdemokratie hat also, wie wir sahen, wiederholt die Bahn des politischen Kompromisses beschritten. Sie tat es durchweg, um sich *positiv*, um sich schöpferisch an der Politik zu beteiligen. Sie wollte ihrem Willen einen bestimmten politischen Ausdruck verleihen. Allerdings ging sie früher nie einen Kompromiß über die Teilung der Regierungsgewalt ein. Selbstverständlich. Sie wurde ja nur von oben herunter regiert und mit durchweg ausnahmerechtlichen Mitteln. Und selbst in einem *solchen* Staat, der sie zur völligen Ohnmacht verdammen wollte, ging sie Bündnisse mit Parteien ein, die mehrfach die Hand zu ausnahmegesetzlichen Maßnahmen gegen sie geboten hatten. Darob erhob sich wohl lautes Geschrei über schimpflichen Verrat am Sozialismus. Gewiß, aber nicht in sozialdemokratischen sondern in anarchistischen, anarchosozialistischen und oppositionell syndikalistischen Kreisen. Heute, da die Mehrheitssozialdemokratie die Auslieferung der ganzen Staatsgewalt an bürgerliche, zum Teil anti-republikanische Parteien durch einen Kompromiß verhindern will, heute, da die Unabhängige Sozialdemokratie stillschweigend ein sozialdemokratisch-bürgerliches Koalitionsministerium im Reich unterstützt, erklärt diese

Partei des unentwegten proletarisch-sozialistischen Klassenkampfes, diese Koalitionspolitik schichte eine unübersteigliche Scheidewand zwischen beiden sozialdemokratischen Parteien auf. Das ist eine politische Taktik, die höchstens als schwächliche Konzessionspolitik gegenüber ihrer "äußersten Linken" verständlich wird. Ein Produkt der Furcht vor neuen Verlusten an die Kommunistische Partei? Die sozialdemokratisch-bürgerliche Koalitionspolitik ist als Politik der Sicherung und Festigung der Lebensbedingungen der Republik gedacht. Ein Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der Koalition verstärkt sofort die Machtstellung der antirepublikanischen Parteien im Staat und erweitert bedrohlich deren Einfluß auf den großen Beamtenapparat. Mit Recht führt Eduard Bernstein aus:

Was dabei herauskommt, wenn die Sozialdemokratie es ablehnt an solcher Koalition teilzunehmen, haben wir in der Periode von Juni 1920 bis Mai 1921 erlebt. Das unvermeidliche erste Ergebnis war die Verschiebung der Koalition und damit ihres politischen Schwerpunkts nach rechts, was dann in naturgemäßer Folge die Schwenkung in weiten Kreisen des oberen und mittleren Beamtentums nach sich zog, den viel zu langsamen, aber immerhin doch vor sich gehenden Prozeß von dessen Republikanisierung unterbrach, die nach rückwärts strebenden Elemente entmutigte, die republikanisch Gesinnten entmutigte und ihre Werbekraft lähmte. Freund Dittmann, der in Leipzig eine ganze Philippika gegen die Koalitionspolitik der Mehrheitssozialisten vom Stapel ließ und sie für alle möglichen Reaktionserscheinungen, die sich in Deutschland eingestellt haben, verantwortlich machte, scheint den Umstand ganz außer Betracht gelassen zu haben, daß es gerade das Probejahr des *Draußenbleibens* der Mehrheitssozialisten aus der Koalition war, von dem dieser verhängnisvolle Umschwung datiert, dessen üble Wirkungen wiedergutzumachen keine sehr leichte, und vor allem keine sehr schnell vor sich gehende Sache ist.<sup>2</sup>

Die eigentliche politische Mission der Mehrheitssozialdemokratie in der Koalition ist die Hebung der Lebensfähigkeit der Republik, ist also die Steigerung der aufbauenden Kräfte des neuen Staatswesens. Mit Nachdruck betonte Carl Severing hier am 15. Dezember 1921 die Notwendigkeit der *Zusammenfassung aller produktiven Kräfte* zur Überwindung der augenblicklichen Nöte und zur Sicherung des dauernden deutschen Aufstiegs.<sup>3</sup>

Unsere Genossen von der Unabhängigen Sozialdemokratie nennen sich stolz Schüler und Jünger Karl Marx'. Wie heiß bemüht sich dieser nun den Arbeitern vor Augen zu führen, in wie hohem Maß die Entwicklung der Gesellschaft zum Sozialismus an die planmäßige Steigerung der *Produktivität der Arbeit*, an die kooperative Form des Arbeitsprozesses, an die bewußte technische Anwendung der Wissenschaft, an die Ökonomisierung aller Produktionsmittel, an die planmäßige Ausbeutung der Erde und an die Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarkts gebunden ist. Hier meldet die aufsteigende Gesellschaft die drängende Lösung von Fragen an, die nicht allein bloße politische Probleme sind, Fragen der technisch-wirtschaftlichen Organisation und Wissenschaft. Der Sozialismus fordert von der arbeitenden Klasse, die sich durch Krieg und Revolution eine ganz neue Position errang, eine schöpferisch-wirtschaftliche Politik. Marx spürt nun mit den feinen Sinnen eines genialen Menschen den Ansätzen einer Entwicklung nach, die unbewußt zu einer gewaltig gesteigerten Produktion führt, die eine den Wohlstand aller sichernde Verteilung der Güter möglich macht. Diese *unbewußte* Entwicklung muß heute von der einflußreichen,

<sup>2</sup>) Siehe *Bernstein* Leipzig und wir, im Vorwärts vom 18. Januar 1922.

<sup>3</sup>) Siehe *Severing* Koalitionsfragen, in den Sozialistischen Monatsheften, 1921 II, Seite 1081 ff.

in eine politisch verantwortliche Stellung gerückten Sozialdemokratie *bewußt* durch eine schöpferisch politische und ökonomische Bautätigkeit gefördert werden. Das neue Görlitzer Programm spricht wohl im Hinblick auf diese Arbeit von einer Zusammenfassung aller körperlich und geistig Schaffenden, die auf den Ertrag eigener Arbeit angewiesen sind, spricht von dem *Willen*, der sich mächtiger denn je erhebt das kapitalistische System zu überwinden. Und hierzu sind Arbeiter und Wissenschaftler zugleich berufen.

Wer heute mit geschärftem Verständnis für das notwendige Zusammenwirken aller sozialistischen Elemente an die Einigungsfrage herantritt, wird diese unter dem Gesichtspunkt *lebendiger Gestaltung einer produktiven Politik* zu lösen suchen. Nicht die formale Einheit der Organisation schafft die sozialistische Einigung, sondern ihr tatsächliches Wirken in Politik und Wirtschaft.

## LUDWIG QUESSEL · DAS SCHEITERN DER AB- RÜSTUNGSKONFERENZ



ANNES scheint, alle Umstände sprechen dafür, die Fortsetzung der Verhandlungen der Washingtoner Abrüstungskonferenz gebracht zu haben. Der Eindruck, den man aus den Vorgängen in Washington und Cannes, über die das Reutersche Bureau allerdings nur recht unvollkommene Berichte ausgegeben hat, gewinnt, ist der, daß wie 1913 der unheimliche Brandgeruch des Krieges sich wieder von London aus über Europa auszubreiten beginnt. Das Feuer schwelt. Aber dies nicht etwa aus dem Grund, weil Poincaré an die Stelle Briands getreten ist, sondern weil die ganze Weltlage eine Verschärfung erfahren hat. Nicht ohne guten Grund steht Paris unter dem Eindruck, daß der Aufmarsch der englischsprechenden Völker zum nächsten Weltkrieg sich schon vollzogen hat.

Nach einem Bericht des Populaire, der viel Wahrscheinlichkeit für sich hat, soll Poincaré dem sozialistischeradikalen Führer Herriot erklärt haben, er beurteile allerdings die Lage ebenso ernst wie 1914. In der Tat läßt sich nicht verkennen, daß England und Amerika gegen Frankreich und Japan stehen. Herriot hat denn auch Poincaré daraufhin die Unterstützung seiner Partei in allen außenpolitischen Fragen zugesichert. Das hätte nicht geschehen können, wenn zwischen Poincarés und Briands Außenpolitik eine Kluft bestünde. Außenpolitisch ist Poincarés Haltung von der Briands nicht grundsätzlich unterschieden. Briand trat zurück, weil alle seine Bemühungen einen Garantiepakt zwischen Frankreich und England zustande zu bringen, ohne Frankreichs Stellung als Weltreich zu gefährden, gescheitert waren. Wie Briand so fordert jetzt auch Poincaré von England sichere Garantien, daß die angelsächsischen Völker bei einer neuen Konflagration in Europa Deutschland nicht gegen Frankreich bewaffnen und ins Feld führen. In London erwartet man dagegen von einem deutschen Revanchekrieg unter englischer Führung nicht nur die Beseitigung der zurzeit bestehenden Hegemonie Frankreichs in Europa sondern auch die Vernichtung der deutschen Industrie und die Verwandlung Mitteleuropas in reines Agrargebiet. Der neue europäische Krieg, den England mit großer Energie diplo-

matisch vorbereitet, soll insoweit die Krönung des Weltkriegs bringen, als es Deutschland aus der Reihe der Industriestaaten streicht und den Kontinent in ein agrarisches Absatzgebiet der englischen Weltindustrie verwandelt, das natürlich auch politisch der Oberaufsicht Londons unterworfen sein soll. In Paris sieht man nun die Dinge so wie sie wirklich sind. Die Namen Briand und Poincaré sind nur verschiedene Tonarten einer und der selben Politik, die die Europa von London und Washington drohende Gefahr klar erkannt hat. Gewiß nähert sich die Weltlage einer Krisis: aber nicht, wie die liberale Presse in Deutschland glaubt, deshalb, weil der deutsch-französische, sondern weil der französisch-englische Gegensatz schärfer geworden ist. In den Augen des nüchternen Beobachters hat sich die Lage Deutschlands mit Poincarés Amtsantritt kaum verschlechtert. Keine der Möglichkeiten einer deutsch-französischen Kooperation zum Zweck der Wiederherstellung Nordfrankreichs ist durch Briands wohlüberlegten Rücktritt zerstört worden. Nach wie vor liegen die Dinge unverrückbar so, daß ohne Verkürzung der amerikanischen Schuldforderungen gegenüber Frankreich, Belgien und Italien auch Deutschland eine Revision seiner Zahlungsverpflichtungen aus dem Versailler Vertrag nicht erwarten kann. Mit Recht hebt der Temps hervor, daß der Weltkrieg die Kontinentalvölker, die siegreichen wie die besiegten, zu Proletariernationen, Amerika aber zur Bourgeoisnation gemacht habe. Nur wenn Amerika Opfer bringt, kann Europa wirklich gesunden. Wie wenig Neigung aber in Amerika besteht Deutschland wirklich durch gemeinsames Tragen der alliierten Kriegslasten zu helfen, zeigt die Resolution MacCormick im amerikanischen Repräsentantenhaus. In ihr wird dem "französischen Militarismus" geschickt die Verantwortung dafür zugeschoben, daß Amerika auf seinen Schuldforderungen gegenüber den Alliierten bestehen müsse wie Shylock auf seinem Schein.

Welche Bewandnis es mit den französischen Rüstungen hat, die Frankreich nach amerikanischer Meinung mit eigenem und nicht mit amerikanischem Geld bezahlen soll, lehrt uns nun die Konferenz in Washington. Man kommt wohl der Wahrheit am nächsten, wenn man sagt: Die Washingtoner Abrüstungsvorschläge stellen einen Versuch des angelsächsischen Imperialismus dar Frankreich und Japan mit diplomatischen Mitteln zu entwaffnen. Dieser Versuch ist allerdings gescheitert. Daß Japan nicht zu bewegen sein würde seine Wehrmacht zu *Lande* abzubauen, stand von vornherein fest. Aber auch Briand stellte den angelsächsischen Forderungen ein ruhiges festes Nein entgegen. Nach Briands Rede über die Unmöglichkeit einer Beschränkung der französischen Wehrmacht zu *Lande* herrschte, wie aus Washington gemeldet wird, tiefe Stille. Schließlich unterbrach sie Hughes mit den Worten: »Die Angelegenheit ist erledigt.« Anders steht es mit der Abrüstung *zur See*, die England und Amerika noch keineswegs erledigt sein lassen.

Nach einer Havasmeldung beansprucht Frankreich für seine *Überseeflotte* keine geringere Tonnage als 330 000 Tonnen. Da Italien sich kaum dazu verstehen wird allzu weit hinter Frankreich zurückzubleiben, so sieht England durch die französisch-italienischen Rüstungen seine Stellung im Mittelmeer bedroht. Wie weit Japan der angelsächsischen Forderung einer Beschränkung seiner *Überseerüstung* entgegenkommen wird, steht noch nicht

fest. Man darf jedoch annehmen, daß auch Japan nicht gesonnen ist den angelsächsischen Abrüstungswünschen zu entsprechen. Nach den amerikanischen Abrüstungsgrundsätzen müßte Japan aus seinem Flottenprogramm den Bau von 2 Großkampfschiffen, 4 Schlachtkreuzern und 10 Dreadnoughts 2. Linie streichen. Weiter würde Japan verboten sein in den nächsten 10 Jahren überhaupt Großkampfschiffe zu bauen sowie Ersatzbauten über 300 000 Tonnen hinaus vorzunehmen. Der politische Sinn dieser Forderung des angelsächsischen Imperialismus ist: Japan als Seemacht 1. Ranges nicht zuzulassen. Während England insgesamt 22 Schiffe mit 580 890 Tonnen (100 Geschütze zu 38,1 und 88 zu 34,3 Zentimeter, ferner 260 zu 15,2, 22 zu 14,1, 36 zu 10,2 Zentimeter), die Vereinigten Staaten insgesamt 18 Schiffe mit 500 650 Tonnen (80 Geschütze zu 40,6, 124 Geschütze zu 35,5, 362 zu 12,7 Zentimeter) haben sollen, will man die Überseeflotte Japans auf insgesamt 10 Schiffe mit 295 520 Tonnen (8 Geschütze zu 40,6, 80 zu 35,6, 12 zu 30,5 und 154 zu 15,2 Zentimeter) beschränken. England und Amerika wollen also Japan mit einer Gesamttonnage von 295 000 Tonnen gegenüber Amerika mit einer Gesamttonnage von 500 000 Tonnen in einen Zustand relativer Wehrlosigkeit versetzen. Daß Japan auf diesen Vorschlag eingehen könnte, scheint wenig wahrscheinlich. Bisher sind noch keine Meldungen nach Europa gelangt, die dafür sprechen, daß Japan sich die amerikanischen Abrüstungsgrundsätze zu eigen machen wird.

Die schwersten Sorgen bereiten den angelsächsischen Völkern aber die *Untersee*flotten. In den 3 letzten Friedensjahren hat sich das Unterseeboot zum Unterseekreuzer, das Flugzeug zum Hydroplan entwickelt, womit eine Revolution in der Kriegführung zur See eingeleitet worden ist. Im Weltkrieg war das Wort vom Kreuzerkrieg der deutschen Unterseeboote im Grunde eine irreführende Bezeichnung. Das deutsche Unterseeboot stieg nackt und bloß aus der Tiefe des Meeres empor, immer der ungeheuren Gefahr ausgesetzt von den bewaffneten angelsächsischen Handelsdampfern gerammt oder beschossen zu werden. Gegenüber dem gepanzerten französischen Unterseekreuzer ist eine solche Taktik der angelsächsischen Handelsdampfer unmöglich. Der frühere Kreuzerkrieg der deutschen Unterseeboote, der wie der eigentliche Kreuzerkrieg der britischen Überseeflotte völkerrechtlich vollkommen einwandfrei war, gestaltete sich in dem Maß zu einer Selbstaufopferung, als die Bewaffnung der angelsächsischen Handelsdampfer vollkommener und deren Rammtechnik wirksamer wurde. Diese Entwicklung hat bekanntlich zu der Parteinahme der kaiserlichen Marine für den verschärften Unterseebootkrieg stark beigetragen. Das deutsche Unterseeboot war kein Kreuzer, wurde auch von den angelsächsischen Handelsdampfern nicht als ein solcher angesehen. Wehe aber der angelsächsischen Mannschaft, die gegen einen französischen Unterseekreuzer die selbe Taktik anwenden wollte wie gegen das deutsche Unterseeboot. Ihre völlige Vernichtung wäre die unvermeidliche Folge, weil der französische Unterseekreuzer eben ein wirklicher Kreuzer ist, gepanzert und bestückt mit wirksamem Geschütz, so daß der Angriff eines bewaffneten Handelsdampfers auf ihn eine heroische Torheit wäre.

Aus diesem Sachverhalt ergab sich für Frankreich in Washington zweierlei: Es konnte die Resolution Root über die Verwendung der Unterseeboote mit Seeruhe annehmen, mußte sich aber mit aller Energie gegen das

angelsächsische Ansinnen wenden die Größe der Unterseeschiffe zu beschränken. Von der Tonnage der Unterseeschiffe hängt eben ihre Verwendung als Kreuzer im Sinn des Völkerrechts ab. Mit Unterseebooten könnte man den Handelskrieg bei der nächsten Konflagration auch kaum anders denn als verschärften Unterseebootkrieg führen, der aber mit den in der Resolution Root niedergelegten modernen Seekriegsregeln unvereinbar wäre. Mit Unterseekreuzern kann man dagegen die britischen Inseln von allen Zufuhren absperren, ohne das Leben der Mannschaften der Handelsdampfer zu gefährden. Eine Unterseekreuzerflotte von 90 000 Tonnen hält der französische Admiralstab zur Blockade Englands im nächsten Weltkrieg für ausreichend. Frankreich hat sich nun in Washington, unterstützt von Italien und Japan, entschieden geweigert von dieser Tonnage irgendetwas abzulassen. In England ist man sich des Ernstes der Lage natürlich vollkommen bewußt. Die Äußerungen der britischen Presse sind der Beweis dafür. Als am 28. Dezember 1921 die Weigerung Frankreichs die Tonnage seiner Unterseeflotte zu beschränken feststand, flammte die Entrüstung über Frankreichs "Flottengrößenwahnsinn" in London mit elementarer Gewalt auf. Das Daily Chronicle brandmarkte den »eigensüchtigen Militarismus Frankreichs«, die Times drohten mit der Aufkündigung der »amerikanischen Sympathieen für Frankreich«, die Morning Post jammerte über die »Schädigung Europas«, wenn Frankreich die Unterseeflotte als Waffe benutze. Klarer und schärfer als die britische Presse arbeitete den Gegensatz zwischen Frankreich und England in der Unterseefrage Balfour heraus, der sich in Washington nach einer Reutermeldung zu dem Scheitern der Einschränkung der Unterseeflottenrüstung wie folgt aussprach: Großbritannien müsse das französische Unterseebootprogramm als eine sehr ernste Bedrohung seiner Sicherheit ansehen. Großbritannien sei Frankreich zur See stets überlegen, zu Lande unterlegen gewesen. Frankreich habe niemals in seiner Geschichte zu fürchten brauchen, daß Großbritannien die Macht hätte einen Schlag gegen das Herz Frankreichs zu führen. Wenn Frankreich die größte Unterseebootflotte der Welt besitze, könnte es diese Flotte, wenn es wollte, zur Zerstörung des englischen Handels benutzen, und es sei schwer zu glauben, daß in Zeiten der Gefahr Frankreich diese Flotte nicht so verwenden würde, wenn Großbritannien gegen die Unterseeboote unbewaffnet sei. Es sei klar, daß Frankreich, wenn es diese verbrecherische Waffe anwende, die Existenz Großbritanniens vernichten könne. Sarraut habe von der unbedingten Notwendigkeit für Frankreich eine Unterseebootflotte von 90 000 Tonnen zu besitzen gesprochen. Zu welchem Zweck? Keineswegs, um mit der großen Kampfschiffflotte von 175 000 Tonnen zusammenzuwirken. Die Unterseeboote seien eine mächtige Waffe nur zu dem einen Zweck, nämlich zur Zerstörung des Handels. Großbritannien müsse in Anbetracht der Bedrohung durch Schaffung einer großen französischen Unterseebootflotte innerhalb weniger Meilen von seiner Küste, die zu keinem anderen Zweck als zur Zerstörung des Handels dienen könne, offen erklären, daß es die dadurch geschaffene Lage nicht gleichgültig anzusehen vermöge.

Man begreift, daß nach dieser Washingtoner Drohrede Balfours, die in diplomatischen Formen, aber mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit den Krieg Englands gegen Frankreich ankündigt, ehe dies seine Unterseekreuzerrüstung vollendet haben wird, der Temps eine außerordentlich pessimistische Betrachtung zur Jahreswende brachte. Das Organ des französischen Auswärtigen Amts sieht den außenpolitischen Horizont mit dunkeln Wolken verhängt. Es wirft England vor eine Weltkoalition gegen Frankreich (Amerika, Rußland, Deutschland), vorzubereiten. Frankreichs Abweisung der Beschränkung seiner Unterseeflotte rechtfertigt der Temps damit, daß eine



Rüstungsbeschränkung unmöglich sei, solange man über die zukünftige Taktik des Seekriegs völlig im unklaren wäre, solange man auch nicht wisse, welche Rolle den Flugzeugen im Seekampf zufallen würde.

In der Tat scheint es, als ob die Kriegführung zur See sich in vollkommener Umgestaltung befindet. Offenbar zieht die militärische Technik erst jetzt die letzten Konsequenzen aus den Neuerungen, die der Weltkrieg uns gebracht hat. In dem Geschrei der britischen Presse, daß Frankreich mit Untersee flotte und Hydroplanen den Krieg in wenigen Stunden in das Herz Großbritanniens tragen könne, mag viel Übertreibung stecken, einen Wahrheitskern enthält es aber doch, weil sonst ein Staatsmann von dem Rang Balfours kaum die Redewendung in Washington gebraucht hätte, daß Frankreich, wenn es die Unterseewaffe anwende, »die Existenz Großbritanniens vernichten könne«. Nicht übersehen darf freilich werden, daß Frankreichs Unterseewaffe erst im Werden ist. Im gegenwärtigen Zustand der Seerüstung werden wohl alle Chancen des Siegs noch auf angelsächsischer Seite liegen. Daher wohl auch die Befürchtungen in Paris, daß Frankreich von England und Amerika plötzlich überfallen und niedergeschlagen werden könnte. Wer die Memoiren des britischen Admirals Fisher gelesen hat, der sich rühmt für einen Überfall auf die deutsche Flotte im tiefsten Frieden eingetreten zu sein, wird begreifen, daß man in Paris die Empfindung hat für alle Eventualitäten gerüstet sein zu müssen. Verständlich ist es auch, wenn man in Paris die ganze Washingtoner Veranstaltung als die moralische Vorbereitung der angelsächsischen Offensive gegen Frankreich auffaßt. England und Amerika, einstweilen in unbestrittener Herrschaft über die Meere, machten den keineswegs erfolglosen Versuch ihre Dreadnoughts der Welt als Friedensinstrumente aufzureden, obwohl man mit ihrer Hilfe den ganzen europäischen Kontinent aushungern kann. Und es ist ein echt britischer Charakterzug diejenigen, die sich nicht aushungern lassen wollen und sich Abwehrwaffen zu schmieden suchen, als Verbrecher gegen die Menschheit zu stigmatisieren.

Wie die Dinge liegen, könnte sich ein Krieg der Angelsachsen gegen Frankreich nicht nur allein zur See abspielen. Zum Unglück für England und Amerika befindet sich aber auch der Landkrieg in einem tiefgehenden Umwandlungsprozeß. Die Verhandlungen in Washington über die Verwendung von Giftgasen werfen hierauf interessante Streiflichter. Der Schützengraben, der dem letzten Weltkrieg sein Gepräge aufdrückte, und im Westen, wo er zu höchster Vollkommenheit gedieh, eine 3jährige Erstarrung der Fronten herbeiführte, wird von den Militärs schon als eine Sache der Vergangenheit angesehen. Tanks und Flugzeuge, mit deren Hilfe man vernichtend wirkende Giftgase jederzeit an die feindliche Front heranbringen kann, haben ihm seine Bedeutung genommen. Tanks, Flugzeuge und Giftgase sollen ganz neue Formen des Landkriegs vorbereiten. Das Hauptinteresse scheint sich auf die Giftgase zu konzentrieren. Zahlreiche Giftgaswerke sollen in den angelsächsischen Ländern entstanden sein. Der englische Militärschriftsteller Nevinson, der Gelegenheit hatte die amerikanischen Giftgaswerke zu besichtigen, berichtet, daß ein sehr wirksames Erzeugnis dieser Werke zum Ersticken feindlicher Truppen Phosgen sei. Auch Mostrichgas soll sich zur Menschenvertilgung gut eignen; es brennt das Fleisch von den Knochen und dringt durch jede Schutzkleidung. Viel

gepriesen wird in Washington auch Chloropikrin, das heftiges Erbrechen verursacht, so daß die feindlichen Truppen wehrunfähig werden und leicht gefangen werden können. Die größte Zukunft weist Amerika aber dem Lewisit zu. Nevinson gibt von dessen Wirksamkeit und Verwendbarkeit nach einem Bericht der Frankfurter Zeitung folgende Schilderung:

Man nimmt an, daß es durch jede Maske dringt, durch das Fleisch geht und die Lungen herunter, so daß das Opfer in- und auswendig verbrennt. Dieses Gas wird als Hauptsicherheitsmittel im künftigen Krieg betrachtet. Es verbreitet sich langsam, während das Phosgen, das aus diesem Grunde für gewöhnliche Luftbeschießungen vorgezogen wird, vom Winde rasch und weit fortgetragen wird, wobei alles erstickt. Aber das Lewisit kann von Flugzeugen auf Städte gestäubt werden wie mit der Feuerspritze. Es wirkt ausgezeichnet, verbrennt Kleider, Haut und Fleisch von jedermann, ob Zivilist oder Soldat. Bei geschickter Handhabung kann dieses Gas sicherlich eine ganze Einwohnerschaft mit großer Geschwindigkeit abtöten. Man macht jetzt Bomben bis zum Gewicht von 40 Zentnern, jede mit 20 Zentnern höchstgradiger Explosivstoffe oder mit Erstickungs- oder Brandgas. Große Flugzeuge mit mehreren Bomben oder Spritzmaschinen können, wenn sie kein Hindernis finden, mit Leichtigkeit große Städte zerstören und allmählich die ganze menschliche Bevölkerung abschaffen, wodurch die Geburtenkontrolle überflüssig wird.«

Man könnte annehmen, daß journalistische Phantasie hier in der Manier Jules Vernes (dessen Einbildungskraft sich freilich nicht mit so grauenvollen Gegenständen beschäftigte) technische Zukunftsmöglichkeiten ausgemalt hat. Diese Annahme ist aber nicht richtig. Auch angelsächsische Generale von Ruf haben sich in dem Sinn geäußert, daß Tanks, Luftzeuge und Giftgase die Kriegführung zu Lande von Grund auf umwälzen würden. Sie fürchten ernstlich, daß der Landkrieg sich unter Einwirkung der chemischen Kampfmittel zu einem Bandenkrieg gestalten könnte. So meint der britische General Sir Jan Hamilton, daß die zusammenhängenden großen Armeen veraltet seien; an ihre Stelle würden Banden von höchstens 6000 Mann treten, die allerdings von Tanks in Masse und zahlreichen Flugzeugen umgeben sein müßten. Man nimmt in London und Washington an, daß diese Entwicklung die strategische Stellung Englands und der Vereinigten Staaten gegenüber Frankreich, Italien und Irland nicht stärken werde.

Diese Umwälzung in der Landkriegstechnik erklärt auch den Plan der britischen Heeresleitung die chemischen Werke in Deutschland zerstören zu lassen, soweit Frankreich sie in dem kommenden Krieg in Giftgaswerke umwandeln könnte. Die angelsächsischen Staaten wollen den Vorsprung auf diesem Gebiet behalten. Daher der Anschlag gegen die deutsche Chemie, den der englische Major Lefebure in seinem Buch Das Rätsel am Rhein unternommen hat. Lefebure weiß natürlich, daß in keinem Werk der besetzten und der neutralen Zone zurzeit Giftgase hergestellt werden. Aber er wie die britische Heeresleitung sind sich auch klar darüber, daß beide Zonen für Frankreich im kommenden Krieg die Rolle übernehmen können, die Belgien und Luxemburg im Krieg für Deutschland spielten. Deshalb predigt er die radikale Zerstörung der chemischen Werke am Rhein und Main. Daß Frankreich so dumm sein könnte auf diesen britischen Wunsch einzugehen, ist freilich nicht zu fürchten, sofern Deutschland klug genug ist sich schon jetzt auf eine strenge Neutralität gegenüber Frankreich einzustellen. Überhaupt scheint es an der Zeit vor der immer offener werdenden englischen Absicht Rußland und Deutschland gegen Frankreich und seine Verbündeten zu hetzen auf der Hut zu sein. Mögen England und Amerika sehen, wie sie sich mit Frankreichs und Japans militärischer Macht ab-

finden. Das Interesse der europäischen Menschheit, die nicht wieder für angelsächsische Weltherrschaftspläne auf die Schlachtbank geführt werden darf, gebietet Deutschland Frankreich nicht in den Rücken zu fallen.

Der Mißerfolg des deutschen Unterseebootkriegs verstärkt nun freilich die Neigung vieler deutscher Politiker den Widerstand Frankreichs gegen die Pläne des angelsächsischen Imperialismus als hoffnungslos anzusehen. Sie übersehen dabei, daß der deutsche Unterseebootkrieg nicht erfolgreich sein konnte, weil die beiden Vorbedingungen für seinen Erfolg nicht erfüllt waren. Zunächst steht fest, daß der deutsche Unterseebootkrieg *technisch* ungenügend vorbereitet war. Die Unterseebootsreserve war zu gering, um die Verluste auszugleichen. Nichtsdestoweniger entstand ein Zustand, den man immerhin als eine unterseeische Teilblockade Englands bezeichnen kann. Es hat daher seinen guten Sinn, wenn französische Militärschriftsteller das Unterseeboot als eine wirklich erfolgreiche Waffe im Weltkrieg bezeichnen. Nicht weniger notwendig als die technische wäre aber die *außenpolitische* Vorbereitung für den Erfolg des Unterseebootkriegs gewesen. Nur bei einer europäischen Rückendeckung durch eine Ostorientierung, wie sie in den Sozialistischen Monatsheften immer verlangt worden ist, hätte der Unterseebootkrieg seinen politischen Zweck erreichen, das heißt England zu einem Verständigungsfrieden zwingen können. So verhängnisvoll, wie das Fehlen einer Ostorientierung für Deutschland 1917 war, kann es für Frankreich in der Zukunft werden. Dabei wird man aber bei Ostorientierung einstweilen an Mitteleuropa zu denken haben. Im Grunde bedeutet Genua für London nichts anderes als Frankreich die europäische Rückendeckung für einen unterseeischen Krieg gegen England zu nehmen. Genua stellt einen genialen Versuch der Angelsachsen dar den Kontinent politisch gegen den Kontinent zu mobilisieren. Es scheint jedoch, daß der französische Gegenspieler diesmal angelsächsischer Staatskunst gewachsen ist.

Deutschland aber sollte nicht vergessen, daß eine Erkenntnis der gesamten Weltlage erforderlich ist, um seine Zukunft zu sichern. Als Werkzeug des britischen Imperialismus kann Deutschland nur ein ähnliches Schicksal erwarten wie Rußland es als Alliiertes Englands erfahren hat. Wie der Weltkrieg Rußlands Exportkraft tödlich verwundete, so müßte ein deutscher Revanchekrieg unter englischer Führung die deutsche Industrie restlos vernichten. Nicht *gegen* Frankreich sondern *mit* Frankreich überall da, wo es gilt den Krieg von Europas Fluren fernzuhalten, sollte die Losung der deutschen Außenpolitik werden.

## MAX SCHIPPEL · DIE EISENBAHNFRAGE

**M**ITUNTER ist ein Alarmschuß ganz angebracht, selbst wenn der erste Schreck sich als grundlos oder doch als maßlos übertrieben entpuppt. Man erkennt die möglichen verhängnisvollen Bedrohungen und schlimmen Wendungen plötzlich klarer, über die man sich bisher, sei es durch Teilnahmlosigkeit sei es durch fehlgehendes Urteil, vertrauensselig und unentschlossen hinwegtäuschte. Und man fühlt die Schwächen und Lücken der eigenen Stellung deutlicher heraus und rafft sich endlich zu Entscheidungen auf, die längst fällig waren.

So hat es zweifellos sein Gutes gehabt, daß die deutsche Großindustrie, um mit ihrer in Aussicht genommenen Kreditbeihilfe keine Sisyphusarbeit zu beginnen, zu fast allseitiger Überraschung die Eisenbahnfrage in ihrer herausfordernden Weise anschnitt. Viele sahen mit einemmal einen ungeahnten Abgrund sich öffnen, aber mehr als sonst regte sich zugleich die Kritik am Bestehenden und das Streben nach Verbesserungen. Fast allgemein kam man dabei zu dem Zugeständnis, daß es in dem alten bürokratisch-staatssozialistischen Trott und Schlendrian unbedingt nicht weitergehen dürfe. Und eigentlich ist es verblüffend, wie die erste Entrüstung über den großindustriellen Vorstoß rasch teilweise der Zustimmung weicht. Mit am vorurteilslosesten aber hat sich über die ganze neuentstandene Lage gerade die Mehrheit der *Reichssozialisierungskommission* ausgesprochen<sup>1</sup>, und vielleicht darf man dies als das denkbar günstigste Wahrzeichen für den weitem Fortgang der überaus wichtigen Reformbewegung auffassen, die infolge der Kalamität der staatlichen und kommunalen Betriebe offensichtlich in Fluß geraten ist.



UNÄCHST läßt sich hierbei beobachten, daß die alte Furcht vor der *Trennung* oder doch vor der reinlichern Scheidung von öffentlichrechtlicher *Wirtschaftsorganisation* und *Parlamentärpartei* mehr und mehr im Schwinden ist. Als man 1919 in die Reichsverfassung (Artikel 92) hineinschrieb, die Reichseisenbahnen seien »als selbständiges wirtschaftliches Unternehmen zu verwalten, das seine Ausgaben einschließlich Verzinsung und Tilgung der Eisenbahnschuld selbst zu bestreiten und eine Eisenbahnrücklage anzusammeln hat«, da verband sich mit dieser programmatischen Zielsetzung bei den meisten Zustimmenden wohl nur eine sehr nebelhafte Vorstellung und eine wenig zweifelsfreie innere Überzeugtheit. War es doch noch gar nicht so lange her, daß man, was das Verhältnis der Post zur Reichsregierung und zum Reichstag anlangt, die Einsetzung des Brutto- statt des Nettoetats in die jedesmalige Reichstagsvorlage wie einen Triumph aller liberalen Budgetpolitik und Parlamentskontrolle gefeiert hatte. Und der preußische (und noch mancher andere) Landtag hätte sich bejammernswert entthront gefühlt, wenn er nicht mehr über jeden Güterschuppenumbau und jedes Kilometer Mehrgeleisanlage vorher hätte befinden und debattieren dürfen: obwohl jeder halbwegs Erfahrene wußte, daß dabei weiter nichts gedieh als die Kirchturmsinteressen und die Wahlkreisspekulationen der sonst meist recht stillen parlamentarischen Gottheiten 3. und 4. Ranges, während alle tieferschürfenden Betrachtungen und Anregungen immer hoffnungsloser in diesem Meer von Kleinkram und gedankenloser Wichtigtuerei untergingen. Heute wird es kaum noch Bedenken oder gar leidenschaftlichen Widerspruch in der Öffentlichkeit wecken, wenn sich die Mehrheit der Sozialisierungskommission in ihrem Gutachten über die zu wählende Organisation der Reichseisenbahnen folgendermaßen äußert:

»Es wird sich als praktisch erweisen in Erfüllung des § 92 der Reichsverfassung die Eisenbahnverwaltung vom allgemeinen Haushalt freizustellen, also nur die Endsumme durch den Etat laufen zu lassen . . . Was das Verhältnis der Verkehrsverwaltung zur Reichsregierung und zum Reichstag betrifft, so würde es sich emp-

<sup>1</sup> Die Mehrheit bestand aus den Mitgliedern Braun, Cohen, Feiler, Hartmann, Hillerding, Kaufmann, Kautsky, Kuczynski, Lederer, Lindemann, Luppe, Rabbethge, Umbreit, Weber, Werner; dazu Oeser als ständiger Sachverständiger der Kommission.

fehlen die jetzigen Befugnisse des Gesamtministeriums in bezug auf die Tariffragen dem Eisenbahndirektorium zu übertragen, diesem vom Minister geleiteten Direktorium auch die selbständige Einstufung der Beamten und Arbeiter in die Gehalts- und Lohnstufen des Reichs zu überlassen und ihm damit größere Bewegungsfreiheit in Gehalts- und Lohnfragen zu gewähren. Der Reichsverkehrsminister trägt die parlamentarische Verantwortung gegenüber dem Reichstage und stellt die Verbindung mit dem Gesamtministerium her. Der Reichstag würde den Eisenbahnhaushalt nur im Ganzen annehmen oder ablehnen können.“<sup>2</sup>

Der Anfang Januar durch die Zeitungen bekanntgegebene reichsamtliche Referentenentwurf zu einem Reichsfinanzgesetz wandelt in den Grundzügen gleichfalls in diesen Spuren, ohne auf übermäßige Opposition gestoßen zu sein. Danach sollen (§ 1) die im Eigentum des Reichs stehenden Eisenbahnen unter der Bezeichnung Deutsche Reichsbahn ein Reichssondervermögen bilden, »dessen Rechte und Verbindlichkeiten von den übrigen Rechten und Verbindlichkeiten des Reichs getrennt zu halten sind«. Für dieses selbständige wirtschaftliche Unternehmen ist (durch den Verwaltungsrat: § 4) ein eigener Haushalt festzustellen, getrennt nach einem Betriebs- und Anleiheeteil. Die Einnahmen aus dem Personen-, Gepäck- und Güterverkehr, die Ausgaben für Besoldungen und Löhne, Ruhegehälter, Wohlfahrtszwecke, für Unterhaltungen, Ergänzungen und Beschaffungen regelmäßiger fortlaufender Art gehören zum Betriebshaushalt, der vom allgemeinen Reichshaushalt streng zu trennen ist, und dessen Ausgaben durch eigene Einnahmen zu decken sind. Die Reichseisenbahnschuld bei der im großen und ganzen von dem Erwerbspreis beim Übergang der Staatsbahnen auf das Reich, abzüglich einer Ausgleichssumme für Verschleiß und Fehlbeträge der Kriegszeit, auszugehen ist) soll gleichfalls gesondert verwaltet, und der künftige Geldbedarf der Reichsbahn für die Ausgaben des Anleihehaushalts durch besondere, als solche zu kennzeichnende Reichseisenbahnanleihen aufgebracht werden, deren Genehmigung von Fall zu Fall dem Verwaltungsrat zusteht, während (§ 22) »der Reichsfinanzminister im Benehmen mit dem Reichsverkehrsminister« die Anleihen zu begeben hat. § 2 bestimmt dann mit einer außergewöhnlich starken Einschränkung des politisch-parlamentarischen Einflusses:

Der für das Eisenbahnwesen zuständige Reichsminister ist dem Reichstag nur dafür verantwortlich, daß die Vorschriften der Reichsverfassung über das Eisenbahnwesen beachtet werden, sowie dafür, daß die deutsche Reichsbahn sich in einem betriebssicheren und den Verkehrsanforderungen entsprechenden Zustand befindet und gemäß den Gesetzen verwaltet wird.«

Im einzelnen stellt man sich diese Loslösung und Verselbständigung eines so gewaltigen wirtschaftlichen Unternehmens wie die Reichseisenbahnen natürlich noch immer recht verschieden vor. Die oben bezeichnete Grundrichtung hebt sich jedoch scharf heraus. Was Schäffle dereinst angesichts des Bergarbeiterstreiks als »Trennung von Staat und Volkswirtschaft«, als Veranständlichung« im Gegensatz zur Verstaatlichung im überlieferten Wortsinn darlegte und anempfahl, ist heute, in manchem klarer durchdacht und bestimmter ausgeprägt, im Begriff eine anerkannte, feste wirtschaftspolitische Richtung zu werden. Nicht bloß in Deutschland sondern ähnlich in dem England des Gildensozialismus und in den Vereinigten Staaten der Plumbeisenbahnliga.

<sup>2</sup> Siehe den Bericht der *Sozialisierungskommission* über die Organisation der Reichseisenbahnen, nach der Aufforderung des Reichswirtschaftsministeriums vom 8. November 1921, mehrfach in den Zeitungen nach Mitte Dezember 1921 abgedruckt.



IN zweiter großer Fortschritt zeigt sich in der Bewertung der *produktiven Leistungsfähigkeit*, der man unverkennbar mehr als je alle weiteren Rücksichten als verhältnismäßig nebensächlich unterzuordnen sucht. »Was zunächst nottut«, heißt es in dem Gutachten der Sozialisierungskommission, »ist die Durchdringung der ganzen Verwaltung mit wirtschaftlichem Geist.« Die Kommission erkennt da manches Vorbildliche des privatwirtschaftlichen Betriebs an:

»Zur Erzielung größerer Wirtschaftlichkeit müssen die Erfahrungen und Verfahrensweisen der Privatwirtschaft in höherem Maße für die Eisenbahn nutzbar gemacht werden. Dem Staatsbahnbetrieb hat es bisher an Kalkulation seiner Leistungen, an wirtschaftlicher Berechnung des Nutzeffektes . . . gefehlt . . . Die gewonnenen Berechnungsergebnisse können für die . . . Umgestaltung, Änderung oder Einziehung von Betriebsstellen, für Änderung der Betriebsweise und der Dienstvorschriften, für bessere Ausnützung von Personal und Material verwertet werden. Die Werkstätten sind nach den Grundsätzen der wissenschaftlichen Betriebsorganisation einzurichten . . . Wenn eine Durchdringung der ganzen Verwaltung mit wirtschaftlichem Geist erfolgen soll, dann kann dies am besten in der Form geschehen, daß die Verwaltung an den leitenden wie an den mittleren Stellen durch Männer ergänzt wird, welche aus der Privatwirtschaft hervorgegangen sind. Gerade eine solche Mischung von Männern, die Verwaltungserfahrung besitzen, und solchen, die im privatwirtschaftlichen Geist gearbeitet haben, ist am besten geeignet eine höhere Wirtschaftlichkeit des Betriebes herbeizuführen, ohne daß die großen Vorzüge einer festgefügtten Verwaltung und der ausgleichenden Berücksichtigung der verschiedenen Interessen dabei Schaden leiden . . . Sollten sich für eine Lösung der Gehaltsfrage bei den aus der Privatwirtschaft hervorgegangenen Persönlichkeiten Schwierigkeiten ergeben, so würde durch die Anstellung auf Privatdienstvertrag mit höheren Bezügen und durch Gewährung von Tantiemen ein Ausgleich möglich sein . . . Das Problem der Wirtschaftlichkeit hängt nicht von der äußern Form ab sondern überwiegend von der Gestaltung der innern Organisation des Betriebes, von der Durchdringung aller Betriebsstellen mit kaufmännischem und technischem Geiste. Worauf es ankommt, ist die Zusammensetzung sowohl der leitenden als der mittleren Organe so zu gestalten, daß sie rasche Entschlußfähigkeit, große Beweglichkeit und Dispositionsfähigkeit besitzen und über die nötigen technischen, organisatorischen und kaufmännischen Erfahrungen verfügen.«

An Bahnhofsumbauten und -neubauten sei im Gefolge der Übertragung der Staatsbahnen auf das Reich »manches nicht unbedingt dringliche Projekt in Angriff genommen oder über das unumgänglich notwendige Maß hinaus ausgeführt« worden. Bei der Erneuerung und Aufbesserung des Wagenparks und der Betriebseinrichtungen müsse »unbedingte Einfachheit walten; manche Annehmlichkeit kann nicht wieder gewährt, auf manches Erfreuliche in der äußern Gestalt des Betriebsmaterials muß verzichtet werden. Bei der Gestaltung des Verkehrs muß mehr auf die Selbstkosten, zum Beispiel die gewaltigen Mehrkosten eines Nachtzuges auf einer sonst nachts nicht befahrenen Strecke, Rücksicht genommen werden.«



UNAUFHALTSAM, obwohl im Hinblick auf unsere beispiellose nationale und internationale Krisis viel zu langsam, setzen sich jedoch auch ganz andere Anschauungen durch über unsere notwendigen *Arbeitsleistungen*, über die Rolle der persönlichen Arbeitskraft und damit der ganzen Arbeiterklasse bei der Wiederaufrichtung Deutschlands, Europas und schließlich der ganzen zivilisierten Welt. Ganz naturgemäß. Denn man kann nicht die produktive Leistungsfähigkeit eines großen Volkes wiederherstellen, erhöhen und von allen ihr bislang anhaftenden Schlacken läutern wollen, ohne den lebendigen Arbeitsprozeß, das Ineinandergreifen und Zusammenwirken der beteiligten

Menschen, die Arbeiterpsyche und die geistig-körperliche Arbeiterbetätigung als höchste ausschlaggebende Kraft in Rechnung zu ziehen und die neuen unumgänglichen Anforderungen, die an diese letztentscheidende Kraft gestellt werden müssen, zu entwickeln.

Die ganze geistige Grundstimmung der Arbeiter, ihr Pflichtgefühl, ihre individuelle und organisatorische Selbstzucht im Dienst der Produktion ist noch viel zu sehr ein Ergebnis jener versunkenen Zeit, in der der "Lohnsklave" nur Objekt fremder, anderen Interessen folgender Verfügung und Leitung war. Viele Anläufe die Mitbestimmung der Arbeiter im produktiven Wirtschaftsleben im Handumdrehen zu steigern sind vorläufig gescheitert, und die Enttäuschung darüber, nachdem die Revolution alle Erwartungen bis zur Siedehitze entflammt hatte, verstärkte zeitweilig sogar nochmals die alte rückläufige Tendenz: nur Gegensätze gegen die Produktionsleitung und damit vielfach gegen die Produktion selber zu sehen und in der Betonung und Ausfechtung solcher Gegensätze als organisierte Arbeiterschaft ganz und gar aufzugehen.

Die alte, auf blinder Unterordnung beruhende Produktionsdisziplin ist zwar rettungslos und unwiederbringlich zusammengebrochen. Aber ein neuer, die sachlichen Produktionsgebote jeder Sozialstufe und vollends die unendlich gesteigerten Produktionsgebote der heutigen Zusammenbruchszeit erfüllender Produktionswille regt sich erst in bescheidenen Keimen. Doch er regt sich, und die Sozialisierungskommission hat sich ein großes Verdienst erworben, daß sie nach dieser Richtung eine offene Sprache gleichfalls der Neigung nicht anzustoßen und alte liebe Überlieferung nicht verletzen zu wollen vorzog; daß sie, mit einem Wort, die Eisenbahnreform unumwunden zugleich und sogar in erster Linie als Arbeitsreform, die Rationalisierung der Produktion als rationellere, zweckmäßigere Arbeitsweise, die Produktionshebung, ohne die wir unfehlbar als ganzes Volk verkümmern und untergehen werden, als Hebung der Arbeitsleistung hervorhob. Nach den mutigen und klugen Äußerungen Hugo Lindemanns<sup>3</sup> mögen deshalb heute die Ausführungen der Adolf Braun, Adolf Cohen, Rudolf Hilferding, Karl Kautsky und Paul Umbreit wiedergegeben sein, die sämtlich mit ihrem Namen den Mehrheitsbericht decken.

Die Durchsetzung des Achtstundentags nennt die Mehrheit nach dem Vorgang der Sozialistischen Monatshefte »schematisch«, und von der Intensivierung der Arbeit und der größern Zweckmäßigkeit des produktiven Organisationsaufbaus, durch die wir früher stets die Arbeitszeitverkürzung wieder im Produktionseffekt ausgeglichen dachten, sieht sie nicht das geringste verwirklicht. Jede grundsätzliche Ablehnung oder Unterschätzung des Arbeitsansporns durch Leistungslöhne liegt ihr fern; auch die Reichseinheitlichkeit der Löhne und Besoldungen scheint ihr ein Mißgriff:

»Prämien, Akkorde und andere Mittel zur Hebung der Arbeitsleistung waren eine Zeitlang beseitigt. Krieg und Revolution hatten Arbeitsfähigkeit, Arbeitswillen, Pflichttreue und Zuverlässigkeit des Personals vielfach verringert . . . Die Höhe der Entlohnung und Besoldung geht nicht über das gebotene Maß hinaus, wohl aber hat die Notwendigkeit gleichmäßiger Behandlung des Personals bei der Verreichlichung zusammen mit dem Vorgehen einzelner Bundesstaaten unnötige Mehrbe-

3) Siehe Lindemann Die Mitwirkung der Arbeiterklasse beim wirtschaftlichen Wiederaufbau, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, Seite 1 ff.

lastung bei der Einstufung der Beamten ergeben . . . Die schematische Durchführung des Achtstundentages nach der Staatsumwälzung hat auf den Strecken mit schwächerem Betrieb eine Personalvermehrung von insgesamt 25 bis 30 % mit sich gebracht, die Urlaubsvermehrung eine weitere von 4 %. Eine anderweitige Bewertung der Dienstbereitschaft würde allein schon Personalersparnisse mit sich bringen.« Folgerichtig gilt ihr auch die Neuregelung der Arbeitszeit, unter Wahrung der Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten, aber in erster Linie doch nach der Produktionswirkung orientiert, durchaus als diskutabel, obwohl die Kommission sich noch immer zu sehr an das Wort Achtstundentag klammert und die notwendige Arbeitszeitreform mehr durch die allerdings sehr notwendige und nicht wegzudisputierende Unterscheidung von Dienstbereitschaft und wirklicher Arbeitszeit einzuschmuggeln sucht:

Prämien und Akkorde sind weiter auszubauen . . . Der schematische Achtstundentag ist für die Verkehrsbetriebe *schleunigst* durch besondere, den Betriebsverhältnissen Rechnung tragende Bestimmungen im Rahmen der 48 Stunden-Woche unter besonderer Bewertung der Dienstbereitschaft zu ersetzen.«

So mehren sich endlich die Zeichen eines Umschwungs zum Bessern, und vielleicht ist in dieser Beziehung gerade der Vorstoß der Großindustrie, wider Willen, ein aufrüttelndes Ereignis. Die Gefahren der Privatisierung der Eisenbahn vermag die Arbeiterklasse noch immer zu bannen. Aber dauernd nur dann, wenn sie auch ihrerseits sich den Produktionsnotwendigkeiten einer schweren und anspruchsvollen Zeit nicht versagt, und wenn sie für ihre Zukunftsstellung und ihre Zukunftsziele Opfer in der Gegenwart zu bringen weiß.

## HERMANN SCHÜTZINGER · FELDHERRNKULT UND MILITÄRISCHE KRITIK



ENOPHON stellt in seiner Kyropädie eine Tatsache fest, deren Wahrheit bis auf den heutigen Tag noch nicht in das Allgemeinbewußtsein gedrungen ist: daß das Kriegführen ganz etwas anderes sei als eine Wissenschaft, nämlich eine Technik, eine Kunst. Wenn man Moltke mit dem Ehrentitel eines Schlachten-denkers bezeichnet, geht man also an einer Erkenntnis vorüber, die schon vor mehr als 2 Jahrtausenden vorhanden war.

Die *altgriechischen* Strategen waren nichts anderes als "turnerische" Ordner starrer Schlachtreihen von wenigen Tausend Mann, die sie in enger Zusammenschiebung vom Wagen aus bequem überblicken konnten. So hat Athen den Persern nur etwa 5000 Hopliten entgegengestellt. Ein Staat wie Korinth konnte kaum 1500 Schwerbewaffnete ins Feld stellen.<sup>1</sup> Die Phalangentaktik war die primitivste Form einer linearen Schlachtaufstellung. Sie war keine geniale Erfindung hellenischer Feldherrnkunst sondern lediglich das Fazit aus der Tatsache, daß die Bürgermilizen Griechenlands durch die mechanische Wucht des geschlossenen Sturmanlaufs das ersetzen mußten, was einem Teil von ihnen an animalischem Mut und Urkraft abging. Was nun in der Kriegsgeschichte von Epaminondas bis Foch die genialen Heerführer schuf, war das größere oder geringere Geschick die *Kampfformen an die Waffentechnik anzupassen und an der entscheidenden Stelle der Stärkere zu sein.*

1) Siehe Daniels Die Geschichte des Kriegswesens I /Leipzig 1911', Seite 9.



Der erste, der Leben und Bewegung in die starre altgriechische Phalanx brachte, war *Epaminondas*, der Vater der berühmten schrägen Schlachordnung. Er verbot dem rechten thebanischen Flügel vorzustürmen und hielt ihn zurück; wie man im Zeitalter Friedrichs II. sagte: er "refüsierte" ihn. Die so frei werdenden Hopliten wies er dem linken, dem Stoßflügel, zu. Nicht weniger als 50 Mann machte er die Phalanx des linken Flügels tief. Außerdem stellte er seine Reiterei, eine kavalleristisch-infanteristische Stoßtruppe, hier auf. Dadurch ergab sich von selbst die Technik der "Flügelschlacht". Und *Epaminondas* wurde der gefeiertste Held des spätgriechischen Zeitalters. Er war aber kein "Schlachtendenker" sondern ein gewandter Techniker seines Berufs. In seiner engern Heimat war es schon früher üblich gewesen einzelne Stellen der Kampffront bis auf 25 Mann Tiefe zu verstärken, zumeist den rechten Flügel.

Als erste geniale Feldherrnkapazität der Weltgeschichte wird *Alexander* gefeiert. Die Zertrümmerung des Perserreichs war sicherlich eine große Tat; sie erforderte den Elan, den Schwung eines großen Führers. Betrachtet man die militärischen Voraussetzungen seiner Siege, so sieht man, daß *Alexander* in der Hauptsache nur die durch die militärpolitische Entwicklung seiner Heimat ausgebildete "Taktik der verbundenen Waffen" in größter Geschicklichkeit gehandhabt hat. Nur eine so starke Regierung wie die mazedonische war imstande aus der durch den Adel gestellten, großenteils indisciplinierten Reiterei der Antike eine fest gefügte, in geschlossenen Verbänden anreitende Kavallerie zu bilden. Zu dieser ausgezeichneten Reiterei trat das schwere mazedonische Fußvolk mit seiner Sarissenphalanx, die durch die Länge und Schwere der Lanzen fast unangreifbar war. Nur die monarchische Autorität *Philipps* konnte die Vorbedingungen dafür schaffen die Taktik der verbundenen Waffen in großem Maßstab anzuwenden. Diese Steigerung der militärischen Manneszucht durch das absolutistische Prinzip des Untertanengehorsams erklärt die gewaltigen militärischen Erfolge *Alexanders*. Demgegenüber mußte das ungeschulte Heer der Perser, bestehend großenteils aus Reiter- und Bogenschützen-schwärmen, trotz Streitwagen und Elefanten wie Spreu zerstieben. Die taktischen Handgriffe *Alexanders* waren die denkbar einfachsten: Vorstoß der Infanterie in der Front, Erdrückung der gegnerischen Schlachtlinie durch Reiterei auf einem oder auf beiden Flügeln.

Auf nicht minder einfache Formeln lassen sich die militärischen Großtaten der *Römerzeit* zurückführen. (Unberührt hiervon bleiben die politischen Qualitäten eines *Hannibal*, *Scipio* oder *Caesar* als Führer ihrer Völker.)

Das aristokratisch-autoritäre Rom hatte eine brutale, prompte Militärjustiz durchzusetzen gewußt; Insubordination, Feigheit und Fahnenflucht wurden unerbittlich mit dem Tod bestraft. Diese durch rücksichtslose Staatsgewalt und militärischen Geist zusammengehaltene Bürgerarmee besaß jedoch nicht die Beweglichkeit einer Söldnertruppe. Auf dem Schlachtfeld gliederte sie sich in die altüberkommenen 3 Treffen der Phalanx. Diesem schwerfälligen Ap-

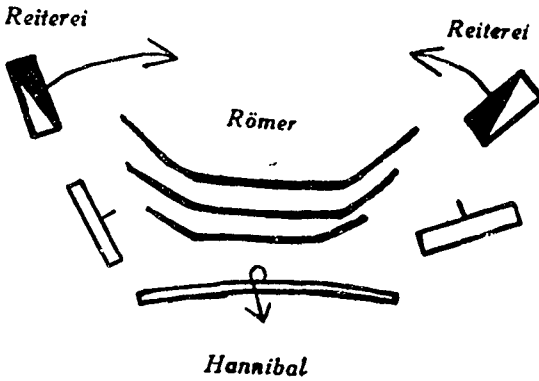
#### TREFFENAUFSTELLUNG DES ALTEN ROMS

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

SCHLACHT BEI CANNAE

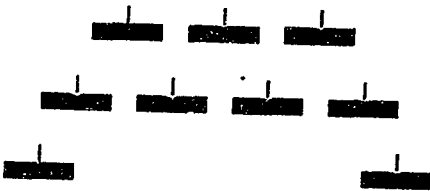


umfaßte sie auf beiden Seiten. Eiserne Nerven vern. Aber Genie?

parat trat auf dem weltberühmten und viel zitierten Schlachtfeld von Cannae Hannibal entgegen. Er hatte als Produkt jahrzehntelanger karthagischer Militärpolitik und als Erfolg der geldwirtschaftlichen Verfassung seiner Heimat ein wohl einexerziertes Söldnerheer mit vorzüglicher Reiterei, der die römische Sportkavallerie weit unterlegen war, in seiner Hand. Er ließ die plumpe römische Phalanx anrennen und gehörten zu diesen Manö-

Rom lernte durch das Unglück von Cannae. Unter Scipios Leitung vollzog sich in wenigen Jahren die naturnotwendige Umbildung seiner der karthagischen Beweglichkeit unterlegenen Bürgermiliz in eine Armee professioneller Militärs. Ganz von selbst wurde die schwerfällige Phalanx erst mit Gelenken versehen, dann in tief gegliederte Treffen geteilt, endlich in eine Vielzahl taktischer Körper aufgelöst. Die Bildung kleiner Haufen, die so fest zusammenhalten, daß sie taktische Körper bilden, war unendlich schwer.

MANIPULARAUFSTELLUNG DER SPÄTERN ZEIT



Eine jahrhundertlange Entwicklung und die römische Disziplin führten zur Manipularaufstellung der römischen Schlachtfrent. Nur dieser eine Staat des sogenannten klassischen Altertums hat sie wirklich durchgeführt und dadurch die Weltherrschaft gewonnen. Rom hat aber diesen Aufstieg nicht dem Genie seiner Generäle auf den

Schlachtfeldern zu verdanken sondern der Friedensarbeit seines Subalternoffizierkorps, der Centurionen. Caesar hat das Erbe Scipios angetreten. Er war ein weitausschauender Führer seines Volks. Im Militärischen war er, wie es die Sachlage erforderte, in erster Linie Organisator und vor allem Ingenieur. Mit welcher Liebe schildert er in seinen Denkwürdigkeiten, diesem prachtvollen Werk objektiver und anschaulicher Berichterstattung, seine Vorrichtungen und Anlagen: die Befestigung des Rhoneufers, das Lager an der Aisne, die Rheinbrücke, die "Sicheln" im Seekampf, die Belagerungsmaschinen, Hindernisse und Verteidigungsanlagen. Neue Kampfformen hat er nicht geschaffen, brauchte sie auch nicht zu schaffen; denn seine Heeresmaschine funktionierte glänzend auf allen Kriegsschauplätzen. Und es ist das Charakteristische eines wirklich Schaffenden, daß er nur das tut, was wirklich notwendig ist, und nichts, um etwas selber getan zu haben. Caesar hat sein Genie nicht als Schlachtenlenker gezeigt,

weil dies für die Erreichung seiner Ziele nicht erforderlich war. (Damit vergleiche man das Streben deutscher Heerführer im Weltkrieg, die durch "großartige" Operationen auf einem ganz Europa umfassenden Kriegstheater "militärische Erfolge" zu erreichen trachteten; unbekümmert um das Gesamtergebnis, geschweige denn um den politischen Sinn des Krieges.)

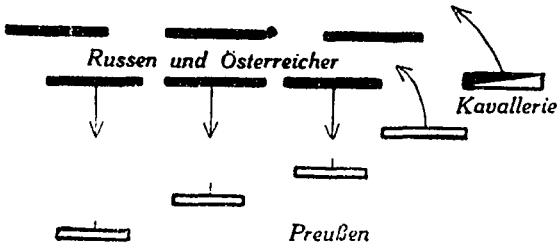
Das auf der geldwirtschaftlichen Verfassung der antiken Staaten beruhende Kriegswesen mußte mit dem Zusammenbruch des Römischen Reichs zugrunde gehen, um in dem naturalwirtschaftlichen Aufbau der mittelalterlichen Stämme und Stadtstaaten in der alten Form nicht wieder aufzuerstehen. Die Kriege des *Mittelalters* wurden mit Heerhaufen, aber nicht mit militärischen Verbänden geführt. Das mittelalterliche Kriegswesen geht nicht durch epochemachende Feldherren der schweizerischen Bauern- oder der deutschen Bürgermiliz zugrunde, auch nicht durch glänzende Operationen der Soldtruppenführer des Dreißigjährigen Krieges, sondern durch den langsamen Entwicklungsprozeß der Aufstellung geschlossener Infanterie in großen Massen. Dieser Wiederaufbau der Kriegstechnik war aber lediglich ein Produkt der territorialen Konzentration und der Wiedereinführung des geldwirtschaftlichen Verkehrs der Antike.

Von diesem Standpunkt aus sind vor allem die in Erz und Stein gehauenen, durch Lyrik und Prosa verewigten Feldherren des Dreißigjährigen Krieges zu bewerten. Während dieses Krieges vollzog sich die Umwandlung der spätmittelalterlichen Spießertuppe in die *neuzeitliche* Infanterie. Dem praktischen Geschick und Handwerksgriff der einzelnen Söldnerführer war es vorbehalten die infanteristische und artilleristische Feuerwaffe zunächst als Hilfswaffe in das Gerippe beweglicher Körper von Infanterie- und Kavallerieeinheiten, bewaffnet mit Hieb- und Stichwaffen, einzugliedern. Wallenstein war ein politisch bedeutender Führer, ein hervorragender Organisator von Söldnermassen, aber kein Genie des Schlachtfelds. Sowohl an der Alten Veste bei Nürnberg wie auch auf dem Schlachtfeld bei Lützen ist eins zutage getreten: daß weder Wallenstein noch Gustav Adolf den Feuergeist, den sie in ihre Truppen gehaucht hatten, zu irgendeiner strategischen Großtat umzuwerten verstanden. An die Stelle eines wuchtigen, die Entscheidung suchenden Führerwillens war besonders im Zeitalter des Spanischen Erbfolgekrieges ein vorsichtiges Manövrieren und Künsteln sowohl der Truppenbewegung am Schlachtfeld wie der Vorbereitung permanenter Stellungen (siehe Vauban) getreten.

Erst *Friedrich II.* brachte wieder Bewegung in die erstarrte Materie der militärischen Führungstechnik. Es hieße einer ernstlichen militärischen Kritik an den Feldherrngrößen der Vergangenheit einen schlechten Dienst erweisen, wenn man eine überragende Führernatur wie Friedrich heruntersetzen wollte. »Das Genie allein bewahrt sich eine Unabhängigkeit von dem materiell Gegebenen. Auch das Genie irrt. Aber es irrt genial. Und die Folge ist doch der Sieg«, schreibt der Verfasser des Buches *Die Tragödie Deutschlands* (einer unserer fähigsten deutschen Militärschriftsteller).<sup>2</sup> Es ist vergeblich den Wurzeln des militärischen Genies nachzugraben, Friedrich war durch die politische Lage gezwungen größtenteils gegen eine Übermacht zu fechten. So drängte sich ihm naturgemäß das Gesetz der "relativen Überlegenheit" auf, das heißt die Forderung nicht der Gesamtheit der

<sup>2</sup>) Siehe das *anonym* veröffentlichte Buch *Die Tragödie Deutschlands* (München 1921), Seite 243.

## TAKTIK FRIEDRICHS II.



Streitkräfte des Gegners überlegen zu sein sondern nur demjenigen Teil der Front, gegen den er siegen will. Frontal konnte er seinen Gegner niemals niederringen. So ergab sich von selbst die friderizianische Taktik durch Staffelung in Aufstellung und Umklammerung

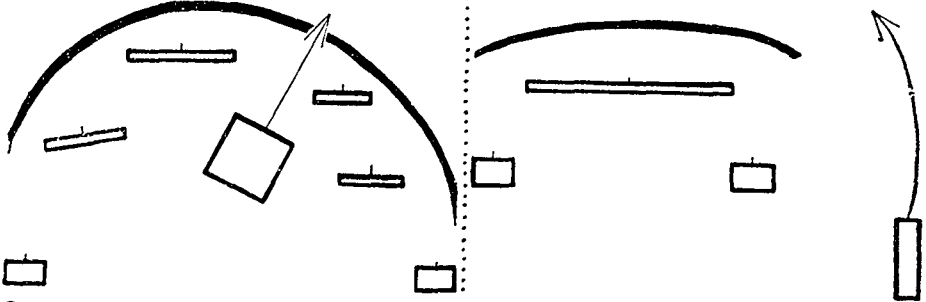
Anmarsch, "Refüsierung" der Front und des einen Flügels, Umklammerung des andern Flügels.

Die Kulmination des Feldherrngenies wird in *Napoléon* erreicht. *Napoléon* war stets dem Gegner an dem Platz, an dem er den entscheidenden Angriff ansetzte, überlegen; wenn möglich an Zahl, und wenn diese Überlegenheit auch mit der größten strategischen und taktischen Sparsamkeit nicht sicher zu erreichen war, dann wenigstens durch Qualität: Hier stand seine Garde, und hier führten seine besten Generale. Er konnte das Prinzip der Schlachtentscheidung durch Zusammenfassung der Kräfte an dem entscheidenden Punkt entsprechend der Vergrößerung seiner Verbände im Vergleich zu dem engen friderizianischen Schlachtfeld auch auf die Bewegung der taktischen Verbände übertragen. Aus der taktischen Umfassung und Durchbruchsbewegung ergibt sich die strategische, weit aus der Tiefe ausholende Bewegung:

## NAPOLÉONISCHE STRATEGIE

Frontaler Durchbruch

Umfassung durch Anmarsch



So konnte *Napoléon* auch mit insgesamt geringeren Streitkräften durch die Überlegenheit der Leistung an dem besondern Ort des Kampfes Sieg auf Sieg davontragen. So konnte er auch, aus der Verbannung von Elba hervorbrechend, mit einem eilig zusammengestellten Heer eine seiner glänzendsten Waffentaten, bei Ligny, vollbringen. Und nur einer 5fachen Übermacht gelang es bei Waterloo seiner Herr zu werden. An dieser *Napoléonischen* Strategie messe man die Leistung des deutschen Generalstabs im Weltkrieg, der, obgleich er, nach der Aussage des Generalmajors Freiherrn von Schoenaich, »im Frühjahr 1918 eine bedeutende zahlenmäßige Überlegenheit an der Westfront entwickeln« konnte, doch seine Offensive so anlegte, daß sie »am 1. April 1918 . . . als mißglückt und der Krieg als endgültig verloren betrachtet werden« mußte.<sup>3</sup>

<sup>3</sup>) Siehe *Freiherr von Schoenaich* Der Dolchstoß: Legende, nicht Geschichte, im Berliner Tageblatt vom 11. Januar 1922.

Wenn wir aber die unvergleichlichen strategischen Erfolge jener beiden würdigen wollen, so müssen wir auch hier einen großen Teil des Verdienstes an ihren Siegen auf das Konto ihrer organisatorischen Vorbereitungstätigkeit und ihrer fortreißenden Persönlichkeiten setzen. Friedrich hat es verstanden sich durch seine die Masse des damaligen preußischen Volks turmhoch überragenden Qualitäten, durch seine Bauernbefreiung und seine Verwaltungsreformen sklavisch ergebene Soldaten und ein durch das Mittel äußerlicher Bevorrechtung an ihn gekettetes Offizierkorps ein Kriegsinstrument zu schaffen, das auch bei weniger genialer Führung trotz der persönlichen Schwerfälligkeit des einzelnen, der stumpfsinnigen Unterordnung, der Unbildung und Brutalität seiner Truppe Herr des Schlachtfelds geblieben wäre. Napoléon aber gelang es das Heer der Großen Revolution derartig mit seinem Feuergeist zu durchdringen, daß die Wucht des gallischen Elans, gepaart mit der Feuerlohe der größten aller Menschheitsbewegungen, die morschen und faulen Trümmer absolutistischer Militärgelände auch bei geringwertiger Führungstechnik hinweggefegt hätte. Das gerade war ja das Gewaltige an Napoléon, daß bei ihm, diesem wahrhaften militärischen Genie, das Militärische niemals zum Selbstzweck wurde, sondern daß alles: Kriegsführung wie Politik, materielle wie geistige Strebungen, in den Dienst einer Idee gestellt wurden, die er verkörperte, und die das Dämonische in ihm auslöste. Daher ging es ihm nie um militärischen Ruhm. Und wenn er auch auf dem Schlachtfeld, kraft seiner Intuition, stets das Überraschende tat, so doch niemals, *um* zu überraschen, sondern nur um das besondere militärische, und dieses wiederum nur, um das besondere politische Ziel zu erreichen, das ihn der Verwirklichung seiner Idee näher brächte. Ihm ging die Möglichkeit zu siegen über den Sieg selbst, dessen Glanz er gern preisgab, wenn er die damit verbundene Absicht sonst erreichen konnte. Man denke nur an seine Haltung gegenüber dem König von Preußen, dessen geistige Enge es ihm freilich unmöglich machte auf die vollständige militärische Zertrümmerung Preußens, die er gern vermieden hätte, zu verzichten. Das Entscheidende bei Napoléon war die vollständige Einheit des Militärischen und des Politischen. Da man zu seiner Zeit (wie übrigens in der Hauptsache auch noch heute) nicht imstande war das Wesen seiner Politik zu begreifen, so konnte es geschehen, daß man in ihm nur den Heerführer mit militärischen Zielen sah.<sup>4</sup> Freilich, seine Politik konnte dem "real" denkenden Bürger kaum verständlich sein. Für Napoléon war die Politik *nicht*, wie sie im Deutschland der Vorkriegszeit nach einem bis zum Überdruß zitierten Wort aufgefaßt wurde, die "Kunst des Möglichen" im Deutschland der Nachkriegszeit kennen wir, beiläufig, nicht einmal diese). Für ihn war sie der innere Zwang das (scheinbar) Unmögliche zu verwirklichen; für ihn galt der gleiche Antrieb wie für die großen Religionsstifter oder auch für die Väter der sozialistischen Menschheitsidee. Und daher wird sein Werk, äußerlich 1815 zertrümmert, innerlich ein Jahrhundert später lebendiger als je, immer weiter wirken: bis zu seiner Vollendung. Während die Gebilde jener "Realpolitik" nach kürzerem oder längerem Dasein zerfallen, um nie wieder zu erstehen.

Gegenüber einem Friedrich und erst einem Napoléon kann *Moltke* nur als eine Größe 2. Qualität bewertet werden. Freytag-Loringhoven und der

<sup>4</sup>) Siehe dazu *Quessel* Napoléons Kampf gegen England und (zum 100. Todestag) Napoléon, in den Sozialistischen Monatsheften, 1917 I, Seite 123 ff., und 1921 I, Seite 377 ff.

österreichische General Krauß haben in eingehenden Studien bewiesen, daß das strategische System Moltkes sich von dem Napoléons *gar nicht unterscheidet*, daß beide von dem selben Grundgedanken ausgegangen wären und die selben Gesetze beachtet hätten: nur daß eben Napoléon ein Jahrhundert früher gelebt hat. Im übrigen hat Moltke stets seine Siege durch ganz bedeutende zahlenmäßige Überlegenheiten, nicht allein an der Stelle der Entscheidung sondern über die Gesamtarmee seiner Gegner, erfochten. Außerdem standen ihm ganz bedeutende waffentechnische Vorteile zur Verfügung; das preußische Infanteriegewehr hat die Schlacht von Königgrätz gegen den kümmerlichen Vorderlader der Österreicher gewonnen, und die preußische Aufschlaggranate den Krieg 1870-1871 gegen das wirkungsarme französische Schrapnell und die wertlosen Mitrailleusen. Zweifellos war Moltke ein bedeutender Kopf; zweifellos besaß er alle Führerqualitäten, die man sich wünschen kann. In die Reihe der wirklichen Genies der Menschheitsgeschichte kann und soll man ihn nicht stellen.

Immerhin kann man auch aus Moltkes Taten lernen, und auch unser Schulgeschichtsunterricht (bei dem aber die Kriege von ihrem, bis jetzt alles beherrschenden Platz auf den ihnen zukommenden, wesentlich bescheidenern versetzt werden müssen) wird seinen Namen nach wie vor nennen müssen. Aber die *dei minores*, die Unterführer, sollten wirklich nicht mehr dem Gedächtnis der kommenden Generation eingehämmert werden. Es entsteht sonst ein gar zu verkehrtes Bild, von dem auch später der Erwachsene, unbewußt, in unheilvoller Weise beeinflußt wird. Denn die neudeutsche, apolitische "Mentalität", die uns den Zusammenbruch von 1918 gebracht hat, ist durch törichte Feldherrnverherrlichung mit gebildet worden: eine Verherrlichung, die die Wirklichkeit fälschte und Kritik nicht aufkommen ließ.

Ich greife ein Beispiel solcher Geschichtszurechtbiegung heraus: die Darstellung der Rolle des Kronprinzen Friedrich Wilhelm in der *Schlacht bei Wörth*. Fast in jeder Bauernstube Süddeutschlands hing das Bild, farbenprächtig und unwahrscheinlich, wie der "geniale Feldherr" die Schlacht bei Wörth leitet, jedes Panorama auf der Kirme enthielt dieses Prachtgemälde, und ein stolzes Reiterdenkmal schmückt den Totenfriedhof des Schlachtfelds. Als lorbeergeschmückter Sieger zog der Kronprinz in München ein. Wie sieht diese Schlacht bei Wörth aber unter der Lupe des Militärtechnikers aus? Betrachten wir die Lage in jenen Augusttagen des Jahres 1870. Mac Mahon hielt es für seine Aufgabe bei Fröschweiler eine befestigte Flankenstellung zu beziehen, um dem Feind, der bei Weißenburg eingedrungen war, den Vormarsch sowohl über Hagenau nach Süden, gegen Straßburg wie über den Engpaß Reichshofen-Bitsch auf die französische Hauptarmee bei Saarbrücken-Spichern zu verwehren. Die Armee des preußischen Kronprinzen (nebenbei bemerkt: mehr als doppelt so stark wie die Mac Mahons) sollte am 2. August die Grenze überschreiten, um über Bitsch eine Umfassungsbewegung nach Norden in den Rücken der feindlichen Hauptarmee auszuführen. Durch Schlamperei der Intendantur verzögerte sich der Vormarsch um 2 Tage. Die französische Vorpostendivision bei Weißenburg wurde nun; anstatt in breiter Front umgangen und außer Gefecht gesetzt zu werden, ohne jede Leitung und ohne jeden Befehl von fast der ganzen Armee, und mehr als 10facher Übermacht, angegriffen und geworfen. Dieser "Sieg" kostete die Kronprinzenarmee einen vollen Tag an Zeit und empfind-

liche Verluste einiger Truppenteile, die vollkommen hätten vermieden werden können. So kam es, daß die Korps am Abend des 5. August erst ihre Unterkunftsräume bezogen hatten. Was hätte nun ein *wahrer* Feldherr auf die Meldung von der Anwesenheit der Armee Mac Mahons bei Fröschweiler befohlen? Die Überlegenheit an Zahl hätte eine doppelseitige Umfassung erlaubt. Hauptzweck wäre die Abdrängung von der Rückzugsstraße zur Hauptarmee durch die Enge Reichshofen-Bitsch und die strategische Einkreisung gewesen. In der Nacht noch hätte die Kavalleriedivision vor die Front zur Erkundung der feindlichen Stellung und rückwärtigen Verbindungen gezogen werden müssen. Die Abschnürung der feindlichen Aufstellung am Engpaß Reichshofen-Bitsch hätte durch Vorwärtsstaffelung der Flügelkorps in den frühesten Morgenstunden (2. Bayrisches Armeekorps gegen Jägerthal, 11. Armeekorps und Württembergische Division gegen Griesbach) vorbereitet werden müssen. Die Heeresreserve (1. Bayrisches Armeekorps) gehörte etwa in die Gegend von Morsbronn. Das 5. Armeekorps hätte den Feind in der Front festhalten müssen, um die doppelseitige Umfassung wirksam zu machen. Die Kapitulation Mac Mahons unter geringsten blutigen Verlusten auf deutscher Seite wäre die Folge gewesen. Was geschah in Wirklichkeit? Wenige hundert Meter vom Feind wurde für den 6. August ein Rasttag befohlen. Die Kavalleriedivision und die Armeereserve blieben hinter der Mitte der Front. Beim Wasserholen am Sauerbach bricht eine Schießerei aus. Und nun schlagen sich die Armeekorps ohne Befehl, nach Gutdünken, den ganzen Vormittag mit dem Feind herum. Das 5. Korps unternimmt in der Front einen Erkundungsangriff; das 2. Bayrische Korps hört den Kanonendonner und tritt bei Langensulzbach ins Gefecht. Da aber die Schlacht nicht recht vorwärts gehen will, bricht dieses den Kampf ab; das 5. Korps hatte den Befehl erhalten seine Verbände zurückzunehmen, aber, als es Kenntnis von dem Eingreifen der Bayern bekommen hatte, das Gefecht wieder von neuem begonnen. Als die Armeeführung gegen Mittag mit verschlafenen Augen das Schlachtfeld überblickt, sieht sie, daß die Schlacht nicht mehr abzubrechen ist. Und nun beginnt ein tolles frontales Losrennen aller Verbände gegen die französische Zentralstellung bei Fröschweiler. Der Befehl zur Umfassung des Feindes im Süden wird einfach nicht befolgt, im Norden überhaupt nicht ausgegeben. Die Folge: unermeßliche blutige Verluste der deutschen Truppen an den Sauerhängen bei Wörth und unbehelligter Abzug des Feindes bei Einbruch der Dunkelheit gegen Bitsch. Eine bayrische Kavalleriebrigade soll die Verfolgung aufnehmen (2 Schwadronen zwischen Bitsch und Reichshofen hätten genügt, um der französischen Armee eine Katastrophe beizubringen); die Brigade erleidet einen Chok und zieht sich ruhmvoll zurück. So sieht der ruhmvolle Feldherr der Schlacht bei Wörth im militärtechnischen Nachthemd aus.

Hat der *Weltkrieg 1914-1918* aber militärische Genies gezeitigt, Männer aus dem Guß eines Napoléon oder Friedrich? Die Frage verdient eine gründlichere Untersuchung, die hier noch gegeben werden soll. Jetzt nur eine Feststellung: Der Kriegsschauplatz der Entscheidung war der Westen. 3 große, genial durchdachte Operationen spielten sich hier ab. Die 1. war der deutsche Vormarsch; er stammt von einem Toten: Alfred Graf Schlieffen. Die deutsche Heeresleitung ist dem Plan Schlieffens nicht treu geblieben. Sie hat das historische Gesetz eines Friedrich und Napoléon: an der Stelle der

Entscheidung die Überlegenheit zu besitzen, in geradezu frevelhafter Weise mißachtet und hat dadurch die 2. Operation: den Vorstoß Gallienis in die deutsche Flanke, heraufbeschworen und damit die erste Marneschlacht verloren, womit das Schicksal des Krieges für uns schon besiegelt war. (Daß wir diesen militärischen Verlust nicht durch einen politischen Gewinn, der während der Regierung Kerenskij's in Rußland zu erlangen war, ausglich, sei hier, wo nur das Militärische behandelt wird, nur gerade erwähnt, nicht weiter erörtert.) Die 3. und letzte Operation war der Flankenstoß Fochs in der zweiten Marneschlacht; sie entschied endgültig den Krieg.

Der Weltkrieg hat den Zusammenbruch der neuern deutschen Strategie gebracht. Sie wurde trotz aller Hingabe des einzelnen zum Verderben des deutschen Volkes durch die Ungeistigkeit, die Starrheit und den Dünkel ihrer Träger.<sup>5</sup> Erst wenn die Menschheit, wenn vor allem das deutsche Volk gelernt haben wird die Leistungen der militärischen Führung unter Ablegung der Brille eines ungesunden Kultus selbstgefertigter Heroen mit den Augen fachmännischer Kritik zu betrachten, wird die mystische Feldherrnverehrung zum Besten der kommenden Generationen aufhören. Und erst dann wird eine wirklich nationale Politik möglich sein. Gedankenloses Nachbeten altüberkommener Historien über die kriegerischen Heroen der Weltgeschichte wird unser Volk niemals gesunden lassen. Heldenverehrung soll und muß sein. Aber ein Volk soll sich die Helden nicht nach der Zahl der Gefechte und Schlachten wählen sondern nach der Wucht der Führerpersönlichkeit im Kampf um den Aufstieg.

## LUDWIG HILBERSEIMER · BAUEN UND BAUWIRTSCHAFT



NÄCHST dem Materialmangel und der durch die zu kurze Arbeitszeit bewirkten relativ großen Kostspieligkeit der Arbeit ist das Mieterschutzgesetz der Haupthemmungsgrund zur Wiederbelebung des deutschen Baumarkts. Durch die Freigabe der Kohle ist ein hemmender Faktor gefallen. Um so schwerer macht sich der andere bemerkbar. Durch das Höchstmietengesetz hat die alte deutsche Regierung eine Anpassung der Mieten an die Kaufkraft der Mark verhindert und so künstlich einen Zustand geschaffen, der immer mehr unhaltbar wird, und dem man immer schwerer abhelfen kann. Jene Maßnahmen schränken das Eigentumsrecht ein, ohne sich um die sich daraus ergebenden Konsequenzen überhaupt irgendwie zu kümmern. Unter solchen Umständen können weder die vorhandenen Wohnungen instand gehalten noch neue gebaut werden. Ein Zustand, der die schlimmsten Perspektiven eröffnet, und der nur 2 Lösungsmöglichkeiten zuläßt: entweder alte Kapitalwirtschaft, wirtschaftliche Freiheit der Besitzer, oder Sozialisierung aller Wohnungen, Gemeinwirtschaft. Aber man wählt einen Mittelweg: Man sucht durch langsame Steigerung den ehemaligen Goldmarkpreis der Mieten in den Papiermarkpreis umzuwandeln. Inzwischen werden viele Wohnungen völlig ruiniert. Seit 1914 wurden Reparaturen nicht mehr vorgenommen. Die Miete ist jetzt um 45 % der Vorkriegsmiete erhöht und soll demnächst um 70 % (nach den Beschlüssen des Reichswirtschaftsrats auf

5) Siehe *Schützinger* Die deutsche Heeresmaschine, in den Sozialistischen Monatsheften, 1921 I, Seite 22 ff.



250 %) erhöht werden. Man kann also ungefähr ausrechnen, wie lange es dauern wird, bis der Goldmarkstand in Papiermarkstand umgewandelt ist, wodurch es den Besitzern wieder möglich wird umfassende Reparaturen vorzunehmen, und wann den Unternehmern bei Neubauten das Kapital die Zinsen bringt, die das Bauen für sie rentabel macht. Das völlige Stocken der Bautätigkeit verschärft die Wohnungsnot bis zur Unerträglichkeit.

Zu ihrer Beseitigung hat man die verschiedenartigsten Vorschläge gemacht, teilweise auch realisiert. Als wichtigsten die Teilung größerer Wohnungen in kleinere und den Ausbau bestehender Dachgeschosse zu Wohnungen. München besonders hat damit große Erfolge aufzuweisen, während in Berlin bisher relativ wenig Häuser ausgebaut wurden. Ein um so bedauerlicherer Umstand, als die Kosten eines Dachausbaus nur zirka ein Drittel der Kosten eines entsprechenden Kleinhauses betragen. Ein weit wichtigeres Mittel die Wohnungsnot zu beseitigen ist die Anlage von Siedelungen. Sie würden noch umfangreicher ausgeführt werden, wenn sich nicht die Baukosten von Tag zu Tag steigerten. Flachbausiedelungen ermöglichen und erleichtern durch die beigefügten Gärten die Selbstversorgung der Besitzer; Bestrebungen, die mit der Innenkolonisation zusammenhängen, mit dem Ziel der Vermehrung der Urproduktion: Kohle und Landwirtschaft.

Von seiten der Baupolizei hat man, um ein möglichst billiges Bauen zu ermöglichen, die Bestimmungen eingeschränkt und allerlei Konzessionen gemacht. So dürfen jetzt beispielsweise die Mauer- und Balkenstärken verringert werden, ebenso die Geschoßhöhen. Durch Normalisierung von Fenstern, Türen, Treppen usw. wird das Bauen weiter verbilligt; auch unterstützen Staat und Gemeinden durch Zuschüsse solche Unternehmungen. Um die Baulust anzureizen, hat sich der Staat zu Steuerermäßigungen entschlossen. Leute, die sich ein Kleinhaus bauen, brauchen einen bestimmten Teil ihres Einkommens nicht zu versteuern. Allerdings werden daran Bedingungen geknüpft: vor allem, daß solche Häuser Spekulationszwecken entzogen werden, auch jeder Prunk im Äußern und Innern vermieden wird.

Materialmangel und Arbeitskosten haben die Aufmerksamkeit der Volkswirtschaftler und Bausachverständigen auch auf den Holzbau gelenkt. Holzbauten sind immer noch mit begrenzten Mitteln zu errichten. Vor allem ist ein derartiger Bau leicht hochgeführt und schafft schnell Unterkunft. Organisierte fabrikmäßige Herstellung ermöglicht größere wirtschaftliche Ausnutzung des Materials, Schnelligkeit und Verbilligung der Ausführung.

Als eine Paradoxie ist wohl der Vorschlag zu betrachten Hochhäuser mit Kleinwohnungen zu errichten; um Aufzüge zu ersparen, soll ein solcher Wolkenkratzer neben den notwendigen Treppen durch leicht ersteigbare Rampen zugänglich gemacht werden. Solchen Vorschlägen gegenüber ist der Flachbau durchaus vorzuziehen, da er vor allem die Nutzbarmachung eines Gartens ermöglicht, allerdings auch größere Entfernung von den einzelnen Zentren erfordert, während Hochbauten die Bevölkerung konzentrieren. Hingegen sind die Vorschläge für Bureau- und Geschäftszwecke Hochbauten zu errichten durchaus zu begrüßen. Hier ist Konzentration angebracht und erwünscht und durch die Erfahrungen Amerikas begründet. Berlin müßte längst schon Wolkenkratzer besitzen; denn seine Geschäftsviertel drängen nach Erhöhung der Häuser. Durch einen Erlaß des Ministers für Volkswohlfahrt werden in Preußen grundsätzliche baupolizeiliche

Bedenken gegen den Bau von Wolkenkratzern nicht mehr erhoben. Aber im Hinblick auf die mannigfachen schädlichen Einwirkungen, die solch vielgeschossige Gebäude auf ihre Nachbarschaft ausüben, soll die Genehmigung in jedem Einzelfall vom Dispensweg abhängig gemacht werden. Diese Bestimmung, richtig angewandt, kann von großem Vorteil für die städtebauliche Ausgestaltung einer Stadt sein; sie kann freilich auch, falsch angewandt, durchaus hemmend wirken. Es sei in diesem Zusammenhang an das Städtebild New Yorks erinnert, wo gerade absolute Freiheit der Möglichkeiten mit die Hauptursache zu der Phantastik des Geschäftsviertels geworden ist. Der märchenhaft schöne Anblick New Yorks vom Wasser aus ist den Städtebildern Europas und des Orients durchaus ebenbürtig. Hier hat gesteigerte Materialität ihren Ausdruck gefunden, ist zur Form geworden. Aber die Wolkenkratzer sind in Deutschland einstweilen Projekte geblieben, obwohl durch ihren Bau viele Wohnhäuser, in denen heute Geschäftsräume untergebracht sind, geräumt und bewohnbar würden.

Logischerweise ist der Bau von herrschaftlichen Wohnhäusern und Villen am schnellsten wieder aufgelebt. Denn hier handelt es sich zum Teil um Schichten, die Geld im Überfluß besitzen, oder deren Einkommen es erlaubt die hohen Papiermarkbaukosten und -renten zu tragen. Seit der Freigabe der Kohle ist daher schon eine große Anzahl von Wohnhäusern im Westen Berlins erbaut worden. Dies Bauen wurde noch durch die relativ niedrigen Grundstückspreise begünstigt. Während in der Vorkriegszeit auf Grundstück und Bau ungefähr der selbe Betrag entfiel, ist heute der Grundstückspreis nur ein Viertel, ja ein Sechstel des Baupreises.

Trotz der relativ geringen Bautätigkeit ist heute schon ein erheblicher Mangel an Bauhandwerkern vorhanden. Dieser Zustand ist absurd, aber leicht zu erklären. Durch jahrelanges Stocken der Bautätigkeit wurden die Bauhandwerker gezwungen umzulernen, einen andern Beruf zu ergreifen. Dazu kamen die Demobilmachungsvorschriften, die, zunächst ohne Rücksicht auf die Erfordernisse der Produktion, nur alle "unterzubringen" befahlen, dadurch die Arbeiter an kurze, unintensive Arbeit gewöhnten. Die Staatsbetriebe (Eisenbahn, Post) wurden überbesetzt, dadurch nicht nur ins ungeheuerliche unrentabel gemacht sondern auch in ihren Leistungen verschlechtert, da eine zu große Zahl von "Beschäftigten" die Beschäftigung selber verringerte. Viele Bauhandwerker sitzen in ihnen, die nun den Weg zu ihrem frühern Beruf nicht mehr finden. Daneben fiel auch der Nachwuchs an Lehrlingen fort, denn ein Gewerbe, das nicht besteht, kann auch keine Vertreter großziehen. Die momentane wirtschaftliche Unklarheit, das Schwanken der Werte erschwert aber auch zurzeit die private Bautätigkeit. Es läßt sich bei den langen Fristen, die Bauarbeiten notwendig machen, keine bindende Preisangabe machen: ein Zustand, der viele Baulustige abschreckt. Doch müßte man sich darüber klar sein, daß das Geld nur fiktiven Wert besitzt, Arbeit und Werte aber das Tatsächliche sind und trotz ihrer höhern oder niedern Notierung die selben bleiben.

Alle diese Schwierigkeiten; Mangel an geübten Handwerkern, an Material, damit zusammenhängend immer weiter gehende Steigerung der Kosten, die ein Wiederaufleben der Bauwirtschaft verhindern, haben ihre Ursache in dem durch unsere militärische Niederlage und ihre Folge, die Revolution, herbeigeführten wirtschaftlichen Zusammenbruch. Das alte Regime hat

eine völlig zerrüttete Wirtschaft hinterlassen. Die Kriegswirtschaft hatte das Gleichgewicht der einigermaßen auf den Bedarf eingestellten Friedenswirtschaft aufgehoben, die gesamte Produktion nach ihren Bedürfnissen umgeformt. Unklarheit und Gedankenlosigkeit suchte auch nach dem Zusammenbruch diesen künstlichen Zustand zu erhalten. Man getraute sich nicht einen systematischen Aufbau zu beginnen, vergaß den Hauptproduktionszweigen: Landwirtschaft, Bergbau und Bauwirtschaft, die im Gesamtinteresse notwendigen Kräfte zuzuführen. Aus verheißenen "Sozialisierungen" wurden Betriebsverstaatlichungen, die einen sehr selbstzwecklichen Charakter annahmen. Ihre Unrentabilität wie die der schon seit je bestehenden Staatsbetriebe hat ihre Hauptursache in der ungeheuren Personalüberlastung. Der hier bestehende Überschuß an Arbeitskräften fehlt anderen wichtigen Betrieben, hindert die Ausführung notwendiger produktiver Arbeit. Da uns die produktive Arbeit von Jahren fehlt, ist deren Intensivierung die einzige Möglichkeit, um, ganz abgesehen von der äußern, die innere Reparation durchzuführen. Heute hat die Gesamtheit nicht nur sich selbst wie früher sondern dazu noch die ungeheure Zahl der Kriegsinvaliden und -hinterbliebenen mitzuerhalten. Eine Aufgabe, die die gesamten Kräfte in Anspruch nimmt.

So führt das Problem der Bauwirtschaft auf das Problem des Aufbaus unserer Wirtschaft. Wird man endlich den Mut zur Unpopularität finden, der notwendig ist, wenn man die zu solchem Aufbau notwendigen außen- und innenpolitischen Voraussetzungen, als Grundlage neuer Produktivität, schaffen will?

## WALT WHITMAN · VORFAHREN · ÜBERTRAGEN VON MAX HAYEK

I



MIT Vorfahren.

Mit meinen Vätern und Müttern und der Zusammenat ver-  
flossener Zeitalter,

Mit allem, ohne das, wäre es nicht gewesen, ich auch nicht da  
wäre, wie ich es bin,

Mit Ägypten, Indien, Phönizien, Griechenland und Rom,

Mit den Kelten, den Skandinaviern, den Gälen und Sachsen,

Mit antiken Seeabenteuern, Gesetzen, Kunsthandwerk, Kriegen und Heeren,

Mit dem Dichter, dem Skalden, der Saga, Mythe und dem Orakel,

Mit dem Sklavenhandel, den Schwärmern, Troubadouren, dem Kreuzritter  
und Mönch,

Mit jenen alten Kontinenten, von denen wir zu diesem neuen Kontinent kamen,

Mit den vergänglichen Königreichen und ihren Königen,

Mit den vergänglichen Religionen und ihren Priestern,

Mit den schmalen Küsten, zu denen wir von unseren eigenen breiten gegen-  
wärtigen Küsten zurückblicken,

Mit den zahllosen Jahren, die sich näher und näher zogen und bei diesen  
Jahren anlangten,

Dich und mich erreichten, Amerika erreichten, und dieses Jahr schufen;

Dieses Jahr — das sich zahllosen Jahren der Zukunft entgegenwirft.

## II



es sind aber nicht die Jahre: Ich bin es, du bist's.  
Wir spüren alle Gesetze und tragen die Kerben aller Vorfahren  
in uns.

Wir sind der Skalde, das Orakel, der Mönch und der Ritter,  
wir tragen sie bequem in uns, und mehr,

Wir stehen anfang- und endlos inmitten der Zeit, wir stehen inmitten des  
Guten und Schlechten,

Alles schwingt um uns, es ist ebensoviel Licht da wie Finsternis,  
Die Sonne selber mit ihrem System von Planeten schwingt um uns,  
Und die Sonne dieser Sonne und die Sonne jener Sonne: sie alle schwingen  
um uns.

Und was mich betrifft <zerwühlt, aufgestürmt, inmitten dieser ungestümen  
Tage>,

Ich habe den Begriff Aller und bin Alle und glaube an Alle.

Ich glaube, daß der Materialismus wahr ist, und daß der Spiritualismus wahr  
ist, ich verwerfe keinen Teil.

<Habe ich irgendwas vergessen? Etwas Vergangenes?

So mag denn wer immer und was immer zu mir kommen, bis ich es dir  
bestätige.>

Ich verehere Assyrien, China, Teutonien und die Hebräer,

Ich nehme jede Lehre auf, Mythos, Gott und Halbgott,

Ich erkenne, daß die alten Berichte, Bibeln und Geschlechterverzeichnisse  
ausnahmslos wahr sind,

Ich behaupte, daß alle vergangenen Tage genau das waren, was sie gewesen  
sein mußten,

Und daß sie in keiner Weise anders sein konnten als sie waren.

Und daß das Heute ist, was es sein muß, und daß Amerika ist,

Und daß das Heute und Amerika in keiner Weise besser sein könnten als  
sie sind.

## III



M Namen dieser Staaten und in deinem und meinem Namen:  
die Vergangenheit!

Und im Namen dieser Staaten und in deinem und meinem  
Namen: die Gegenwart!

Ich weiß, daß die Vergangenheit groß war, und daß die Zukunft groß sein  
wird,

Und ich weiß, daß beide wunderbar in der Gegenwart sich vereinigen  
<Um seinetwillen, den ich zum Typus mache, um des Durchschnittsmenschen  
willen, um deinetwillen, wenn du er bist>,

Und daß, wo ich oder du an diesem Tage sind, der Treffpunkt aller Tage  
und Rassen liegt,

Und daß dort die Bedeutung alles dessen für uns liegt, was je aus Rassen  
und Tagen kam oder je aus ihnen kommen wird.



# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

Kommunalsozialismus / Hugo Lindemann

Arbeits-  
nachweis

Der Reichsarbeitsminister hat am 7. Dezember 1921 dem Reichstag den Entwurf eines Arbeitsnachweisgesetzes überreicht, mit dem Bemerken, daß er der »Beschleunigung« bedürfe. Doch sagt die Begründung nichts darüber, weshalb die Sache eigentlich so eilig ist. Da aber der Entwurf einmal eingebracht ist, nachdem sein Vorgänger die Öffentlichkeit wiederholt beschäftigt hat, erscheint es notwendig zu der endgültigen Fassung Stellung zu nehmen.

Die Begründung stellt zunächst die Entwicklung des Arbeitsnachweiswesens in Deutschland kurz dar und behandelt dann die Grundgedanken des Gesetzes. An der Spitze dieses Abschnitts heißt es, der Überblick über die Entwicklung der Arbeitsnachweisbewegung habe den Beweis geliefert, daß sich der öffentliche Arbeitsnachweis für die Organisation des Arbeitsmarkts durchgesetzt habe, und daß eine einheitliche reichsgesetzliche Regelung notwendig sei. Auch die Grundgedanken, von dem diese getragen sein müsse, hätten sich in der neuern Zeit immer klarer und zielsicherer durchgesetzt. Sie entstammten der Erkenntnis, daß die Verteilung der Arbeit nach dem Grundsatz wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit und sozialer Gerechtigkeit eine Lebensfrage für das deutsche Volk bedeute. Die volle Verwirklichung der Leitgedanken der Arbeitsnachweisbewegung werde durch die gegenwärtige Spannung zwischen Angebot und Nachfrage, die Krisenhaftigkeit des Arbeitsmarkts, die Notlage der deutschen Wirtschaft unerbittlich gefordert. Man kann hinter jeden dieser Sätze ein großes Fragezeichen machen. Daß sich der öffentliche Arbeitsnachweis für die Organisation des Arbeitsmarkts durchgesetzt habe, kann man nur insoweit feststellen, als er eben im Interesse der Kriegswirtschaft auf dem Weg militärischen Zwangs von oben herab angeordnet wurde. Ebensovienig ist die Notwendigkeit einheitlicher reichsgesetzlicher Regelung bewiesen. Man kann wirklich nicht behaupten, daß es dem Arbeitsnachweis an Förderung durch die Landesbehörden gefehlt habe. Und wenn trotz allem das "lückenlose Netz von

Arbeitsnachweisen", das Ideal einer bestimmten Gruppe von Sachverständigen auf dem Gebiet des Arbeitsnachweises, nicht entstanden ist, wenn ein großer Teil der bürokratischen und paritätischen Arbeitsnachweise, die auf Anregung der Regierungsbehörden von den Gemeinden geschaffen wurden, ohne Leben und unwirksam geblieben ist, so kommt doch darin nur die Tatsache zum Ausdruck, daß für ihre Einrichtung kein Bedürfnis vorhanden war. Ebenso kühn ist die Behauptung, daß sich die Grundgedanken, von denen die reichsgesetzliche Regelung getragen sein müsse, in der neuern Zeit klarer und zielsicherer durchgesetzt hätten. Auch heute noch besteht über alle Grundgedanken Streit, und dieser Streit wird hoffentlich auch so bald nicht aufhören; denn andernfalls hätten wir schlimmste Stagnation. Was ist aber mit dem Satz gewonnen, daß die Verteilung der Arbeit nach dem Grundsatz wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit und sozialer Gerechtigkeit eine Lebensfrage für unser Volk bedeutet, und inwiefern kann der Entwurf diese Verteilung erreichen oder nur dazu beitragen? Hier spukt der Gedanke, als ob durch die Organisation des Arbeitsnachweises, die der Entwurf vorschlägt, von einer zentralen Stelle, also dem Reichsamt für Arbeitsvermittlung aus, eine Verteilung der arbeitenden Bevölkerung nach dem Grundsatz wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit und sozialer Gerechtigkeit angestrebt werde. Für diese Auffassung spricht auch der Satz, dem wir etwas später in der Begründung begegnen, daß sich durch den umfassenden Überblick über die Lage des Arbeitsmarkts, den das Reichsamt besitzen soll, die Möglichkeit für den Ausgleich von Beruf zu Beruf, von Ort zu Ort, von Gebiet zu Gebiet, für eine ausreichende Vorsorge und Fürsorge bei der Verpflanzung von Arbeitskräften usw. eröffnet. Dazu soll das Reichsamt die Organisation des Arbeitsmarkts innerlich so verbinden, daß sie wie ein einziger Arbeitsnachweis zusammenhängt. Hier kommt doch deutlich in recht tönenden Worten zum Ausdruck, daß wieder einmal die Bürokratie den Beruf in sich fühlt Vorsehung für das arbeitende deutsche Volk zu spielen. Davor möge uns aber ein gütiges Geschick bewahren. Großzügige und planmäßige Berufsumstellung soll durch die neue Organisation möglich

gemacht werden. Wir haben an solchen von oben diktierten "Umstellungen" während des Krieges genug gehabt. Dabei konnte noch die Not des Krieges zu ihrer Entschuldigung angeführt werden. Wie unsagbar schädlich aber diese Bestimmung von oben herab auf die von ihr betroffenen Menschen, und gerade auch auf ihre Schaffenskraft gewirkt hat, das sollte doch auch unseren Reichsbehörden bekannt sein, und ebenso bekannt auch, wie außerordentlich gering die Erfolge der nach dem Krieg mit großer Mühe unternommenen Umstellungen gewesen sind. Daß größte und rationellste Verwertung der Arbeitskraft jetzt dringendes Gebot ist, daß den Erfordernissen der Produktion sich alles unterzuordnen hat, ist selbstverständlich und in meinem Artikel Die Mitwirkung der Arbeiterklasse beim wirtschaftlichen Wiederaufbau (in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, Seite 1 ff.) aufs schärfste betont worden. Doch wäre es ganz verfehlt solche Produktionsförderung von einer zentralistischen Bürokratie zu erwarten. Sie kommt am besten aus der Selbstbestimmung der Produzierenden.

Der Wunsch für den Arbeitssuchenden Vorsehung zu spielen geht nun durch den ganzen Entwurf hindurch. Es soll eine allgemeine Organisation geschaffen werden, die das ganze Reichsgebiet mit einem Netz von Arbeitsnachweisen überspannt, und diese Organisation soll durch das Reichsamt innerlich so verbunden werden, daß sie wie ein Arbeitsnachweis zusammenhängt. Die Organisation soll einheitlich sein. Also gibt es neben den öffentlichen Arbeitsnachweisen keine anderen mehr. Alle anderen Formen der Arbeitsvermittlung sollen verschwinden. Denn nur in einem einheitlichen Schema ist das Heil. Die von Arbeitern und Arbeitgebern geschaffenen Arbeitsnachweise haben keine Existenzberechtigung mehr, da sie den Arbeitsnachweis als Kampfmittel zur Durchsetzung wirtschaftlicher Forderungen mißbrauchen. Sie werden in Zukunft nur als Unterabteilungen (Fachabteilungen) gestattet. Die gewerbsmäßige Stellenvermittlung wird aufgehoben. So erhält der öffentliche Arbeitsnachweis eine Monopolstellung, die er sich angeblich bereits durch seine überlegenen Leistungen errungen hat. Wäre dem so; wozu dann der gesetzliche Ausschluß aller anderen Arbeitsnachweisformen? Indes sagt die Begründung, diese Entwicklung sei keineswegs ein Erfolg des Wettbewerbs

sondern ein Sieg des Gedankens der öffentlichen, gemeinnützigen, paritätisch verwalteten Arbeitsnachweise. Woraus sich dann jeder Leser einen Vers machen darf.

Diese Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises, die so umfassend wie möglich zu gestalten ist, soll die Wirkung haben, daß alle Arbeitsangebote und Arbeitsgesuche in ihm zentralisiert werden, und damit alle Reibungen und Kraftverluste gespart werden. Ob aber durch eine solche übertriebene Zentralisierung nicht wiederum neue und viel größere Reibungen und Kraftverluste entstehen: diese Frage legt sich die Begründung nicht vor. Man jagt ganz offenbar Zielen nach, die man nicht erreichen kann. Die Formel "Jeder Mann und jede Frau soll auf den richtigen Platz gebracht werden" ist doch nur eine leere Redensart. Die Bürokratie, als übermächtiges Schicksal, will jedem Mann und jeder Frau den richtigen Platz geben, während es doch in erster Linie heißen sollte, daß jeder Mann und jede Frau sich aus eigenen Kräften bestreben sollte auf den richtigen Platz zu kommen, und dem öffentlichen Arbeitsnachweis nur die Rolle der Mithilfe zugesprochen werden kann. Nur den Benutzungszwang, also die Verpflichtung offene Stellen nur durch den Arbeitsnachweis zu besetzen, bringt der Entwurf noch nicht. Aber das Ziel, zu dem der Benutzungszwang führen soll, wird als erstrebenswert anerkannt. Groß ist der Schritt bis dahin nicht mehr. Denn wenn es keine anderen Arbeitsnachweise mehr gibt als die öffentlichen, bleibt den Arbeitssuchenden, wie den Arbeitssuchenden schließlich nur der Weg zum Arbeitsnachweis oder, da trotz der Überzeugung der Vertreter der Arbeitsnachweise von ihrer Gottähnlichkeit, sie doch in vielen Fällen nicht imstande sein werden Stellen nachzuweisen oder zu besetzen, der Weg der Umschau, also der primitivsten Einrichtung, noch übrig.

Wieder einmal führt der Glaube an die Zentralisierung, an die Möglichkeit von zentralen Stellen aus das Wirtschaftsleben dirigieren zu können, dazu einen großen Verwaltungsapparat zu schaffen, der sehr viel Geld kostet, wieder viele neue Beamten braucht, in normalen Zeiten vielfach leer laufen wird, in schwierigen Wirtschaftszeiten aber nicht, wie die Begründung sagt, seine höchste Leistungsfähigkeit erweisen sondern versagen muß, da in Krisenzeiten auch das

lückenloseste Netz von Arbeitsnachweisen keine neue Arbeit zu schaffen vermag. Für diese letzte Aufgabe sind aber die Arbeitsnachweise die ungeeignetsten Organe, auch wenn nach § 2 des Entwurfs der Reichsarbeitsminister ihnen Aufgaben auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung übertragen kann.

Nicht minder groß als die Einwände gegen die allgemeine Grundlage der Organisation sind die Einwände gegen die Art der Organisation selbst. Die Selbstverwaltung der Beteiligten mit den paritätischen Verwaltungsausschüssen in allen Instanzen, ihr Verhältnis zu der kommunalen Selbstverwaltung und viele andere Punkte fordern geradezu scharfe Kritik heraus. Auf einen Punkt sei noch kurz hingewiesen. »Der Arbeitsnachweis«, heißt es in der Begründung, »kann nicht abgesehen ein Stillleben für sich führen sondern nur im Zusammenhang mit dem Ganzen seine Aufgabe wirklich erfüllen.« Richtig. Jastrow hat vor vielen Jahren ein großes, sehr gutes Buch über diese Zusammenhänge des Arbeitsnachweises mit der kommunalen Verwaltung geschrieben. Wie aber hat nun der Entwurf diesen Zusammenhang hergestellt? Er besteht nur in dem unparteiischen Vorsitzenden, der von der Gemeinde gestellt werden muß. Im übrigen liegt alles in den Händen der Verwaltungsausschüsse bei dem Arbeitsnachweis der Gemeinden, beim Landesamt usw. Das bedeutet eine Entrechtung der kommunalen Selbstverwaltung.

Aus dem Zusammenbruch des Jahres 1806 gewann Preußen die kommunale Selbstverwaltung und mit ihr die Grundlage für neuen Aufstieg. Der Zusammenbruch von 1918 bringt uns in seiner Auswirkung ihre Vernichtung, die unsere Reichsstellen systematisch von den verschiedensten Seiten zugleich vornehmen. Sind sich die Reichsministerien über die Folgen ihrer Handlungen klar?

**Informationsmittel** Die Schrift Georg Flatows Grundzüge der preußischen Verwaltung in Gemeinde, Kreis und Provinz /Berlin, Verlag Gesellschaft und Erziehung/ will in engstem Rahmen einen kurzen Leitfaden für die neugewählten Mitglieder der kommunalen Körperschaften bringen, denen die elementarsten Grundbegriffe der *Verwaltungsorganisation* fehlen. Im 3. Band der Bücherei des Wohnungs- und Siedelungswesens /Berlin, Hobbing/ hat der Ministerialrat Hans Krüger das *Reichsheimstättengesetz* vom 10. Mai

1920 auf Grund amtlichen Materials sorgfältig kommentiert. Dem Kommentar geht eine geschichtliche Darstellung der Heimstättenbestrebungen und Heimstättengesetze voraus, die auch das Ausland berücksichtigt. In dem Anhang sind dann die Begründung zum Entwurf eines Reichsheimstättengesetzes, das Braunschweigische Heimstättengesetz, die Verordnung über das Erbbaurecht und das Reichssiedelungsgesetz und die Wohnungsnotverordnung abgedruckt. Das Buch ist ein wertvolles Werkzeug für alle in der Siedelungsbewegung Tätigen.

**Kurze Chronik Die Vereinigung Fürths und Nürnbergs**, die seit Jahrzehnten auf der Tagesordnung steht, wurde nach einem Beschluß des Fürther Stadtrats, der einstimmig dafür war, einer Volksabstimmung unterbreitet. Diese fand am 22. Januar 1922 statt, und sie ergab eine Zweidrittelmehrheit gegen die Vereinigung, so daß es bei der Trennung bleibt.  $\diamond$  Infolge Kündigung der amtlichen Inseratenaufträge durch das frühere Publikationsorgan sah sich der Landkreis *Linden* gezwungen ein eigenes amtliches Organ zu schaffen.  $\diamond$  Das Kapital der städtischen Bank in *Breslau* ist von 2 Millionen auf 5 Millionen erhöht worden, um für den größeren Geschäftsumfang die nötigen Betriebsmittel zu gewinnen. Gleichzeitig ist durch neue Satzungen eine Reihe von Beschränkungen der Bankleitung aufgehoben worden.

**Literatur** In einer sehr interessanten Studie behandelt *O. H. Jenny* die Mietspreise in der Stadt Basel 1910 bis 1920. *Basel, Lendorff*/. Die Mietspreisverhältnisse im Jahr 1920 werden besonders berücksichtigt. Es handelt sich um eine repräsentative Erhebung, die die Wohnungen des Stadtpersonals sowie des Personals der Bundesunternehmungen erfaßte. Von 7000 Antworten waren 5000 verwendbar. Basel ist in der glücklichen Lage die Bewegung der Mietspreise bis zum Jahr 1889 zurückverfolgen zu können. Das Ergebnis der Aufnahme wird von dem Verfasser wie folgt zusammengefaßt: An eine rückläufige Bewegung der Mietspreise ist kaum zu denken. Die Preissteigerung ist um so größer, je kleiner die Zimmerzahl ist, wenn man den Zeitraum der letzten 10 Jahre ins Auge faßt, nimmt dagegen im letzten Erhebungsjahr 1919-1920 den entgegengesetzten Verlauf. Die gesamte Mietspreissteigerung beträgt seit 1910 42,8 %.

Sozialistische Bewegung / Wally Zepler

Hyndman † Am 23. November 1921 starb im Alter von 79 Jahren in London der Führer der British Socialist Party: Henry Mayers Hyndman. Er war der Sohn eines reichen Rechtsanwalts. Sein soziales Empfinden brachte ihn schon auf seinen Reisen durch die englischen Kolonien zur Auflehnung gegen das kapitalistische System. Zum bewußten Sozialisten wurde er 1880 durch die Lektüre des 1. Bandes des Kapitals. Seitdem widmete er sich das ganze Leben hindurch als Redner und Schriftsteller der Agitation für seine Ideen unter der Arbeiterschaft. Freilich verstand er den Marxismus von Anfang an in dogmatisch beengtem Sinn. Marx und Engels selbst verhielten sich schon nach kurzer Bekanntschaft Hyndman gegenüber skeptisch. 1881 schrieb Hyndman zur Propaganda der Marx'schen Ideen eine Broschüre England for all. 1883 folgte sein Hauptwerk Historical Basis of English Socialism, eine Geschichte der Entwicklung des Kapitalismus und Sozialismus vom 15. bis zum Ende des 19. Jahrhunderts. 1881 war von Liberalen und den wenigen existierenden Sozialisten die Democratic Federation gegründet worden, die chartistische Ziele verfolgte; Hyndman gehörte ihr an und bildete sie 1884 zur Social Democratic Federation um. 1884 gründete er als Organ seiner Richtung die von ihm redigierte Justice. In der neuen Partei spaltete sich schon nach kurzem eine Reihe von Mitgliedern ab, die Hyndmans unklaren, halb anarchistischen halb doktrinär abstinenter Sozialismus nicht mitmachen wollten. Seine Partei gelangte niemals zu wirklicher Bedeutung in der Arbeiterschaft. Seit dem Hafnarbeiterstreik von 1888-1889 hatte die Mitgliederzahl zugenommen, doch kam sie nie erheblich über 10 000 hinaus. Trotz immer wiederholten Versuchen gelang es ihr auch nicht ein einziges Mal einen Parlamentskandidaten durchzubringen. Lange Zeit bekämpften Hyndman und seine Gruppe nicht allein alle sozialreformatorischen Bestrebungen sondern auch den Tradeunionismus, aus dem traditionellen Bedenken aller "Radikalen": die Lebensdauer der kapitalistischen Gesellschaft könnte durch eine Verbesserung der Lage des Proletariats verlängert werden. Nach der Gründung der Independent Labour Party, die mit ihrer vernünftigeren Politik rasch die sozialistisch denkenden Arbeiter an sich zog, veränderte auch die Socialist Party

ihre Stellungnahme gegen die Trade Unions. In die Labour Party, der bekanntlich die anderen sozialistischen Gruppen angehören, trat aber Hyndmans seit 1911 zur British Socialist Party umgebildete Partei nicht ein. Während des Krieges vertrat Hyndman einen ausgeprägten britischen Nationalismus. In seinen letzten Lebensjahren stand er in der Arbeiterschaft ziemlich isoliert. So ehrlich und rein sein Wille zur Veredlung der menschlichen Gesellschaft war, so wenig war er doch imstande die in ihr waltenden Entwicklungskräfte abzuschätzen und so zur Verwirklichung seines Lebensziels viel zu leisten. Unter Hyndmans literarischen Arbeiten ist auch eine 2 Bände umfassende Selbstbiographie zu nennen, die für die Geschichte des englischen Sozialismus wichtig ist, ferner ein Werk über Indien.

Deutschland: Die Bedeutung des sozial-Parteitags der demokratischen Parteitage, Sozialdemokratische Parteitage, die vom 19. bis zum 24. September 1921 in Görlitz tagte, lag in 2 Punkten: dem neuen Parteiprogramm und dem Beschluß der Partei sich auch an einer "verbreiterten" Koalition zu beteiligen.

Über den Programmentwurf wurde in dieser Rundschau (1921 II, Seite 820) bereits berichtet. Die schließlich mit allen gegen 5 Stimmen angenommene, umgearbeitete Fassung weist auch dem 2. Entwurf gegenüber Änderungen auf, die immerhin im Ausdruck Verbesserungen darstellen. Der dort ganz unmotiviert hineingebrachte »Klassenkampf« ist wieder hinausgestrichen, das unbestimmte Wort Sozialisierung vermieden, in dem Abschnitt über Kulturpolitik wenigstens »Ausgestaltung der Schule zur weltlichen Einheitsschule« gefordert und endlich auch der Notwendigkeit gedacht Gemeinsinn und das Gefühl der Verpflichtung gegenüber dem Volks- und Menschheitsganzen in der Arbeiterschaft zu wecken. Im übrigen leidet das Programm an den gleichen Mängeln wie die Vorentwürfe.

Die Resolution zur Koalitionspolitik wurde nach langen Debatten mit 290 gegen 67 Stimmen angenommen. »Der Beschluß, der eine Erweiterung der Koalition ermöglicht«, schrieb der Vorwärts am 21. September 1921, »ist eine logische Folge der Koalitionspolitik selbst.« Als Bedingung des Zusammengehens mit bürgerlichen Parteien wurde verlangt, daß diese sich für die Verteidigung der Republik, die Demokratisierung der Verwaltung, die Republikanisierung der



Reichswehr und Polizeiorgane, eine Politik der Völkerverständigung und loyale Ausführung des Friedensdiktats in den Grenzen unserer Leistungsfähigkeit einsetzen. Auch im Vorstandsbericht behandelte Franz Krüger an erster Stelle die Regierungsbildung. Den Unabhängigen fehle »der Mut die selbsterkannte Wahrheit zu vertreten«. Dieser Fehler dürfte freilich kaum nur bei den Unabhängigen zu finden sein. Wurde doch noch unmittelbar vor dem Parteitag ein besonderer Entrüstungssturm gegen die Deutsche Volkspartei inszeniert, wohl, um die Arbeiterklasse von der "revolutionären" Gesinnung der Führer zu überzeugen. De facto erreichte man damit natürlich nur das Gegenteil: zahlreiche Parteimitglieder empfanden nun den Görlitzer Beschluß als einen Beweis der "Verbürgerlichung" der Partei. Für die Resolution sprachen in Görlitz in besonders überzeugender Weise Otto Braun und Carl Severing; Wortführer der Opposition waren die Frankfurter und Chemnitzer Genossen.

Sonst ist noch das Referat Gustav Radbruchs über die Rechtspflege hervorzuheben, das scharfe Auslese für den juristischen Nachwuchs, Absetzung reaktionärer Staatsanwälte, Einführung von Arbeitsgerichten in dem Geist der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, weitgehende Beteiligung von Laien, Zulassung der Frauen zum Richteramt und Neuordnung des Strafrechts, -vollzugs und -verfahrens forderte. (Radbruch hat bekanntlich mittlerweile das Justizministerium im Reich übernommen.)

Unter den Gästen waren in Görlitz auch Tschcheidse als Vertreter der georgischen Sozialdemokratie und, zum erstenmal wieder, ein Delegierter der belgischen Partei: de Brouckère. Seine Rede löste stürmischen Beifall aus, vor allem auch, als er berichtete, daß 150 000 belgische Arbeiter sich in einem Demonstrationsstreik gegen die belgischen Nationalisten wandten, die die Begrüßung Sassenbachs in Brüssel hindern wollten. Tschcheidse schilderte die Zustände, die in Georgien seit dem Sieg des Bolschewismus herrschen. Gut gehe es dort nur den Spekulanten, Gaunern und den bolschewistischen Volkskommissaren, die sich ausgezeichnet mit jenen verträgen. Die Arbeiterschaft sei verklavt, ihre Vertreter bevölkerten die Gefängnisse.

Deutschland: Der Parteitag der Unabhängigen, der vom 9. bis zum 12. Januar 1922 in Leipzig tagte, zeigte wieder die geistige

Unfruchtbarkeit, die immer mehr zum Merkmal der offiziellen sozialistischen Parteien zu werden scheint. Die Unabhängigen zumal finden nicht mehr Weg noch Steg. Die Tür zu den "Kommunisten" haben sie endlich zugeschlagen, scheuen aber davor zurück nun mutig wirklich neue Bahnen zu gehen. Das Manifest, das auf dem Parteitag einstimmig an Stelle eines Programms angenommen wurde, sucht hilflos nach einem wesentlichen Scheidepunkt gegenüber der Mehrheitspartei. Da sich nichts anderes findet, muß die Koalitionspolitik (besonders die Koalition mit der Deutschen Volkspartei) erhalten. Durch die Koalition (die die Unabhängigen für Preußen selber forderten) soll die Kluft in der Arbeiterschaft verbreitert worden sein. Die Unabhängige Sozialdemokratie habe sich erneut zu den Grundsätzen der in Halle und Leipzig gefaßten Beschlüsse bekannt. Zu welchen eigentlich, da doch in Halle die "Diktatur des Proletariats" den Mittelpunkt ihres politischen Bekenntnisses bildete, es jetzt doch aber kaum mehr ist? So greift man wieder zum "Klassenkampf" zurück. Damit ist aber gar nichts gesagt. Denn die Frage ist ja gerade, welcher politischen Mittel sich der Klassenkampf bedienen soll. Richtig sagte Stössinger, was von revisionistischer Seite oft gesagt worden ist: Reform und Revolution seien keine Gegensätze, sondern untrennbare Teile des Sozialismus. Weshalb also nicht Koalitionsregierungen? Wenn, wie eingewandt wird, in ihnen bisher die Bürgerlichen die Herrschenden waren, so spräche das nur gegen die Arbeitervertreter darin, die sich nicht durchzusetzen verstanden, nicht gegen den Koalitionsgedanken. Um vor den zur Einigung drängenden Arbeitern nicht als die Störenfriede zu erscheinen, erklären sich die Unabhängigen für gemeinsame Aktionen von Fall zu Fall, aus denen allmählich eine Verständigung über die Grundprinzipien und so endlich die organisatorische Einigung erwachsen soll. Sonst proklamiert das Manifest die Bekämpfung jeder Verlängerung der Arbeitszeit und neuer indirekter und Verbrauchssteuern, die Erfassung der "Sachwerte" (wieder ohne jede nähere Definition), die Erhebung des gesamten Reichsnotopfers, die Sozialisierung des Kohlenbergbaus. Der Kampf dafür müsse zum »Ausgangspunkt der einheitlichen Kampfesfront« werden. Die Referate und Diskussionen waren nur erweiterte Ausgaben dieses Manifests. Größeres Interesse weckten ausschließlich die ausländ-

dischen Gäste: der russische Genosse Abramowitsch, der die Schrecken der bolschewistischen Sozialistenverfolgungen in Rußland schilderte und damit den Parteitag zu einer heftigen Protestkundgebung hinriß, dann Ayles und Grumbach, die die internationale Solidarität der Arbeiterschaft lebhaft hervorhoben. Bleibt der Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich«, meinte Grumbach, »dann ist der europäische Kontinent verloren.« Das sei die einmütige Auffassung der französischen Arbeiterschaft. Über die Anbahnung der internationalen Einigung referierten im Sinn der Beschlüsse des französischen Parteitags Ledebour und Faure. Nach dem Geschäftsbericht hat die Unabhängige Sozialdemokratie jetzt etwas über 300 000 Mitglieder, sie stellt 15 Staatsräte und Minister, 61 Reichstags-, 124 Landtags-, 64 Provinziallandtags- und 438 Kreistagsabgeordnete. Sie gibt 48 Tageszeitungen heraus, außerdem das Frauenorgan Die Kämpferin, ferner die Sozialistische Gemeinde und das Organ der sozialistischen Proletarierjugend.

**Österreich: Parteitag 1921** Die österreichische Sozialdemokratie hielt ihren Parteitag vom 25. bis zum 28. November 1921 in Wien ab. Er brachte wenig Neues. Der Vorstand wurde wiedergewählt. Otto Bauer und Friedrich Adler sprachen über die innenpolitischen und die internationalen Aufgaben der Partei, Eldersch und Danneberg über die wirtschaftliche Lage und die Finanzpolitik der Republik. Ihre Referate fanden das größte Interesse. Ihre Vorschläge zur Sanierung der Finanzen, die auch in einer Resolution niedergelegt wurden, gipfeln in folgenden Punkten: Der Notendruck müsse zunächst eingeschränkt werden. Um die Industrie zu stärkerer Steuerleistung heranzuziehen, seien die einzelnen Gewerbebezüge zu Steuergemeinschaften zusammenzuschließen, die einen bestimmten Betrag selbst auf ihre Mitglieder umzulegen haben. Die fremden Valuten sind zu beschlagnahmen, dem Staat von den einzelnen Industriegesellschaften Gratisaktien zur Verfügung zu stellen. Die Staatsbetriebe sind zu sanieren, die staatlichen Lebensmittelzuschüsse, freilich nur allmählich, abzubauen und die Arbeiterschaft für den Verlust durch Lohnzuschläge und eine Kinderversicherung zu entschädigen. Die staatliche Verteilungswirtschaft müsse bestehen bleiben, da sonst die Preise wild in die Höhe gehen würden. Da die Industrie mit der

Besserung der Valuta (für deren Niedbruch Eldersch in erster Linie die bürgerliche Regierung verantwortlich macht) zurückgehen werde, müßten Investitionsarbeiten wie der ohnehin dringend nötige Ausbau der Wasserkräfte, die Wiederherstellung der Transportmittel, vor allem auch der Bau neuer Wohnhäuser vorgenommen werden, für den die Mittel durch eine Wohnbausteuer aufzubringen sind. So richtig einige dieser Vorschläge sein mögen, so bewegen sie sich doch genau wie die der deutschen Sozialdemokratie um der gleichen Frage im wesentlichen um das Verteilungsproblem. Damit allein wird aber nie eine ausschlaggebende Besserung zu erzielen sein; denn wie Eldersch selbst einmal hervorhob, müssen auch die Arbeiter so stets an einer Stelle wiederzusetzen, was sie an einer andern gewinnen. Das wirkliche Remedium liegt aber einzig und allein in einer Steigerung der Produktion, also der Summe der tatsächlich mehr *geschaffenen* Werte, die jedem eine Erhöhung der Lebenshaltung ermöglichen. Die sozialistischen Führer sollten endlich den Mut finden das der Arbeiterschaft mit voller Deutlichkeit zu sagen.

**Italien: Parteitag 1921** Der Lärm, der in allen europäischen Ländern um den Beitritt zur bolschewistischen Internationale entstand, ist verrauscht. In einem Jahr wird, wie Filippo Turati auf dem Mailänder Kongreß der italienischen Partei richtig sagte, kein Mensch mehr von der sogenannten Dritten Internationale reden. Und der Verlauf dieses italienischen Parteitags, der vom 10. bis zum 14. Oktober 1921 in Mailand abgehalten wurde, ist besonders charakteristisch für diese Vergänglichkeit der Parteidogmen. Nachdem sich die italienische Sozialdemokratie in Bologna ohne weiteres den Bolschewisten verschrieben hatte, zog sie auf dem Parteitag von Livorno im Januar 1921, wie damals hier berichtet wurde, angesichts der Konsequenzen der Sache doch zurück; sie wollte sich nicht glatt den Moskauer "Bedingungen" unterwerfen und trat wieder aus der Dritten Internationale aus. Allerdings unter steter Betonung ihres *prinzipiellen* Einverständnisses mit dem Bolschewismus. Aber die Folgen ihrer Politik wurden bald sehr unangenehm fühlbar. Die Mitgliederzahl ging auf die Hälfte zurück; der Terror der Fascisten gegen das Proletariat wurde immer blutiger, und hätten die Gewerkschaften, die auf durchaus reformistischem Boden stehen,

nicht einen positiven Gegendruck geübt, so wäre es mit der Macht der Arbeiterklasse Italiens schnell völlig zu Ende gewesen. Unter diesen Umständen zog es der Parteivorstand vor, unbeschadet seiner "radikalen" Reden, in jedem Einzelfall reformistisch zu handeln. Da er ihnen keine Waffengewalt entgegenzusetzen hatte, schloß er mit den Fascisten einen Kompromißfrieden. Er unterstützte das Kabinett Bonomi und griff auch sonst aktiv bei der Regierungsbildung ein. »Eure Intransigenz«, sagte Turati in Mailand zu den Maximalisten, »stellt nur noch den Ritus einer vergessenen (evaporata) Religion dar. . . Wir sind heute alle Kollaborationisten.« Seine reformistische Rede findet auf dem Parteitag den stürmischsten Beifall. Man wendet sich heftig gegen die Angriffe eines französischen kommunistischen Delegierten auf die Rechte, hört die Worte des Moskauer Abgesandten Walezki, der noch einmal zum Ausschluß der Reformisten auffordert, mit kühler Gleichgültigkeit, teils sogar schärfsten Protesten an, und während Lazzari spricht, kommt es direkt zum Handgemeine zwischen seinen und Serratis Freunden. Auch Bacci, der den Vorstandsbericht gibt, weicht in seiner Haltung nicht viel von Turati und Treves, den Führern der Rechten, ab. Freilich klatscht ein Teil der Delegierten auch den Lazzari, Baratono usw. zu, und eine kleine Gruppe spaltet sich unter Führung Maffis, Lazzaris, Riboldis und anderer als Maximalistische Gruppe für die Dritte Internationale von den Serratianern ab. Im ganzen bleibt jedoch die Einigkeit der Partei gewahrt, und nach der eben gekennzeichneten Haltung dürfte sie jetzt in leidlich vernünftigem Sinn geführt werden.

Diese Haltung steht nun allerdings in einem komischen Gegensatz zu dem äußern Resultat des Parteitags, dem Inhalt der mit großer Majorität angenommenen Resolution der Einheitsmaximalisten, also der Serratianer. Zwar entfielen auf die von den "Reformisten" vorgelegten Thesen jetzt bereits rund 20 000 Stimmen (gegen 14 000 in Livorno), und die Anhängerschaft der reinen Bolschewisten schrumpfte auf weniger als 4000 zusammen. Aber die Resolution der Serratigruppe vereinigte mit über 47 000 Stimmen immer noch die Hauptzahl der Kongreßteilnehmer. Diese Resolution verbietet nun nicht nur jede Koalitions-politik sondern gibt auch dem Parteivorstand das Recht Andersdenkende ohne weiteres auszuschließen. Auch die Parla-

mentsfraktion ist danach dem Parteivorstand in ihrem Handeln untergeordnet. Dem Vorstand, dem ein Parlamentsmitglied angehören soll, liege es ob »den Gedanken und die Aktion der Organe und Individuen nach dem maximalistischen Programm zu vereinheitlichen«. Der Dritten Internationale soll trotz ihrem Verhalten Solidarität gewahrt werden. Oda Lerda erklärt diesen eklatanten Widerspruch mit der Bedrängnis, in der sich der Maximalismus befindet, und die der Kongreß in grelles Licht gesetzt hat«.

**Frankreich:** Auch bei unseren französischen Genossen macht sich bereits recht deutlich der Rückschlag gegen die frühere Bolschewisierung bemerkbar. In der Debatte über die innere Politik der Partei auf dem Jahreskongreß der Sozialistischen Partei Frankreichs, der vom 29. Oktober bis zum 1. November 1921 in Paris tagte, wandten sich sowohl Longuet wie Grumbach gegen die Moskauer, deren Theorien, wie sie sagten, Bankrott gemacht hätten, und die sich im Ausland nur noch durch Korruption Freunde sicherten. Im übrigen aber hat sich auch die französische Sozialdemokratie noch nicht zu einer folgerichtigen Politik durchgerungen. Faure, der als Generalsekretär den Bericht über die Taktikfrage erstattete, sprach sich gegen jede Allianz mit den bürgerlichen Parteien, freilich ebenso mit der "äußersten Linken" aus. Die rechtsstehenden Genossen, wie Weill, Renaudel, Blum, warnen zwar vor der Festlegung dieser Taktik; die vom Ausschuß für innere Politik vorgelegte und vom Parteitag angenommene Resolution vermeidet aber, offenbar absichtlich, eine klare Stellungnahme nach der einen oder andern Seite. Renaudel wünschte in das Parteiprogramm noch folgende Forderungen aufzunehmen: Sozialisierung, Herabsetzung der Militärdienstzeit auf 6 Monate, Einheitsschule und das von der sozialistischen Parlamentsfraktion vorgeschlagene Finanzprogramm. Es solle ein Block der Linken unter Ausschluß der Mitglieder des Nationalen Blocks und mit Zugrundelegung eines bestimmten Minimalprogramms gebildet werden.

Die Resolution über die Außenpolitik beschäftigt sich hauptsächlich mit der Frage der internationalen Einigung der sozialistischen Parteien, die auf dem Kongreß überhaupt im Mittelpunkt der Diskussion stand. Als deutscher Gast war am 2. Kongreßtag Ledebour erschie-

nen und von dem Vorsitzenden Mayeras wie dem ganzen Parteitag lebhaft begrüßt worden. Der herzliche Empfang des deutschen Genossen sei ein Zeichen der Wiederannäherung der Völker. Ledebour fordert die französischen Genossen auf durch Bekämpfung jeder imperialistischen Strömung in ihrem Land den deutschen Sozialisten in der Befestigung der demokratischen Republik zu helfen. Durch freiwillige Verständigung der Arbeiterklassen beider Länder seien die Wiedergutmachungsprojekte ausgearbeitet worden, die zu den Wiesbadener Abmachungen führten. Die Sozialisten dürften sich zu ihnen beglückwünschen, da sie eine Besserung der deutsch-französischen Beziehungen anbahnen. Das Hindernis der Wiedervereinigung der Internationale sehen die französischen Genossen hauptsächlich in der Spaltung der deutschen Partei. Zur praktischen Durchführung der internationalen Einigung schlug Renaudel die Einsetzung einer Kommission aus Delegierten der Zweiten Internationale, der Wiener Arbeitsgemeinschaft und der Mitglieder der Dritten Internationale, die zum Zusammengehen bereit seien, vor. Tom Shaw, de Brouckère, van Kol und andere wollen nach einem auf der Konferenz der Labour Party kürzlich gemachten Vorschlag durch Zusammenfassung der Wiener Arbeitsgemeinschaft mit der Zweiten Internationale eine neue wirkliche Internationale begründen. Für Ledebour bedeutet das aber eine »Galvanisierung der verkümmerten Zweiten Internationale«; die Kommunisten dürften unter keinen Umständen ausgeschlossen bleiben. Auf dem gleichen Standpunkt stände die Independent Labour Party. Eine wahrhafte Einigung werde nur aus gemeinsamen Kämpfen erwachsen. Ein internationales Aktionskomitee, wie es Renaudel und Grumbach wünschten, könne nur nach langer Vorarbeit gebildet werden. Doch könnten die verschiedenen internationalen Vereinigungen auf einer Konferenz die Möglichkeit gemeinsamer Aktionen erörtern; er verpflichte sich die Bureaus dazu einzuladen. Dieser Vorschlag fand schließlich die Zustimmung der Mehrzahl. Die Resolution über die internationale Frage nahm ferner eine gute Anregung Grumbachs auf: Man solle ein internationales Nachrichtembureau für die sozialistische Presse aller Länder einrichten, um sich gegenseitig endlich mit glaubwürdigen Informationen zu versorgen. (Der Vorschlag ist in dieser Rundschau ebenfalls schon gemacht worden.)

#### Totenliste

Ein Führer der georgischen Sozialdemokratie, *Parmen Tschitschinadse*, starb Ende November 1921 in Tiflis, im Gefängnis, in das die bolschewistischen Einbrecher ihn geworfen hatten. Seit 1896 hatte er für die Sache des Sozialismus gearbeitet, Verbannung und Gefängnis erduldet, wie dies unter dem zaristischen System zur Laufbahn jedes Sozialisten gehörte. Als nach der Bolschewisierung Rußlands die unabhängige Georgische Republik proklamiert wurde, entsandte man Tschitschinadse in die Regierung, wo er zuerst Innen-, dann Wehrminister wurde. Dieses Amt verwaltete er bis zum Überfall Georgiens durch die Bolschewisten. »Er wußte«, heißt es in einem Nachruf auf ihn, »was seiner unter dem bolschewistischen Regime harrte, wollte aber die Heimat nicht verlassen. Zusammen mit Hunderten anderer Genossen, die ihr ganzes Leben in den Dienst des Sozialismus gestellt hatten, wurde er von den Moskauer Okkupanten ins Gefängnis geworfen, in das selbe, das ihm noch von den Zeiten des Zarismus so gut bekannt war. Aber jetzt war das ganze Land ein Gefängnis, und das Gefängnis eine wahre Hölle. Jeden Tag wurden neue Opfer eingeliefert, und jede Nacht gab es "Arbeit" für die Henker: jede Nacht werden im heutigen Tiflis 15 bis 30 Menschen erschossen. Schwer krank lag Tschitschinadse in seiner Kerkerzelle. An die eigene Befreiung hat er nicht mehr geglaubt. Aber unerschütterlich war sein Glaube an die Freiheit seines Volkes.«

**Kurze Chronik** Bei den letzten Parlamentswahlen in Schweden im September 1921 erfochten die Sozialdemokraten einen bedeutenden Sieg. Sie eroberten 19 neue Sitze, so daß sie jetzt über 90 Vertreter in der Zweiten Kammer verfügen. Nach dieser Wahl übernahm Branting wieder die Regierung.  $\diamond$  In Marseille fand in den letzten Tagen des Dezembers 1921 ein Parteitag der *französischen Kommunisten* statt, bei dem sich wieder ein Kampf der sogenannten Rechten gegen die sogenannte Linke entwickelte. Man hatte den Vertreter der Partei im Moskauer Exekutivkomitee Souvarine zunächst nicht wieder in den Parteivorstand gewählt. Die Linke erklärte dies für eine Herausforderung der Kommunistischen Internationale; Lorient, Treint, Dunois und Couturier lehnten ihrerseits deshalb die Wahl in die Parteileitung ab. Daraufhin wurde Souvarine nachträglich doch in

den Vorstand geschickt, aber ohne daß dies die Protestierenden umstimmen konnte. ◊ Der amerikanische Sozialistenführer *Eugene Debs*, der 1918 wegen seiner Kriegsgegnerschaft zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt worden war, wurde neben 23 anderen politischen Gefangenen vom Präsidenten Harding im Dezember 1921 begnadigt.

**Literatur** In einem Schriftchen Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches: ihre Bedeutung für die deutsche Sozialdemokratie /Berlin, Buchhandlung Freiheit, zeichnet *Karl Kautsky* mit Liebe und offenbar starkem innern Verständnis die Gestalten der 3 genannten revolutionären Führer, von denen Jogiches in der deutschen Partei vor der Revolution völlig unbekannt blieb, wengleich er vielleicht die interessanteste Gestalt unter ihnen ist. Alle 3 stellen ihm eigentlich russische Kämpfertypen dar, die in Zeiten des Sturms, nicht in denen ruhiger Entwicklung Boden finden. Deshalb sagt er: »Dem Typus, dessen gewaltigsten Vertreter in Deutschland Rosa Luxemburg darstellte, ist keine weitere Generation beschieden. Denn die Verhältnisse, die ihn erzeugten und ihm Bedeutung gaben, hören auf.« ◊ Die Schrift *Henriette Roland Holsts* Partei und Revolution /Wien, Arbeiterbuchhandlung, ist ein Beispiel für die Bedenkenlosigkeit, mit der angeblich an Marx gebildete Parteigenossen einen lebenslangen Kampf um die Befreiung des Proletariats und der Menschheit verleugnen, um sich die bolschewistische Phraseologie zu eigen zu machen. Mit allerlei Spitzfindigkeiten und Tüfteleien sucht Roland Holst zu beweisen, daß Freiheit gleich Sklaventum, Massenmord gleich Selbstaufopferung ist. ◊ Sehr gut zusammengestellt ist der *Vorwärtsalmanach* für das Jahr 1922 /Berlin, Buchhandlung Vorwärts/. Nach einem orientierenden Artikel über die Veränderungen der Landkarte in den letzten Jahrzehnten, vor allem durch den Krieg, erzählt Paul Kampffmeyer aus der historischen Entwicklung der demokratischen und Arbeiterpresse und bringt zur Illustration Bilder und Abdrucke der bedeutendsten demokratisch-sozialistischen Zeitungen aus der Heroenzeit beider Parteien. Ebenso mit gut ausgesuchten Illustrationsproben schreibt Friedrich Wendel über den Sozialismus in der Karikatur. Daneben gibt es Beiträge über Sport, Körperkultur, Kunst im Arbeiterheim und anderes. Schade, daß das Papier gar so elend ist.

### Genossenschaftsbewegung / August Müller

**Städtische Genossenschaften** Seitdem im Frühjahr 1920 der Allgemeine Verband sich mit dem Hauptverband gewerblicher Genossenschaften zusammenschloß und so der *Deutsche Genossenschaftsverband* entstand, ist die Mehrzahl der städtischen Kreditgenossenschaften in einem Genossenschaftsverband vereinigt. Was noch außerhalb dieser Organisation existiert, ist weder an Zahl noch an geschäftlicher Wirksamkeit bedeutend. Die Kreditgenossenschaften mit vorwiegend ländlichem Charakter gehören den beiden großen landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbänden an. Man kann also sagen, daß die Verbandsorganisation der Kreditgenossenschaften nunmehr in befriedigender Weise durchgeführt ist.

Der Deutsche Genossenschaftsverband hielt seinen 58. Genossenschaftstag vom 18. bis zum 22. Oktober 1921 in Wiesbaden ab. Der vorgelegte Geschäftsbericht stammt aber noch aus der Zeit vor der Vereinheitlichung; in Zukunft wird auch ein gemeinsamer Geschäftsbericht gegeben werden. Für diesmal mußten in der Statistik der frühere Allgemeine und der frühere Hauptverband noch getrennt werden, weil jeder Verband für sich die statistischen Unterlagen beschafft hatte. Im nächsten Jahr wird das Jahrbuch des Deutschen Genossenschaftsverbandes dann zum erstenmal eine vollständige einheitliche Statistik bringen können. Der Jahresbericht des Allgemeinen Verbandes gibt von der genossenschaftlichen Tätigkeit der Verbandsvereine im Jahr 1919, dem eigentlichen Berichtsjahr, das folgende Bild.

Dem Deutschen Genossenschaftsverband gehören insgesamt 4118 Genossenschaften an, darunter 1448 Kreditgenossenschaften, 15 Zentralkreditgenossenschaften, 2259 eigentliche Handwerker-genossenschaften, 20 Zentralbürgergenossenschaften, 34 Konsumvereine, 277 Baugenossenschaften und 63 Handels-, Handwerker- und Gewerbe-genossenschaften. 874 *Kreditgenossenschaften* des Allgemeinen Verbandes hatten eine Mitgliederzahl von 565 203. Der Gesamtumsatz belief sich auf 64 780 890 000 Mark. Jede Genossenschaft hat im Durchschnitt 738 Mitglieder. Kredite wurden gewährt gegen Vorschußwechsel 609 708 000 Mark, gegen Schuldschein 240 046 000 Mark, gegen Diskonten 1 395 511 000 Mark, gegen Hypotheken 116 902 000 Mark, und im Kontokorrentverkehr 7 075 323 000

Mark, insgesamt also 9 437 000 000 Mark. Das Gesamtbetriebskapital der Genossenschaften betrug 3 712 566 251 Mark,  $4\frac{1}{4}$  Million auf die einzelne Genossenschaft. Wie bei allen Kreditgenossenschaften verschlechterte sich auch bei den Genossenschaften des Allgemeinen Verbandes trotz starker Vermehrung der eigenen Mittel das Verhältnis der eigenen zu den fremden Geldern. Es betrug 11,50 % und erfuhr im Berichtsjahr eine Abschwächung um 2,15 %. Der Hauptverband gewerblicher Genossenschaften weist in seiner Geschäftsstatistik für 12 Zentralkreditgenossenschaften einen Gesamtumsatz von 4 642 579 000 Mark auf. Das Gesamtbetriebskapital betrug 112 467 000 Mark, auch hier ist das Verhältnis der eigenen zu den fremden Mitteln ungünstiger geworden. 97,5 Mark fremden Geldern standen 25 Mark eigenes Geld gegenüber. Außer den Zentralkassen berichteten 353 Kreditgenossenschaften mit 91 451 Mitgliedern. Es wurden Kredite im Betrag von 3 413 873 000 Mark oder 10 212 000 Mark auf eine Genossenschaft gewährt. Der Gesamtumsatz betrug 18 244 432 000 Mark, das eigene Vermögen 53 903 000 Mark. Alle Genossenschaften zusammen verfügten über ein Betriebskapital von 736 245 000 Mark. Über die eigentlichen *Handwerker-genossenschaften* ist dies zu berichten: Dem Allgemeinen Verband gehörten im Jahr 1919 nur noch wenige Handwerker-genossenschaften an, insgesamt 90, die sich aber wohl im Hinblick auf die in Aussicht stehende Verschmelzung mit dem Hauptverband der gewerblichen Genossenschaften nur zum Teil an der Berichterstattung beteiligten. Erst in diesem Jahr wird man Klarheit über das deutsche gewerbliche Genossenschaftswesen gewinnen, wenn unter Zugrundelegung eines einheitlichen Schemas ein gemeinsamer Bericht über die früher getrennten beiden Gruppen gegeben werden wird. Der Hauptverband berichtet über 1145 Waren-genossenschaften von Gewerbetreibenden und Händlern. Sie hatten 97 727 Mitglieder und erzielten insgesamt einen Umsatz von 725 987 634 Mark. Die *Konsumgenossenschaften* des Allgemeinen Verbandes hatten im letzten Jahr, in dem sie noch zum Allgemeinen Verband gehörten, einen Verkaufserlös von 108 000 000 Mark, ohne das sogenannte Lieferantengeschäft. Die *Baugenossenschaften*, von denen 202 berichteten, hatten 63 104 Mitglieder.

Ihrer eigentlichen Aufgabe: Häuser zu bauen, konnten sie aber im Berichtsjahr nur in geringem Maß genügen, da sie durch die Kriegswirkungen darin noch stark beeinträchtigt waren; es wurden nur wenige Wohnhäuser hergestellt. Das Betriebskapital der Genossenschaften betrug 179 126 000 Mark; davon waren 25 989 000 Mark eigene Gelder. 122 Genossenschaften besaßen im Berichtsjahr 4 019 Mietshäuser mit 22 553 Wohnungen. Außerdem noch 602 Hektar unbebautes Gelände. Der Buchwert der Häuser betrug 122 Millionen Mark, der des Geländes 10 463 000 Mark. Die Zahl der Wohnungen, die im Besitz von Baugenossenschaften waren, hat sich gegenüber dem Jahr 1913 vermindert, in der Hauptsache aber wohl, weil in den abgetretenen Gebieten Baugenossenschaften ausfielen.

Auf dem Genossenschaftstag wurde eine Reihe wertvoller Referate über Angelegenheiten der Bau-, Kredit- und Handwerker-genossenschaften gehalten. Eine Resolution zur Steuergesetzgebung fordert mit Recht, daß bei dem kommenden Steuergesetzgebungswerk unter allen Umständen weitgehende Rücksicht auf die eigenartige Lage der Genossenschaften genommen werde, da sonst die Gefahr bestehe, daß die Genossenschaften durch die neue Steuergesetzgebung erdrückt werden; es seien sich aber sämtliche Wirtschaftskreise darüber einig, daß gerade sie in besonderem Maß zum Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens berufen sind. Ebenso wurde gefordert im Betriebsrätengesetz dem Wesen der Genossenschaften Rechnung zu tragen. Als besonderer Punkt der Tagesordnung wurde über die Boykottierung aller Arten Genossenschaften durch industrielle und Handelsvereinigungen gesprochen, die immer planmäßiger vorgenommen wird. Der Verbandstag beschloß, falls zwischen den Organisationen keine Verständigung in diesem Punkt zu erzielen sei, ein Eingreifen der Reichsregierung zu fordern. Einen nach Form und Inhalt glänzenden Vortrag hielt Philipp Stein /Frankfurt/ über Rückblick und Ausblick auf die deutsche Genossenschaftsbewegung. Im übrigen wurde hauptsächlich über genossenschaftstechnische Fragen gesprochen, über die hier nicht berichtet zu werden braucht. Soweit man aus der Entwicklung des Deutschen Genossenschaftsverbandes und dem Verlauf seiner letzten Tagung bereits Schlüsse ziehen darf, hat die Vereinigung der beiden Verbände günstig

gewirkt. So haben also die beiden Zusammenlegungen, die im Jahr 1920 vollzogen wurden: die Vereinigung der dem städtischen Mittelstand dienenden Genossenschaften und die Vereinigung der Konsumvereine in je einer Gesamtorganisation, auf das deutsche Genossenschaftswesen offenbar den guten Einfluß geübt, den man von ihnen erwartete.

**Eigenproduktion** Die Warenherstellung für den organisierten Verbrauch in der *englischen*

Konsumgenossenschaftszentrale hat einen solchen Umfang erreicht, daß man das Unternehmen als das größte englische Nahrungsmittelgeschäft bezeichnen kann. Eine Reihe Fabriken, die Nahrungs- und Genußmittel herstellen, erzielte im Jahr 1920 einen Umsatz von 33 594 874 Pfund Sterling. Der Umsatz der Fabriken zur Herstellung von Bekleidungsgegenständen belief sich auf 4 735 877 Pfund, der der Fabriken für Haushaltsgegenstände auf 7 105 646 Pfund Sterling. Daneben besitzt die englische Großeinkaufsgesellschaft Landgüter in verschiedenen Teilen Englands im Umfang von 33 737 Acres. Gemeinsam mit der schottischen Großeinkaufsgesellschaft außerdem große Flächen zum Anbau von Weizen in Canada, Teeplantagen in Indien und auf Ceylon und Palmölfelder in Afrika. Außerdem unterhält sie Niederlagen zum Einkauf in Kopenhagen, Aarhus, Odense, Herning und Esbjerg /Dänemark/ für Butter, Eier und Speck, in Denia /Spanien/ für Rosinen, in New York /Vereinigte Staaten/ und in Montreal /Canada/ für Waren aller Art, in Freetown /Sierra Leone/ für Palmkerne und Landesprodukte, in Accra /Goldküste/ für Kakao und Landesprodukte, in Lagos und Port Harcourt /Nigeria/ mit Zweigniederlassungen in Makene, Susansbai, Blama, Commendi, Pendembu /Sierra Leone/, Abeokuta, Kano, Mangoase, Nysawano, Kofridua /Goldküste/ für Palmkerne und Landesprodukte, in Colombo und Nawalapitaya /Ceylon/ für Tee, Reis und Landesprodukte.

**Theoretische Grundlegung** Den in dieser Rundschau (1921 I, Seite 309) bereits angezeigten Richtlinien der

Genossenschaftsgesetzgebung hat *Hans Müller* eine neue Schrift folgen lassen, die den gleichen Gegenstand behandelt, aber mehr als die frühere genossenschaftstheoretische Probleme berührt. Sie führt den Titel *Das Genossenschaftswesen und die Reform seines Rechts im*

demokratischen Staat (Zürich, Buchhandlung des Schweizerischen Grütlivereins). Müller versucht eine genaue Begriffsbestimmung der Genossenschaftsarbeit zu geben. Er sieht das Wesen der Genossenschaften darin, daß sie bestrebt sind den Faktor Arbeit der Bevormundung und Ausnutzung durch den Faktor Besitz zu entziehen. Er definiert deshalb die Genossenschaft als eine Form der Kollektivwirtschaft, deren Prinzip das Arbeitsinteresse ist. Davon ausgehend legt er dar, auf welchen juristischen Grundlagen die Bewegung stehen müsse. Er berücksichtigt dabei zwar hauptsächlich schweizerische Verhältnisse, sucht aber von ihnen aus zu allgemeineren Resultaten zu gelangen. Die Frage, ob Müllers Definition des Genossenschaftswesens ausreichend ist, kann nur im Zusammenhang mit anderen Fragen geprüft werden. Wir werden zweckmäßigerweise erst auf sie näher eingehen, wenn das von Hans Müller vorbereitete größere Werk über grundlegende Genossenschaftsprobleme erschienen ist.

Von dem bekannten Buch *Robert Liebmans* Die Unternehmungsformen mit Einschluß der Genossenschaften und der Sozialisierung /Stuttgart, Ernst Heinrich Moritz/ ist die 2. Auflage herausgekommen. Der Verfasser gibt eine gute Übersicht über die verschiedenen Formen der Unternehmung und schildert ihre charakteristischen Besonderheiten. Dabei macht er auf manches aufmerksam, was bisher übersehen worden ist. Die Bedeutung seines Buchs liegt in diesen Einzelschilderungen. Weniger Zustimmung dürfte die theoretische Grundanschauung finden, von der er ausgeht. Die Bemerkungen, die er über Sozialismus und Marxismus macht, zeugen von einem recht oberflächlichen Urteil. Indessen sei darüber mit dem Autor nicht gestritten, da er selbst kaum den Anspruch erheben dürfte etwas zur theoretischen Klärung der Meinungen gesagt zu haben. Hier interessiert uns vor allem das Kapitel über die Genossenschaften. Auch dort stehen neben treffenden kritischen Bemerkungen sehr zweifelhafte theoretische Formulierungen über das Wesen der Genossenschaften. Liebmans behauptet eine »ökonomisch scharfe Definition der Genossenschaften« zu geben, wenn er sie als Wirtschaften bezeichnet, »die mittels gemeinsamen Geschäftsbetriebs die Förderung oder Ergänzung der Haus- oder Erwerbswirtschaft ihrer Mitglieder bezwecken«. Nach

Erscheinen der 1. Auflage des Liefmannschen Buchs wurde er mehrfach auf das Unzulängliche dieser Definition hingewiesen, am nachdrücklichsten von Jakob in seinem Buch Volkswirtschaftliche Theorie der Genossenschaften. Innerhalb der Liefmannschen Definition würden die Produktivgenossenschaften keinen Raum finden, da er das Hauptgewicht darauf legt, daß *selbständige* Wirtschaften einen gemeinsamen Geschäftsbetrieb durchführen. Andererseits reicht sein Genossenschaftsbegriff viel zu weit; so bezeichnet er selbst das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat als eine Genossenschaft, allerdings eine solche, die gleichzeitig ein Kartell darstellt. Späterhin definiert Liefmann die Genossenschaft als die Organisation der Abnehmer gegen die Vereinigung der Verkäufer. Und im Anschluß daran legt er dar, wie sich vielleicht in Zukunft eine ganz andere Gruppierung der sozialen Kämpfe ergeben könne. An die Stelle der Kämpfe zwischen Unternehmern und gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, die wir heute kennen, würden vielleicht dann solche zwischen Unternehmensvereinigungen und Gewerkschaften auf der einen und organisierten Konsumenten auf der andern Seite treten. Und dann wären die Konsumgenossenschaften die berufenen Organe zur Führung dieses Kampfes. Was soll man aber mit einer Genossenschaftstheorie anfangen, die es fertig bringt eine Verkäuferorganisation solcher Art zugleich eine Genossenschaft und ein Kartell zu nennen? Die Gegensätze, die nach Liefmann zum gegenseitigen Kampf führen, sind ja hier in sich vereinigt. Und auch für verschiedene andere Seiten der Genossenschaftsbewegung läßt Liefmann jedes Verständnis vermissen. So für die Genossenschaft als Personalgesellschaft und als Ausdruck der Wirtschaftsdemokratie. Ebenso ignoriert er die soziale Seite der Bewegung. Die Einwände, die man gegen Liefmanns Theorie erhoben hat, fallen nicht dadurch in sich zusammen, daß er ihnen keine Berücksichtigung schenkt. Dadurch daß Liefmann theoretisch von einem falschen Punkt ausgeht, kommt er auch im einzelnen zu manchen schiefen Urteilen und beeinträchtigt so den Wert auch anderer seiner Ausführungen. In dem Kapitel über Sozialisierung wird er stark von seiner allgemeinen Beurteilung des Sozialismus beeinflußt. Auch hier begegnet uns eine erstaunliche Mischung guter Bemerkungen und falscher Urteile.

Alles in allem wird zwar das Buch nur mit einer gewissen Vorsicht zu benutzen sein, dennoch aber ist es recht beachtenswert. Einige Ungenauigkeiten deuten auf große Eile bei der Herstellung. So werden auf Seite 160 in einer Statistik über die Zahl der eingetragenen Genossenschaften für das Jahr 1920 63 723 angegeben, während tatsächlich nur 44 351 vorhanden waren; diese irriige Angabe ist durch Additionsfehler und Doppelzählungen zu erklären.

**Kurze Chronik** Die *Hamburger Produktion* stellt in ihrem Geschäftsbericht für das Jahr 1920 wieder anregende Betrachtungen über diese vielseitigste Konsumgenossenschaft an, die in Deutschland vorhanden ist. Die Wirkungen des Krieges sind noch nicht überwunden. Die Genossenschaft hat sich, und das ist eine der charakteristischsten Folgerscheinungen des Krieges, genötigt gesehen ihre Gemiselläden zu schließen. Das Heer der kleinen und kleinsten Händler, die Gemüse und Obst auf Karren durch die Stadt fahren, ist so angewachsen, daß die Genossenschaft vor ihnen kapitulieren mußte. Ein solcher Vorgang kann recht nachdenklich stimmen; er zeigt, wie unökonomisch sich die Entwicklung im neuen Deutschland vollzieht. Auch einige Brotläden sind geschlossen worden. Selbstverständlich sind das nur Nebensächlichkeiten, die die Entwicklung der Genossenschaft nicht behindern konnten. Diese hatte im Jahr 1920 124 177 Mitglieder und einen Gesamtumsatz von 308 Millionen Mark. ◊ Der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund hat sich in einer Sitzung erneut mit der Frage der Errichtung einer *Gewerkschaftsbank* beschäftigt. Es wurde berichtet, daß Verhandlungen, die neuerdings zwischen Konsumgenossenschaften und Gewerkschaften über die Errichtung einer gemeinschaftlichen Bank schwebten, noch nicht zu einem Einverständnis geführt haben. Es wurde daher die Frage zur Diskussion gestellt, ob die Gewerkschaften eine eigene Bank gründen sollten. Der Gewerkschaftsausschuß stimmte grundsätzlich zu, erklärte jedoch, besser wäre die Bank gemeinsam mit den Konsumgenossenschaften zu errichten. Es soll noch weiter darüber verhandelt werden. ◊ Eine Versammlung der Vertreter von *Verbraucherkammern* fand am 23. November 1921 in Hamburg statt. Da der Reichsverband deutscher Konsumvereine, der seit längerer Zeit eine



lebhaft Propaganda für die Errichtung von Verbraucherkammern entfaltet, bei den Vorbereitungen zu dieser Konferenz nicht mithinzugezogen worden war, hatte er sie nicht besichtigt und war dann auch aus der Rheinischen Verbraucherkammer ausgeschieden. Der Konflikt wurde zwar wieder beigelegt. Aber er hat in gewissem Sinn symptomatische Bedeutung. Er zeigt, wie ungeklärt die Vorstellungen über Zweck und Form der Verbraucherkammern noch sind. Die bestehenden Verbraucherkammern waren ziemlich vollzählig erschienen, daneben der Zentralverband und die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine, einige Hausfrauenvereine und Baugenossenschaftsverbände. Die Verhandlungen drehten sich um die Aufgaben der Verbraucherkammern und um die Frage, wie die Verbraucher bei der Schaffung der Bezirkswirtschaftsräte einzugliedern seien. Bemerkenswerte Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

#### Literatur

Offensive zur wirtschaftssozialen Revolution nennt *Martin Alexander Kurth* eine Schrift, die sich mit den »Aussichten des Genossenschaftswesens« beschäftigt /Leipzig, Ruttloff/. Der Verfasser behandelt das Genossenschaftswesen als einen Faktor, man kann sogar sagen: als den Hauptfaktor, der Entwicklung zur sozialistischen Gemeinwirtschaft. Er will eine Zentralstelle für die wirtschaftliche Neuordnung schaffen. Dem Genossenschaftswesen weist er dabei die Aufgabe zu eine Demokratisierung der jetzigen kapitalistischen Wirtschaftsform und eine Umwandlung in eine Volksindustrie zu verwirklichen, die auf Genossenschaftsunternehmungen des ganzen Volkes basiert. Dabei scheint er nicht an Zwangsmaßnahmen seitens des Staats gedacht zu haben. Er erblickt offenbar in den Vorzügen des Genossenschaftswesens einen genügenden Anreiz zu einer auf Freiwilligkeit beruhenden Durchführung seiner Ideen. Manches, was in der kleinen Schrift gesagt wird, ist richtig und zeugt davon, daß der Verfasser die Grundgedanken des Genossenschaftswesens beherrscht. Im Endergebnis läuft sein Plan aber auf eine Vorwegnahme von Ergebnissen hinaus, die selbst enthusiastische Genossenschaftsanhänger, wenn überhaupt, dann nur nach lange dauernder Entwicklungsperiode für möglich halten. ◊ Der Reichsverband deutscher Konsumvereine hat eine 48 Seiten starke

Schrift Die Konsumgenossenschaft im Urteil führender Zeitgenossen im eigenen Verlag erscheinen lassen. Sie verdankt ihr Zustandekommen einer *Rundfrage*, die der Verband unter Wissenschaftlern, Politikern und wirtschaftlichen Sachverständigen aus Anlaß seiner Tagung im Frühjahr veranstaltet hat. Die Antworten sind natürlich von verschiedenem Wert. Wissenschaftliche Bedeutung haben solche Zusammenstellungen nicht. Wohl aber wohnt ihnen ein propagandistischer Wert inne.

#### Nationale Bewegung / Ernst Hamburger

**Tschechien** Die Entwicklung in Tschechien zu verfolgen machen die Bewohner dieses Staats

dem Beobachter nicht eben leicht. In einzelnen Kreisen der Sudetendeutschen, von denen wir im Ausland meist nicht die gewichtigsten sondern die lautesten Stimmen hören, werden übertriebene Anklagen gegen das Tschechentum erhoben und seine politischen und kulturellen Leistungen herabgesetzt. Auf der andern Seite sendet die Presseabteilung des Ministerratspräsidiums Lobeserhebungen eines tschechischen Offiziosentums ins Ausland. Die tschechische Regierung gibt nicht weniger als 42 ständige Publikationen, darunter 3 Tagesblätter, heraus und arbeitet dabei mit so beträchtlichem Defizit, daß Mitglieder der tschechischen Parteien selbst die Zweckmäßigkeit dieser Auslandspropaganda angezweifelt haben.

Zweifellos sind die Tschechen in der politischen Konsolidierung ihres Staats ein gutes Stück vorwärts gekommen. Innenpolitisch haben sie es verstanden die Differenzen zwischen den tschechischen Parteien zu überbrücken und, nach verunglückten Regierungsexperimenten, alle Parteien mit Ausnahme der Kommunisten, aber einschließlich der Slowaken, in der alltschechischen Koalition zu vereinigen. Von den Slowaken liehlich trennen sie in der Autonomiefrage und zum Teil auch in bestimmten Kulturfragen tiefe Meinungsverschiedenheiten: die jene in gelegentlichen Sezessionen zum Ausdruck bringen. Diese Koalition bedeutet jedenfalls vom nationaltschechischen Standpunkt aus einen bedeutenden Fortschritt gegenüber der Idee des Beamtenkabinetts, das für einen solchen Staat noch mehr Mißstände mit sich bringen muß als anderswo. Bis sich das Bewußtsein durchgesetzt haben wird, daß ein ehrlicher Ausgleich zwischen

den Nationalitäten notwendig ist, ist immerhin ein Fortschritt auf dem Weg der gegenwärtigen Koalitionsbildung möglich. Außenpolitisch leidet Tschechien wie ganz Europa unter dem Zwiespalt zwischen Deutschland und Frankreich. Benesch, der Ministerpräsident der tschechisch-slowakischen Koalition, hat das ganz klar erkannt. In seiner Programmrede im November sagte er, die tschechische Regierung versäume keine Gelegenheit auf eine deutsch-französische Einigung hinzuwirken und führe die Politik in Zentraleuropa, in der Kleinen Entente und mit Polen so, daß sie wirklich zu einer alleuropäischen Politik hinleite. Benesch arbeitet ferner auf die Festigung des Zusammenhangs zwischen den Nachfolgestaaten der Donaumonarchie mit Einschluß Österreichs und auf eine Verständigung mit Polen hin. Tschechien verfolgt wirtschaftlich dabei das Ziel einen geregelten Austausch der wechselseitigen Produktionsüberschüsse zu schaffen; politisch will es den Einfluß der Kleinen Entente erhöhen, damit deren Glieder ihre Angelegenheiten selbst regeln können und sich nicht den, aus anderen Gesichtspunkten kommenden Einwirkungen der Großmächte fügen müssen; auch will es sich vor den Gefahren schützen, die sich aus der ungarischen Politik ergeben könnten. Diesen Absichten diene das Vorgehen Tschechiens gegen Ungarn bei Gelegenheit des Karputches, die Mobilmachung und die Androhung einer militärischen Intervention, ebenso der Vertrag mit Polen, der die Tschecher Streitfrage endgültig begräbt, und durch den Tschechien bei der Wahl zwischen Polen und dem bolschewistischen Rußland für Polen optiert, ohne sich bei eventuellen entscheidenden Änderungen der russischen Politik die Möglichkeit einer Schwankung zu unterbinden; diesen Absichten diene auch die aktive tschechische Politik bei der Teilung des oberschlesischen Industriebezirks. Wirtschaftspolitisch drückt sich die Festigung der Verhältnisse in Tschechien vor allem in der Valutabewegung aus. Die tschechische Krone hat den März der deutschen Mark in den Herbstmonaten nicht mitgemacht, während sie bis dahin, der innigen Verflechtung der deutschen und tschechischen Wirtschaft entsprechend, allen Bewegungen der deutschen Mark folgte. Aus der neuen Valutadifferenz ergaben sich freilich Schwierigkeiten für die Grenzgebiete. Auf der deutschen Seite kam es zu einem

Ausverkauf der Waren, auf der tschechischen wurde der Geschäftsverkehr gelähmt. Auch gerieten die in den tschechischen Grenzgebieten wohnenden und in Deutschland beschäftigten Arbeiter in eine Notlage, und die tschechische Bergwerksindustrie wurde in eine schwere Krise hineingerissen. Der Braunkohlenexport nach Deutschland stockte jäh, da vom 12. November 1921 ab die Mehrzahl der tschechischen Exporteure bei der Preisberechnung an Stelle der Reichsmark die tschechische Krone treten ließ, und zwar im Verhältnis von 1 : 1, so daß für jede Mark eine volle Krone bezahlt werden mußte. Bei diesen Preisen hatte die deutsche Industrie nicht mehr die Möglichkeit Kohlen zu entnehmen; ein schwerer Ausfall für die nordböhmische Braunkohlenindustrie, die täglich etwa 10 000 Tonnen exportiert hatte. Ohnehin arbeiteten die Werke bereits mit starkem Defizit, wenn auch noch günstiger als die Steinkohlengruben. Diese produzieren teurer als die englischen und fast doppelt so teuer wie die deutschen Gruben und haben damit im Verlauf des letzten Jahres die Hälfte ihres inländischen Markts an die Braunkohle und die ober- und niederschlesische Steinkohle verloren. Die Steinkohlenreviere von Ostrau und Rositz haben infolgedessen bereits eine Beschränkung der Arbeitszeit auf 4 Tage in der Woche eintreten lassen. Für die bei allem zunehmende Festigung der tschechischen Wirtschaft spricht die Tatsache, daß trotz der, gegenüber sämtlichen Nachbarstaaten hochwertigen tschechischen Valuta der Beschäftigungsgrad der tschechischen Industrie zwar gesunken ist, aber keineswegs bis zu einem unerträglichen Grad, und auch die Arbeitslosigkeit nicht übermäßig anwuchs. Die offizielle Arbeitslosenziffer ist ungewöhnlich niedrig; sie schwankt zwischen 25- und 35 000. Nach der Meinung der deutschen Parteien ist diese Zahl zwar nicht richtig berechnet und zu niedrig angenommen; aber allzu weit kann sie sich kaum von der richtigen entfernen. Freilich kommt es Tschechien zugute, daß die deutsche Industrie durch In- und Auslandsaufträge zurzeit voll in Anspruch genommen ist, während sonst deren Konkurrenz, solange weiter Unterschiede in der Valuta bestehen, die tschechische Wirtschaft stark schädigen könnte. Die Vorteile der relativ günstigen tschechischen Valuta sind jedenfalls vorläufig zu offensichtlich, als daß sie von der deutschen Kritik hin-

wegdisputiert werden könnten. Die Steigerung der Lebenshaltungskosten im November 1921 erklärte sich aus der durch die Mobilmachung verschärften Verteuerung der Lebensmittel gegen Winterbeginn; die Indexzahl war 1057, gegen 986 im Oktober.

**Tschechien:** Der Putsch des Exkaisers  
**Slowaken** Karl beleuchtete blitzartig die wirkliche, vorher nicht ganz klare Stellung der einzelnen Klassen und Nationalitäten in allen, von ihm in Mitleidenschaft gezogenen ehemals österreichisch-ungarischen Reichsgebieten. Die Slowakei brachte bei dieser Gelegenheit mit aller nur denkbaren Entschiedenheit und Deutlichkeit ihren Zusammenhang mit Tschechien zum Ausdruck. Auf tiefgehende Differenzen zwischen Tschechen und Slowaken zu spekulieren oder darauf zu rechnen, daß die Slowaken ihr Schicksal etwa von neuem mit Ungarn verbinden sollten, ist bei der Stärke der slowakischen Sozialdemokratie nicht nur aus innenpolitischen sondern, nachdem im polnisch-tschechischen Vertrag auch Polen ausdrücklich sein Desinteressement an der Slowakei ausgesprochen hat, auch aus außenpolitischen Gründen verfehlt. Überhaupt liegt für eine solche Annahme keinerlei Anlaß vor. Die Treuerklärung der Slowakei fiel in eine Zeit, in der keineswegs vollständige Harmonie, vielmehr eine äußerst gereizte Stimmung bei den Slowaken gegenüber den Tschechen herrschte. Auf der Industrie der Slowakei lastete eine Depression, die nicht zur Erhöhung der Staatsfreudigkeit beitrug. Scharfe Lohnherabsetzungen drückten die Stimmung, schwere Steuerlasten erhöhten den wirtschaftlichen Druck, der sich noch dadurch steigerte, daß die Kriegsanleihen noch nicht eingelöst worden waren; so kam es vielfach zu erbitterten Einsprüchen. Doch die Kritik des slowakischen Volkes gründete sich weniger auf die wirtschaftspolitischen Momente. Sie war vor allem gegen die nationale Gewaltpolitik gerichtet, die die Tschechen auch gegenüber ihren Nächstverwandten im Staat treiben. Die Autonomie, die die Slowaken verlangen, ist ihnen immer noch nicht verliehen worden. Die hervorragendsten Stellen werden mit Tschechen, nicht mit slowakischen Bewerbern besetzt, wenn diese auch noch so qualifiziert sind. Tschechische Lehrer und Schulinspektoren werden an Stelle der slowakischen in den Schulen der Slowakei eingestellt.

Aus religiösen Kreisen werden die schwersten Angriffe gegen die kulturelle und Schulpolitik erhoben. »Ich warne vor dem bisherigen Vorgehen«, rief der Redner der Slowakischen Volkspartei, Juriga, am 22. November 1921 im Parlament aus, »das die Tschechen in der Slowakei noch verhaßter machen würde als die Magyaren. Es könnte so weit führen, daß die Slowaken zum Schutz der Republik sich gegen die Tschechen erheben müßten.« Die Rede Jurigas, als des Sprechers einer mitregierenden Koalitionsparterie, erregte damals ungeheures Aufsehen und rief einen sofortigen Protest der Tschechen gegen dieses koalitionswidrige Verhalten hervor. Um so eindringlicher und überzeugender wirkte nach diesen Vorgängen die eintrachtige Stellungnahme der slowakischen autonomen Parteien für die Zugehörigkeit zu Tschechien. Ganz abgesehen von dem Sprecher der slowakischen Agrarier, der sogar für Strafmaßnahmen gegen Ungarn eintrat, erklärte auch der Führer der slowakischen Volkspartei, Hlinka, in deren Namen: das Vorgehen Karl Habsburgs sei ein Schritt, der sich gegen die Existenz der Slowakei richte; man könne daher die Rückkehr Karls nicht als eine innere Angelegenheit Ungarns ansehen. Freilich wurden auch bei dieser Gelegenheit bittere Klagen laut, daß man die Slowakei kulturell vernachlässige, und man forderte wiederum an Stelle der Zentralisierung eine gesunde Dezentralisation. Einen gegensätzlichen, ungarnfreundlichen Standpunkt nahm nur die unbedeutende Gruppe der ungarischen Christlichsozialen ein.

**Tschechien:** Die parteimäßige Organisa-  
**Deutsche** tion der Deutschen in Tschechien könnte zu der irrigen Auffassung verleiten, daß sich dort nur 2 große Gruppen gegenüberstehen, die im deutschen Parlamentarischen Verband und in der Sozialdemokratie zusammengefaßt sind. In Wirklichkeit haben sich die Mitglieder des Parlamentarischen Verbands vorwiegend zusammengeschlossen, um eine gemeinsame parlamentarische Taktik zu verfolgen; in allen Einzelfragen und in ihrer Stellung zum Staatsganzen bestehen zwischen den diesem Verband angehörenden Parteien: dem Bund der Landwirte unter Führung Krepeks, den Deutschnationalen unter Führung Lodgmans, den Christlichsozialen, Nationalsozialen und der Freiheitsparterie, tiefgehende Meinungsverschiedenheiten. Al-

lerdings sind sämtliche deutsche Parteien Tschechiens einschließlich der Sozialdemokratie der Überzeugung, daß die Tschechoslowakische Republik, wie sie auf Grund der Friedensverträge von Versailles und Saint-Germain gebildet wurde, unter Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der deutschen Nation zustande gekommen ist. Die Folgerungen, die die deutsche Sozialdemokratie Tschechiens aus dieser Überzeugung zieht, sind auf ihrem Parteitag in Tetschen deutlich zum Ausdruck gekommen.

Im deutschen Bürgertum bestehen 2 Richtungen; die eine, die, vom alldeutschen Gedanken ausgehend, sich eine Revision der Friedensverträge nur in Form einer Vergewaltigung der jetzigen "Herrennationen" vorstellen kann und aus der grundsätzlichen Ablehnung des tschechoslowakischen Staatsgebildes heraus die Folgerung zieht, daß innerhalb Tschechiens nur eine destruktive politische Taktik einzuschlagen sei; die andere, die den tschechischen Staat zunächst als gegebene Tatsache hinnimmt und in ihrer Opposition das Ziel verfolgt ihn in einen wahrhaften Nationalitätenstaat umzuwandeln, die den Deutschen nationale Rechte und ausreichenden Minderheitenschutz zu erkämpfen bestrebt ist und bereit wäre, im Fall der Änderung der gegen die Deutschen angewandten Methoden, unter Umständen auch in der Regierung die Verantwortung für die Politik mitzutragen. Die Alldeutsche Partei hat im Augenblick keine Vertretung im Parlament; sie ist jedoch im Land sehr rührig, tagte kürzlich in Eger und beeinflusst mit ihrem Denken in weitem Maß die Deutschnationalen, die, zahlenmäßig verhältnismäßig bedeutend (12 unter 40 Deutschbürgerlichen), dem Parlamentarischen Verband in erregten Zeiten schon wiederholt die Richtung gewiesen haben. Auf den Einfluß ihres Führers Lodgmann ist es zurückzuführen, daß infolge des Vorgehens tschechischer Legionäre gegen deutsche Bürger in Aussig und des deutschfeindlichen Verhaltens des Ministerpräsidenten Cerny gelegentlich dieser Vorfälle die Deutschbürgerlichen sich bis zur Neubildung des tschechischen Kabinetts Mitte Oktober 1921 von den Sitzungen des Parlaments fernhielten. Der Parlamentarische Verband trat damals erst wieder durch den Einfluß der Christlichsozialen und der Agrarier in die Kammer ein, als nach dieser wochenlang fortgeführten unfruchtbaren Obstruktionspolitik eine Abkühlung ein-

getreten war. Der alldeutsche Einfluß machte sich im politischen Leben der Deutschen Tschechiens auch anderweit fühlbar. Ihre Auslandspropaganda, die vielfach mit Übertreibungen arbeitet, unterliegt ihm oft. Die deutsche Studentenschaft ist stark von ihm berührt. Der Rede- und Leseverein deutscher Studenten Germania in Prag, der Ende November 1921, zum erstenmal seit 1913, wieder die in seinem Lager stehende Studentenschaft und eine große Zahl Gäste aus Kreisen der Professoren und bürgerlichen Politiker zum Eröffnungskommers eingeladen hatte, hielt es für richtig neben 3 deutschnationalen Abgeordneten Tschechiens Hindenburg, Helfferich und Lettow-Vorbeck zu Ehrenmitgliedern zu ernennen. Nicht minder bedeutend ist der alldeutsche Einfluß in den allgemeinen deutschen Vereinen. Auf einer Tagung des Hilfsvereins für die Sudetendeutschen in Linz wurde die tschechische Politik in einer Weise charakterisiert, die in ihren Übertreibungen die Dinge völlig verzerrte; im Anschluß daran wurde ein sudetendeutscher Abend abgehalten, auf dem der als Gast anwesende Otto Hoetzsch (dem man solche politischen Fehler nicht zutrauen sollte) unter begeistertsten Heilrufen verkündete: das Ziel jedes Deutschnationalen sei der Zusammenschluß aller Deutschen auf dem Boden des Kaisertums.

Recht deutlich kam die verschiedene Auffassung der Gruppen des deutschen Bürgertums in den parlamentarischen Debatten bei der Beratung des Budgets und der Mobilisierung zum Ausdruck. Die Rede Lodgmanns war von einer leidenschaftlichen Staatsfeindlichkeit getragen, die ihn blind für die Erschütterungen machte, die die Neuaufrollung des Habsburger Problems für Tschechien mit sich bringen mußte. Dies führte ihn sogar zu maßlosen und ungerechten Angriffen gegen die deutschen Sozialdemokraten, die, an sich gleichfalls Gegner der Mobilisierung und des Vertrauensvotums für die Regierung, erkannten, welche internationale Bedeutung eine abermalige Machtergreifung der Habsburger in Ungarn haben mußte, und die politischen und diplomatischen (nicht aber die militärischen) Konsequenzen daraus gezogen wissen wollten. In eine ganz andere Form kleidete der Führer des Bundes der Landwirte, Spina, seine Ablehnung des Staatsbudgets: »Von einer Begeisterung war weder auf deutscher noch auf tschechischer Seite bei der

Mobilisierung etwas zu spüren, und doch hat die deutsche Jugend ihre Pflicht so erfüllt wie die tschechische. Es ist also ein guter Teil des Erfolgs der Mobilisierung auf das deutsche Konto zu buchen. Es fällt den Deutschen in dieser Stunde gewiß nicht leicht das Gefühl der maßlosen Kränkung und Verbitterung zu unterdrücken, unter denen die Deutschen seit dem Umsturze leben. Sie werden sich in dieser Stunde des Charakters ihrer Opposition bewußt, einer Opposition, die sich nicht gegen den Bestand dieses Staates richtet sondern gegen die Art und Weise, wie hier regiert und verwaltet wird. . . . Wir Deutschen haben dem Staate in der Stunde der Gefahr das selbe gegeben wie seine tschechischen Bürger. Wenn ein gemeinsamer Staat in den 3 Sudetenländern und der Slowakei existiert, so ist es einzig ein tschechisch-deutsch-slowakischer Staat. In diesem Staat ist das deutsche Volk eingeschlossen mit seinem Körper, seiner Wirtschaft und seiner Arbeit, in diesem Staat als einer gegebenen realen Größe muß es nicht nur Pflichten sondern auch Rechte in Anspruch nehmen. Das ist der Sinn und das Ergebnis der Mobilisierung. Wenn sich die tschechischen Parteien diesen Erkenntnissen nicht verschließen, so entsteht daraus ein großer Gewinn; denn damit stellt sich der Staat auf den Boden der Tatsachen und wird, wenn er befriedigte Völker umfaßt, zu einem festfundierten Nationalitätenstaat werden.«

Auch aus dem tschechischen Lager kommen vereinzelt und zögernd Stimmen, die für Versöhnung und Ausgleich eintreten, ohne daß sie freilich vorläufig mehr als akademischen Wert hätten. Alois Hayn hat im Cas eine, vornehmlich gegen die deutscheindlichen Nationaldemokraten Kramarzscher Richtung gerichtete Artikelserie veröffentlicht, in der er verlangt, daß eine wohlwollende Sprachenpraxis eingeleitet würde. Und zwar beruft er sich dabei hauptsächlich auf den Ausspruch Masaryks: die Sprache dürfe kein Politikum sondern lediglich ein Verständigungsmittel sein. Man müsse eine gedeihliche Lösung der Fragen der nationalen Minderheiten anzubahnen suchen, die die Voraussetzung zur Einleitung guter Beziehungen zwischen Deutschland und Ungarn und damit für eine dem Frieden dienende Außenpolitik sei. Noch weiter gehen die Ansichten, die Karl Kacl im Organ der tschechischen Studentenschaft Stu-

denska Revue über das Verhältnis zwischen Deutschen und Tschechen entwickelt. Er warnt davor in der Verfechtung der tschechischen Ansprüche von den toten Buchstaben des historischen Rechts auszugehen und hält auch die Berufung auf den Versailler Friedensvertrag für verfehlt; denn er stelle eine Vereinbarung mit zeitlichen Grenzen dar, auf die man den Tschechenstaat nicht aufbauen dürfe. Deutsche und Tschechen müßten berechtigt sein ihren souveränen nationalen Staat aufzurichten, dessen Grenzen nicht unbedingt mit den Nationalitätsgrenzen zusammenzufallen brauchten. Man solle jedoch kein Bedenken tragen den Teil der Deutschen, die sich dem Staat nicht einfügen wollen, herauszulassen. Damit sei das Ende der deutschen Irredenta gegeben. Falls Tschechien auch ohne die deutschen Gebiete Bestand haben könne, wäre damit seine Daseinsicherheit erhöht; im entgegengesetzten Fall jedoch sei dann der Nachweis erbracht, daß es zu schwach sei einen Nationalstaat zu bilden und deshalb nicht das Recht auf einen solchen habe. Auch unter den Kritikern Kacls, die sich vielfach sehr scharf gegen ihn wandten, finden sich maßvoll Urteilende, die sich bemühen zur Lösung des Problems beizusteuern. So V. Gutwirth, der die Methoden beider Volksteile im Nationalitätenkampf verurteilt, in den grundsätzlichen Fragen mit Kacl freilich nicht übereinstimmt.

Die praktische Politik wurde bisher allerdings durch diese Diskussionen nicht befruchtet. Benesch sprach in seiner Programmrede nicht davon, daß die Lösung der Nationalitätenfrage dringlich sei. Er sagte lediglich zu, daß die statistischen Ergebnisse der Volkszählung über Nationalität, Konfession usw. bald veröffentlicht werden sollen, und meinte, durch sie wäre die Lösung der nationalen, sozialen und kulturellen Fragen zu ermöglichen. Zudem wies eine Interpellation der Deutschen an der Hand eines großen Materials nach, daß man die Volkszählung in planmäßiger und skrupelloser Weise mißbraucht habe, um das Stärkeverhältnis der einzelnen Volksstämme falsch darzustellen, und zwar durch unerlaubte Beeinflussung der politischen Behörden, Androhung von Strafen, Dienstentlassung, eigenmächtige Eintragungen und Änderungen, Verweigerung der Eintragung des deutschen Bekenntnisses und viele andere, die Statistik zuungunsten der Deutschen

verfälschende Vergehen. In der Sprachfrage zeigt sich auch in Kleinigkeiten nicht das geringste Entgegenkommen. Deutsche Anträge zu dem Gesetzentwurf, die forderten, daß die Veröffentlichung der Gesetze und Verordnungen, die nur in tschechischem oder slowakischem Text als authentisch gelten, auch in deutscher Sprache erfolgen sollte, wurde abgelehnt. Über die Handhabung der Zensur während der Mobilisierung wurde von den Deutschen Klage geführt; auch beim Ministerpräsidenten beschwerten sich deutsche Abgeordnete über das ungleiche Verhalten der Zensurbehörden gegenüber der deutschen und der tschechischen Presse. Zahllos sind die Klagen aus deutschen oder national gemischten Gemeinden über tschechische Schikanen. In jüngster Zeit beschwerten sich die Deutschen von Znaim beim Ministerpräsidenten über den tschechischen Bürgermeister Maresch. Es wurde über Ungerechtigkeiten bei den Schuleinschreibungen geklagt, über Ausschulungen angeblich tschechischer Kinder aus deutschen Schulen, Amtsenthebungen deutscher Beamter, widerrechtliche Zurückhaltung der Gehälter, ungerechte Straffentlassung deutscher Gemeindebeamter ohne Pension, Pressionen gegen die deutschen Zeitungen. Am häufigsten und bittersten sind die Klagen über den tschechischen Kampf gegen die deutsche Schule. Bei der Budgetberatung wurde von deutscher Seite mit harten Worten das Verhalten der tschechischen Regierung in der Schulfrage getadelt. Die Anschauung, daß deutsche Schulen geschlossen werden müßten, um tschechischen Platz zu machen, wurde mit Recht als ein Zeichen völliger Rückständigkeit bezeichnet. Die Zahl der erdrosselten deutschen Schulklassen beträgt 1600; den Deutschen wird die Fortführung der Klassen nicht einmal auf eigene Kosten gestattet, was besondere Erbitterung erregt. Die Deutschen Tschechiens sehen eine Sicherung des deutschen Schulwesens einzig in der Gewährung der nationalen Schulverwaltung. Im höchsten Maß unheilvoll für die deutsche Kultur-entwicklung ist auch das vom Abgeordnetenhaus angenommene Gesetz, das bestimmt: die Errichtung und Abtrennung der Fakultäten, vor allem aber auch die Verlegung von Hochschulen überhaupt, dürfe nur auf dem Weg des Gesetzes erfolgen. Dazu wurde ein Antrag Srdinko angenommen, nach dem die Ausstattung nichtstaatlicher Hochschu-

len mit Rechten, wie sie den staatlichen Hochschulen zukommen, nur auf Grund eines Sondergesetzes gestattet ist. Das Gesetz richtet sich gegen die Versuche der Deutschen aus eigener Kraft die ihnen nötigen Bildungsstätten ins Leben zu rufen; es zentralisiert das Hochschulwesen und erstickt die deutschen Bildungsbestrebungen, zumal der Staat für sie nur äußerst geringe Aufwendungen macht. Die ordentlichen Ausgaben für die deutschen und die tschechischen Hochschulen verhalten sich wie 1 : 3, die außerordentlichen wie 1 : 10, das Investitionsbudget weist sogar das Verhältnis 1 : 30 auf, so daß die dringendsten Personal- und Sachbedürfnisse der deutschen Hochschule in Prag unbefriedigt bleiben. Das Gesetz stellt eine der traurigsten Irrungen dar, die der Nationalitätenkampf des Tschechentums gegen das Deutschtum zeitig hat.

**Tschechien:** Mitte Dezember tagte die Deutsche Freiheitspartei in Aussig, 1921 die Deutsche Sozialdemokratie Tschechiens in Tetschen. Auf dem Parteitag der *Demokraten*, der kleinsten der im Parlamentarischen Verband zusammengeschlossenen deutschbürgerlichen Parteien des tschechischen Parlaments, sprach ihr Führer, Kafka, gegen jede Katastrophenpolitik, gegen die sogenannte große Abstinenz vom parlamentarischen Leben, die er ohne Beteiligung der Sozialdemokratie und der gesamten Bevölkerung für wirkungslos erklärte, und gegen die politisch wertlose Idee einer deutschen Einheitspartei. Er sprach sich entschieden gegen jede Wiederaufrichtung der Habsburgischen Herrschaft über ein deutsches Gebiet aus, lehnte jedoch eine Einmischung in ungarische Angelegenheiten ab und tadelte die tschechische Politik wegen ihrer Haltung zum Karlputsch. In einer Resolution erklärten sich die Demokraten für die Herstellung einer parlamentarischen Einheitsfront aller deutschen Parteien. Bekanntlich hat die Deutsche Sozialdemokratie Tschechiens die Teilnahme daran bisher strikt abgelehnt, diese Ablehnung übrigens auf dem Tetschener Parteitag ausdrücklich und deutlich erneuert. Nichtsdestoweniger ist die Frage Gegenstand eifriger Diskussionen in den deutschbürgerlichen Parteien und der Presse. Angesichts der ablehnenden Haltung der Deutschen Sozialdemokratie Tschechiens haben diese Erörterungen freilich zurzeit lediglich einen theoretischen Wert. In einer Polemik ge-

gen die Bemühungen der Deutschdemokraten um die Einheitsfront verteidigt das Prager Tagblatt in sehr verständiger Weise die deutsche politische Strategie des getrennten Marschierens und getrennten Schlagens. »Eine geschlossene deutsche Einheitsfront«, schrieb es am 13. Dezember 1921, »wäre wohl eine nachdrückliche Opposition, aber mit der Opposition allein kann man keine Rettungsaktion ins Werk setzen. Der verfahrenre Staatskarren kann nur mit vereinten Kräften gehoben werden, und so scheint uns die bessere politische Zukunft der Tschechen wie der Deutschen in der Zusammenarbeit, in der Koalition beider nationalen Lager, nicht aber in der Koalition der Parteien innerhalb jedes der nationalen Lager zu liegen. Dieser Gedanke mag vielleicht einer spätern Zukunft gehören, ihm aber schon heute den richtigen Weg zu bahnen und erfolglose Pfadfinderarbeit zu unterlassen ist schon ein Gebot dieser Stunde. Wer die Zeichen der Zeit auch in diesem der Zeit sonst abgewandten Staate verfolgt, wird vielleicht erkennen, daß die Beilegung des nationalen Krieges nicht die Politik sondern die unerbittlichen Naturgesetze des Wirtschaftslebens diktieren werden. Dieses Diktat wird, so ist zu hoffen, in einen Sieg des deutschen Rechts über die Gewalt des gegnerischen Lagers münden.«

Der sozialdemokratische Parteitag führte die deutschen Sozialdemokraten Tschechiens zum drittenmal zusammen. Auf dem vorigen Parteitag in Karlsbad hatte Seliger, dem in Tetschen Worte warmen Gedenkens gewidmet wurden, durch den Einsatz seiner ganzen Persönlichkeit und mit dem Aufwand seiner letzten Kraft die Einheit der Partei gegen kommunistische Spaltungsversuche noch einmal gerettet. Kurze Zeit nach seinem Tod erfolgte die Spaltung. Sie führte zu den unheilvollen Wirkungen, die mit jeder Zersplitterung des Proletariats verbunden sind. Im Parlament splitterten sich nur 3 Parteigenossen ab und verbanden sich mit den tschechischen Kommunisten. Die Deutsche Sozialdemokratie blieb die stärkste deutsche Partei; hinter ihr standen die großen proletarischen Massen. Sie schuf sich jetzt in dem in Prag erscheinenden Sozialdemokraten ein Zentralorgan. Seinem Programmartikel nach will es nicht neuen Haß in der Arbeiterschaft schüren sondern Versöhnung und Zusammenarbeit im Klassenkampf anstreben. Nach Seligers Worten müsse aber zunächst die Befreiung der Nation

von der nationalen Fremdherrschaft erreicht sein, bevor das Proletariat dazu schreiten könne die Demokratie zu erkämpfen und die Sozialisierung durchzusetzen. Auf diesen Ton waren auch die Ausführungen des in Tetschen mit dem Hauptreferat betrauten Genossen Czech gestimmt. Er erinnerte daran, daß der verstorbene Seliger die Geschäftsordnung des tschechischen Parlaments den Strick um den Hals der deutschen Abgeordneten genannt hatte, wandte sich gegen die Verballhornung des demokratischen Systems durch den von den Führern der regierenden Koalitionsparteien gebildeten Fünferausschuß und bekämpfte insbesondere die Außenpolitik, das System der Friedensverträge und der Allianzen. Er wies auf die gemeinsame Kundgebung des deutschen, österreichischen und tschechischen Proletariats gegen Reaktion und Militarismus anlässlich des Putsches in Ungarn hin, verwahrte sich aber gegen die verleumderische Behauptung, die Sozialdemokratie habe zum Krieg gegen Ungarn gehetzt; angesichts des Verhaltens der Deutschbürgerlichen gegenüber den Habsburgern und dem Kapitalismus lehnte er die Idee der deutschen Einheitsfront ab, polemisierte jedoch gleichzeitig stark gegen die tschechischen Sozialdemokraten. Statt in einer sozialistischen oppositionellen Einheitsfront zusammen mit der deutschen Sozialdemokratie den Kampf gegen die Reaktion zu führen, ein für das internationale Proletariat wohlliches Staatswesen aufzurichten, den Nationalismus abzubauen und die Bahn für den Sozialismus freizumachen, lüden die tschechischen Sozialisten durch ihre Koalitionspolitik eine schwere Schuld auf sich und unterstützten das Bürgertum in der Bemäntelung der chronischen Krise, in der sich der Staat befindet. Trotz dieser scharfen Stellungnahme gegen die tschechischen Sozialdemokraten hält doch die Deutsche Sozialdemokratie Tschechiens die Einigung des Proletariats für aussichtsreicher als jene deutsche Einheitsfront. In ihrer Deklaration heißt es darüber: »Ist auch derzeit eine engere organisatorische Gemeinschaft mit der tschechischen Sozialdemokratie und mit der kommunistischen Partei nicht möglich, so ist es doch . . . dringend notwendig unverdrossen für die Schaffung der internationalen Einheitsfront zu wirken, die eifrigen Bemühungen organisatorische Einrichtungen zu schaffen, die alle im Proletariat wirkenden, auf dem Boden

des Klassenkampfes stehenden Kräfte zu gemeinsamen Kämpfen und Aktionen zusammenfassen sollen, fortzusetzen. Eine solche Einrichtung ist der vom Karlsbader Parteitag beschlossene Proletariertag, zu dessen Konstituierung wir das gesamte klassenbewußte Proletariat aller Nationen hiermit einladen.«

Von tschechischer Seite wurde das Ergebnis des Parteitags eifrig kommentiert. Der tschechische Genosse Joseph Stivin verwahrte sich vor allem gegen einen mechanischen Vergleich des Schicksals der deutschen Minorität in Tschechien mit der einstigen Stellung der Tschechen in Österreich. Dort habe die ganze tschechische Nation den nationalen Kampf ausfechten müssen, während in Tschechien nur ein Bruchteil der deutschen Nation lebe. Er wies ferner darauf hin, daß die Tschechen der alten Internationale, die Deutschen der Wiener Arbeitsgemeinschaft angehören. Dem ist entgegenzuhalten, daß dieser Gegensatz fortfiel, sobald durch eine gesunde Nationalitätenpolitik der tschechischen Sozialdemokratie der Streitpunkt der nationalen Frage zwischen den sozialistischen Parteien ausgeschaltet wäre; eine Verständigung in diesen Dingen würde die volle Gemeinsamkeit praktisch politischer Arbeit mit sich bringen.

#### Totenliste

Der frühere Präsident des im Frühjahr 1918 aufgelösten Deutschamerikanischen

Nationalbunds *Johannes Hexamer* ist in Philadelphia gestorben. Er wurde dort im Jahr 1862 geboren; sein Vater, ein Achtundvierziger, der nach Amerika ausgewandert war, hatte sich am Krieg gegen die Südstaaten und die Sklaverei beteiligt. Der jüngere Hexamer hatte selbst ein tiefes Interesse für deutsch-amerikanische Geschichte. Im Jahr 1897 gründete er den umfassenden Bund der Deutschamerikaner, dessen Organisator und Leiter er wurde.

Der ehemalige Generaloberst *Hans von Beseler* starb am 20. Dezember 1921 in Neubabelsberg bei Berlin im Alter von 71 Jahren. 3 Jahre lang während des Krieges stand er in Warschau auf dem Posten des Generalgouverneurs der besetzten Gebiete im Osten. Mit auf seine Initiative ist die Proklamierung der polnischen Selbständigkeit und damit die Einleitung der Ostpolitik zurückzuführen, für die sich heute die um Bethmann Hollweg und die um Ludendorff gegenseitig die Verantwortung zuschieben möchten. Beseler erstrebte die Erhebung

Polens zum selbständigen Staat hauptsächlich aus dem Wunsch einer polnischen Waffenhilfe für Deutschland heraus. Auch dieser Mann, der den Durchschnitt der deutschen Militärs an politischem Verständnis überragte, konnte sich also kein klares Bild von den Strömungen und Empfindungen im polnischen Volk machen, die für seine Ziele allein ausschlaggebend sein mußten. Sein Glaube, daß die Polen nach 2jährigem Krieg und einer 1jährigen Okkupation, die die Bevölkerung durch "kriegsnotwendige" Maßnahmen seelisch und körperlich zerrüttet hatte, den Deutschen freiwillig bewaffnete Hilfe leisten würden, kann nur als naiv bezeichnet werden. Der General, der selbst ein untadeliger Charakter war und aufrichtig eine deutsch-polnische Verständigung herbeisehnte, konnte sein Ziel unter keinen Umständen erreichen, und zwar nicht allein, weil ihm die politischen Gaben dazu fehlten, sondern vor allem, weil im Rahmen des Kriegsgeschehens die Aufgabe an sich unlösbar war. Wie die Nachrufe in der polnischen Presse beweisen, war sein Name auch in Polen geachtet, aber er hatte das tragische Geschick, daß er einem Regime diente, das für die wahrscheinlich noch auf lange Zeit hinaus fühlbare Verschärfung der deutsch-polnischen Beziehungen verantwortlich zu machen ist.

Am 13. November starb *Ignaz Goldziher*, der Altmeister der Islamforschung, in Budapest (siehe auch die Rundschau Religionswissenschaft, in diesem Band, Seite 62). Goldziher wurde am 22. Juni 1850 zu Stuhlweißenburg geboren, promovierte bei dem Arabisten L. H. Fleischer in Leipzig, habilitierte sich an der Ofener Universität und unternahm dann eine Studienfahrt nach Syrien, Palästina und Ägypten. Nach seiner Heimkehr schrieb er, Jahre hindurch unter schweren äußeren und inneren Nöten leidend, zahlreiche Werke. Die wichtigsten darunter sind die Mohammedanischen Studien, die Vorlesungen über den Islam und die Richtungen der islamischen Koranauslegung. Trotz allen ehrenden Berufungen, die er erhielt (nach Oxford, Straßburg, Moskau usw.), ließ er sich nicht bewegen Ungarn zu verlassen, wo er erst 1894 zum außerordentlichen Professor an der Budapester Universität ernannt wurde.

In Berlin, wo er sich vorübergehend aufhielt, ist am 7. Dezember der Zionistenführer *Abraham Idelsohn* einer Herzkrankheit erlegen. Der Verstorbene war



langjähriger Redakteur des russischen Zionistenorgans *Rasswjet*, später des offiziellen hebräischen Organs der zionistischen Weltorganisation *Haolam*. Er gehörte auch dem *Comité des délégations juives* in Paris an.

Am 25. Dezember starb *Wladimir Korolenko*, der große russische Dichter, 68 Jahre alt, in *Poltawa*. Er war in *Wolhynien* geboren. In seinen Dichtungen der Frühzeit schilderte er die Seele des kleinrussischen Volkes und die heimische Landschaft. Seine sehr aufschlußreiche Autobiographie, ein Dokument von größter Bedeutung, hat Rosa Luxemburg ins Deutsche übertragen (Die *Geschichte meines Zeitgenossen* /Berlin, Paul Cassirer/).

**Kurze Chronik** Die Volksabstimmung in *Odenburg* hat eine Mehrheit zugunsten Ungarns ergeben, das das Gebiet am 1. Januar 1922 übernahm. Die österreichische Regierung wie die gesamte österreichische Öffentlichkeit erhoben die heftigsten Beschwerden über die Benachteiligung der deutschgesinnten Bevölkerung bei diesem Plebiszit.  $\diamond$  Die Zahl der *Gälen*, der keltischsprechenden Bewohner des schottischen Hochlands, die 1883 noch auf 300 000 geschätzt wurde, ist nach der englischen Volkszählung von 1921 auf rund 10 000 zusammengeschmolzen. Demnach hat es den Anschein, als ob der gälische Zweig des keltischen Sprachstamms dem Erlöschen nahe ist.  $\diamond$  Die Zahl der *Juden* auf der Erde beträgt jetzt etwa 15½ Millionen. In Polen und in der Ukraine wohnen gegenwärtig je 3½ Millionen *Juden*, in Rußland mit Sibirien 900 000, in den Vereinigten Staaten 3,1 Millionen, in Rumänien 650 000, in Deutschland 540 000, in Ungarn und Tschechien ebenso viele, in Großbritannien und Österreich je 300 000, in Canada, Argentinien, der Türkei und Palästina rund je 100 000.  $\diamond$  Die in New York lebenden etwa 5000 jüdischen Ärzte haben sich nach dem Besuch *Weizmanns* und *Einsteins* zu einem Verein zur Förderung der *hebräischen Universität* in Jerusalem zusammengeschlossen; als ihre erste Aufgabe betrachten sie es eine Million Dollars für den Ausbau dieser Anstalt aufzubringen. Dem gleichen Zweck soll eine erhebliche Geldspende dienen, die *Einstein* von dem *Pittsburger Multimillionär Rosenblum* übergeben wurde.  $\diamond$  Für die Herausgabe von Büchern in *hebräischer und jiddischer Sprache* ist in Berlin ein

neues Unternehmen, der *Klalverlag*, begründet worden. Dieser Verlag will den jüdischen Lesern die wichtigsten Werke der jüdischen und der Weltliteratur, ferner Bücher wissenschaftlichen Inhalts, auch Lehrbücher, sorgfältig redigiert, in guten Ausgaben darbieten. Er verfügt über eine große jüdische Druckerei mit Handsatz und Setzmaschinen und einen, den Bedürfnissen der Neuzeit entsprechenden technischen Apparat, so daß die von ihm hergestellten Bücher auf der Höhe moderner Ausstattung gehalten werden können. Die literarische Leitung der hebräischen Abteilung hat *Schaje Hurwitz*, die der jiddischen *Isidor Eljaschow*.  $\diamond$  Der *polnische Sejm* setzt sich zurzeit aus 408 Mitgliedern zusammen, von denen 85 der stärksten Gruppe, der *Polnischen Volkspartei*, 75 den *Nationaldemokraten*, je 28 dem *Christlichnationalen Arbeiterverband* und der *Nationalen Arbeiterpartei* und 25 der *Christlichnationalen Volkspartei* angehören. Die *Juden* haben 10, die *Deutschen* 8 Sitze inne. Im ganzen verteilen sich die Abgeordneten auf nicht weniger als 16 Parteien.  $\diamond$  Die Volkszählung in *Südslawien* stellte 11 590 000 Einwohner fest, darunter 500 000 *Deutsche* und 16 500 unbestimmter Nationalität.  $\diamond$  Die *lettische* Konstituante in *Riga* beschloß mit allen gegen die Stimmen der *Deutschen* Fraktion am 22. Juni 1921, am Jahrestag der Schlacht von *Wenden*, in der das junge lettische Heer die Landeswehr des Adels und die Armee des Generals von der *Goltz* besiegte, diesen Tag zum *Nationalfeiertag* zu erklären.  $\diamond$  Auf dem in Paris abgehaltenen *Negerkongreß* wurde die Frage des sogenannten *Schwarzen Zionismus* aufgeworfen, die Lehre, die den *Negern* Amerikas eine Rückkehr in die afrikanische Heimat empfiehlt, um dort ein schwarzes Imperium aufzurichten. Die Mehrheit des Kongresses wandte sich gegen diese "Politik der romantischen Schwärmerei" und trat nur für gerechten Ausgleich ein.

**Literatur:** Die deutsche Polenfreundschaft nennt *Hermann Kötzschke* ein Buch /Berlin, Neues Vaterland/, in dem er den Beziehungen zwischen Deutschland und Polen in der Vergangenheit nachgeht und nachzuweisen bemüht ist, daß das Verhältnis zwischen beiden Ländern in der Regel freundschaftlich gewesen sei. Er trägt eine Menge Beweise für seine Anschauung zusammen. Seine Absicht zur deutsch-polnischen Versöhnung

beizutragen ist gewiß dankenswert; daß das Buch, das aus einer liberal-pazifistischen Gesinnung heraus geschrieben ist, sie wesentlich fördern wird, ist aber kaum anzunehmen. ◊ In den Finanz- und Volkswirtschaftlichen Zeitfragen /Stuttgart, Ferdinand Enke/ behandelt Alexander Szana die neuen Wirtschaftsprobleme der Donau. Er schildert den Kampf Englands und Frankreichs um die Donau, der nicht nur um die Vormachtsstellung und die politische und wirtschaftliche Macht auf dem Fluß sondern auch um die über die Uferstaaten geht. England habe bereits durch die geschäftlichen Transaktionen des englischen Kapitals das Übergewicht im gesamten Donauverkehr bekommen; um auch an den einzelnen Staaten einen Rückhalt zu gewinnen, suche es jetzt in diesen Ländern nach Mitteln, den Donauverkehr und seine eigene Machtstellung zu fördern. Die Maßnahmen, die es dabei ergreift, beschreibt Szana im Zusammenhang mit den Donau-Problemen in den verschiedenen Staaten, durch die der Lauf des Stroms geht. ◊ Vorsichtig benutzt kann das Buch Der tschechoslowakische Staat und die Deutschen /München, Dreimaskenverlag/ den Leser manches Problem der tschechischen Politik verstehen lehren. Die Tendenz ist freilich alles andere als erfreulich. Der Senator Franz Jesser verwarnt sich zwar, und ganz mit Recht, in seinem Aufsatz Die Tendenz der tschechischen Politik dagegen, daß von den tschechischen Deutschen der unbedingte Verzicht auf den Anschluß an Deutschland verlangt werde, mit der, freilich schon recht bedenklichen, Begründung, daß jene »im Deutschen Reich einen höhern Typus der Kultur schätzen«; aber er bezeichnet sehr abwegig den deutschen Nationalstaat aus nationalen und kulturellen Gründen so lange »als eine politische Lebensnotwendigkeit, solange ein anderes Ideal, das wir stets vertreten haben, den Widerstand der großen Weststaaten und deren kleineren Verbündeten findet: das Ideal der mitteleuropäischen Konföderation selbständiger, aber verbundener Staaten«. Hier taucht, wie schon in der Kriegsliteratur Naumannsches Angedenkens, die enge Mitteleuropavorstellung auf, um dem kontinentaleuropäischen Gedanken im Weg zu stehen. Die besten Abschnitte enthält der Aufsatz Wilhelm Medingers, der sich mit der innern Politik, den Parteien, der Sprachenfrage und dem Agrarprogramm befaßt.

## WISSENSCHAFT

Biologie / Walter Zimmermann

### Weltbild

Wer seinen Blick in das Getriebe der Lebensforschung senkt, um hier Arbeitsrichtung und -ergebnis der Jetztzeit mit der wissenschaftlichen Tätigkeit etwa eines Lebensalters zuvor zu vergleichen, der wird fühlen, daß jetzt neben dem Fortgang wissenschaftlicher Einzelforschung der Drang nach weit-ausholender einheitlicher Zusammenfassung wieder stärker wird. Am Ausgang des 19. Jahrhunderts stand die Biologie unter dem Bann von Großtaten auf dem Gebiet der Tatsachenforschung. So hatten Hertwig und Strasburger, die die Entwicklungs- und Befruchtungsgeschehnisse auf das Zellgetriebe zurückführten, sowie Pfeffers physiologische Untersuchungen den biologischen Disziplinen ein ungeheures Arbeitsfeld eröffnet. Und noch an der Schwelle des 20. Jahrhunderts wurde eine ganz neue Wissenschaft, die Vererbungsforschung, geboren. Und heute? Viel fleißige und wertvolle Kleinarbeit, die die früheren Ergebnisse ausbaut. Die Biologie hat schon einmal eine ähnliche Zeit durchgemacht: um die Wende des 18. zum 19. Jahrhundert, als die Linnésche Systematik der Forschung das Ziel vorschrieb in mühseliger Kleinarbeit möglichst viele neue Formen zu entdecken und zu beschreiben. Und so ist es nicht erstaunlich, daß auch heute, gerade wie in jener Zeit, die Biologie sich mehr der Philosophie zuwendet, um hier ein Gegengewicht gegen die erdrückende Fülle von Einzelergebnissen zu gewinnen. Und heute wie damals besteht die gleiche doppelte Gefahr: Entweder es erzeugt der Drang nach einem einheitlichen Weltbild eine "Naturphilosophie", die die Tatsachen verbiegt, oder es entsteht ein Materialismus ohne erkenntniskritische Basis. Wissenschaftliche Außenseiter wagen die kühne Tat: die Gesamtheit unseres Wissens in Einklang mit einer philosophisch durchdachten Weltanschauung zu bringen. So läßt Raoul H. Francé zurzeit ein Lieferungswerk erscheinen, das er Bios: Die Gesetze der Welt benennt /München, Hanfstaengl/. Mit lebendiger Anschaulichkeit ist in diesem Lebenswerk Francés das Problem des Weltbilds dargelegt, auch der oben erwähnten Gefahren gedacht, und gerade bei der historischen Einleitung bewährt sich die Schilderungsbegabung des Verfassers. Objektive Philosophie nennt Francé

seine Weltanschauung. Ihr Ziel ist die Verschmelzung der »erkenntniskritischen Selbstbesinnung Kants« (das heißt der Erkenntnis, daß Raum und Zeit nicht objektive Tatsachen sondern menschliche Anschauungsformen sind) mit den wissenschaftlich erkannten "realen" Gesetzen. Und die Lösung dieses hehren Ziels? An sich recht interessante, aber nur lose mit einander verknüpfte Tatsachen und kühne Hypothesen, die aus ziemlich bedenklichen Analogien eine gesetzmäßige innere Übereinstimmung der organischen und der anorganischen Welt konstruieren, dazu meist recht hübsche, zum Teil farbige Abbildungen: das ist der Gesamteindruck der vorliegenden 1. Lieferung. Im übrigen gilt das Urteil, das in dieser Rundschau (1921 II, Seite 1073) über Francé Zoosis ausgesprochen wurde, in der Hauptsache auch für das vorliegende Werk. Immerhin, wem es Freude macht an der Hand eines beredten Führers durch die ganze Welt zu spazieren und dabei viel Wertvolles und Anregendes kennen zu lernen, der wird vom Lesen dieses Buches befriedigt sein. Ein abschließendes Urteil sei aufgespart, bis das Werk vollendet vorliegt. Das gleiche Ziel wie Francé schwelbt *J. von Uexküll* vor, der als Haupt der Bayreuther Biologen durch Adolf Koelsch in seinem Artikel Bayreuther Biologie (in den Sozialistischen Monatsheften, 1918 II, Seite 748 ff.) geschildert wurde. Theoretische Biologie nennt er ein Werk /Berlin, Gebrüder Paetel/. Uexküll, der ebenfalls aus dem Kantischen Idealismus sein Weltbild entwickelt, schürft tiefer als Francé und verlangt deshalb mehr von seinen Lesern, mindestens ein gründliches Studium Kants und der modernen psychologischen Grundbegriffe. Kants Anschauungsformen, Raum und Zeit, werden auf Grund der neuern psychologischen Analyse in Moment-, Lokal- und Richtungszeichen zerlegt. In diesem Abschnitt liegt, trotz einzelnen und recht bedenklichen Entgleisungen, ein wirklicher Wert des Buches. Auch die Untersuchung über die Inhaltsqualitäten unserer Anschauung, zum Beispiel über den Farbensinn, birgt manche psychologisch feine Beobachtung. Aber völlig unhaltbar ist Uexkülls Versuch aus diesen Formen, die wir in der menschlichen Seele (nach Uexküll im »Gemüt«) auffinden, auch den Anschauungsinhalt selbst, nämlich die Welt und insbesondere die Organismenwelt mit ihren Gesetzen zu verstehen. Dies Versagen ist wohl schon in seiner sehr wenig objektiven Darstellung

alles Tatsächlichen begründet; so dient immer noch ein Zerrbild des Darwinismus als Zielscheibe für Uexkülls Angriffe auf jede naturwissenschaftliche Deszendenzlehre. Und wo bleibt eine Auseinandersetzung mit dem Begriff der Gesetzmäßigkeit? Steckt sie verhüllt in der ablehnenden Handbewegung, mit der Physik und Chemie aus dem Reich der Biologie verbannt werden? Oder hält Uexküll die kausalen Denkformen nicht für ebensosehr im »Gemüt« verankert wie die Anschauungsformen und ebensosehr wie diese am Weltbild beteiligt? Freilich, eine gründliche Auseinandersetzung mit diesen Fragen hätte es dem Verfasser wohl unmöglich gemacht die Tatsache, daß das Wasser im Winter als Schneeflocke und nicht »in Form von Eiszapfen wie Fliegerpfeile auf uns niederstürzt« als Zeichen für die Planmäßigkeit der Welt umzudeuten.

Symbiose von Feindlich oder höchstens  
Pflanze und gleichgültig stehen sich Tier  
Tier und Pflanze gegenüber: das

war bis vor einem Menschenalter die wissenschaftliche Ansicht. Man glaubte, die unmittelbaren Beziehungen zwischen beiden Reichen seien durch die pflanzenfressenden Tiere, ein paar fleischfressende Pflanzen und die parasitierenden pflanzlichen Krankheitserreger, zum Beispiel die Bakterien, vollständig umschrieben. Seit etwa 40 Jahren fand man jedoch immer häufiger Fälle von Symbiose, das heißt von einem engen Zusammenleben zwischen Tier und Pflanze ohne gegenseitige Schädigung, ja sogar mit gegenseitigem Nutzen. Der Münchener Zoologe *Paul Buchner* bringt uns die heutigen Kenntnisse hierüber in seinem Buch Tier und Pflanze in intrazellulärer Symbiose /Berlin, Borntraeger/. Im allgemeinen scheint nach Buchner das Verhältnis zwischen Tier und Pflanze demjenigen eines Gemüsebau treibenden Menschen zu seinen Pflanzungen zu ähneln. Das Tier (der "Wirt") verschafft den Pflanzen (seinen "Gästen") Nahrung, die oft in Abfallstoffen des tierischen Körpers besteht, oder es begibt sich, wie unser grüner Süßwasserpolyp, ans Licht, um dort die grünen Algeninsassen aus Wasser und Kohlensäure organische Nahrung aufbauen zu lassen. Auch für Vermehrung seiner Gäste sorgt es in manchen Fällen. Und der Gegendienst der Pflanze? Die grünen und braunen einzelligen Algen, die in Wassertieren leben, geben einen Teil ihrer selbst-erzeugten Nahrung an ihren Wirt ab oder werden sogar von diesem gelegent-

lich ganz verspeist. Auch die Sauerstoff-erzeugung der Alge ist für das Wirtstier sicherlich von nicht geringem Vorteil. Wirkliche Gemüsezüchter sind manche Termiten- und Ameisenarten, die auf gekauten Blättern in ihren Bauten Pilze ziehen. Diese bringen hier offenbar für die züchtenden Tiere die Nahrungsstoffe der Blätter in eine leichter verdauliche Form. Solches Verhalten leitet über zu den Bakterien, die zum Beispiel im Wiederkäuerdarm Zellulose in Zucker verwandeln und so zum Nutzen ihrer Wirtstiere ein Problem gelöst haben, an dem sich die menschliche Technik bislang ohne befriedigenden Erfolg mühte. In ähnlicher Weise sollen nach Buchner auch die Bakterien und Pilze wirken, die in vielen Insekten während der letzten Jahre gefunden wurden. Zwar sehen wir oft in diesen Fällen den gegenseitigen Vorteil nicht ganz klar. Aber man darf wohl dem Verfasser darin beipflichten, daß auch hier sehr wahrscheinlich echte Symbiose vorliegt. Denn gerade hier besichen besonders sorgsame Einrichtungen des Wirts für seine pflanzlichen Gäste (eigene Organe dienen zur Behausung oder sorgen für rege Sauerstoff- und Nahrungszufuhr), und namentlich gibt es komplizierte Vorkehrungen, die die Übertragung der betreffenden Pilze und Bakterien auf die Insekteneier sicherstellen.

Das Interessanteste aber ist die Leuchtsymbiose. Die Glühwürmchen und wohl auch alle anderen leuchtenden Tiere, erzeugen nämlich (wenn die neuesten Untersucher, zu denen Buchner selbst gehört, recht haben) ihr Licht nicht selbst, sondern es sind Leuchtbakterien, die man freilebend schon lange, zum Beispiel in Seewasser, an toten Fischen kannte, und die nun auch jenes geheimnisvolle Licht sowie das Meeresleuchten liefern sollen.

Die Flechten stellen bekanntlich ebenfalls eine feste Lebensgemeinschaft auf Gegenseitigkeit zwischen Pilzen und Algen dar. Über Bau und Leben dieser Pflanzen haben wir gerade jetzt aus *Wilhelm Nienburgs* Feder eine gute und übersichtliche Darstellung. Pilze und Flechten betitelt sich die kleine Schrift, die in der Teubnerschen Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* erschien. Sie bringt namentlich über die Biologie und die Entwicklungsgeschichte dieser beiden Pflanzengruppen viel Interessantes, das bisher kaum irgendwo zusammengefaßt war. Über die Beziehungen zwischen Pilzen und Algen, die sich im Flechtenkörper innigst durchdringen, sagt Nien-

burg: »Der Flechtenpilz gleicht einem klugen Herrn, der seine Sklaven, die Algen, gut füttert, damit er sie dann um so besser ausnutzen kann.« Es liegt ja auf der Hand, daß die Feststellung der Symbiosetatsachen für die Frage der Zweckmäßigkeit in der Organismenwelt eine große Bedeutung hat.

**Totenliste** In Petersburg ist am 2. April 1921 *Nikolaus Chodkowskij*, Professor am dortigen Forstinstitut, gestorben. Er ist 63 Jahre alt geworden. Sein Nachfolger wurde *M. Rimskij-Korsakow*. Am 12. Juni starb, 63 Jahre alt, *Moritz Büsgen*, Professor der Botanik an der Forstakademie in Hannoversch Münden. Er ist in weiteren Kreisen besonders durch seine klare und tief eindringende Darstellung Bau und Leben unserer Waldbäume /Jena, Gustav Fischer/ bekannt geworden, die ohne große Worte und gelehrten Ballast uns in das geheimnisvolle Weben des Waldes einführt. In Greifswald starb am 9. August der Professor der Botanik *Franz Schütt*, 62 Jahre alt. Sein Hauptforschungsgebiet waren die Hochseeeorganismen. Ende November verschied der Bonner Ordinarius der Physiologie *Max Verworn*, im Alter von 58 Jahren. Sein Name ist weit über die engeren fachwissenschaftlichen Kreise bekannt geworden durch seine *Allgemeine Physiologie* /Jena, Gustav Fischer/ und durch die Schaffung der naturphilosophischen Richtung des Konditionalismus. Seine glänzende und vielseitige Begabung schuf ihm eine begeisterte Anhängerschaft, der aber auch eine scharfe und vielfach, namentlich in philosophischen Fragen, sicher berechnete Kritik gegenüberstand.

**Kurze Chronik** Am 29. und 30. September 1921 fand in Eisenach die 3. Tagung der Deutschen Gesellschaft für angewandte Entomologie statt. Es wurde vor allem über die Aufgabe gesprochen die durch den Krieg hervorgerufenen Schädigungen (infolge ungenügender Schutzmaßnahmen, Schädlingsverschleppung usw.) zu beheben. ◊ An der Universität Dorpat wurde ein Institut für angewandte Zoologie eingerichtet; zum Direktor wurde Guido Schneider ernannt. ◊ Das österreichische Ministerium für Land- und Forstwirtschaft hat in Klosterneuburg bei Wien eine staatliche *Rebenzüchtungsstation* unter der Leitung *K. Linsbauers* ins Leben gerufen. ◊ An der Universität Upsala wird eine Forschungsstätte

für *Rassenbiologie* begründet, deren Leitung der dortige Professor Lundborg übernimmt. Ihre Aufgabe ist das Studium der Erblichkeit krankhafter Anlagen, der Mißbildungen usw. Eine anthropologische, besonders kriminalanthropologische, Abteilung soll sich angliedern, die sich mit der Bedeutung von Konstitution und Erblichkeit bei Verbrechern beschäftigt. Auch werden eine experimentellbiologische und eine pathologische Abteilung geplant und endlich eine ständige Ausstellung von erblichen Schaustücken (Ahnentafeln, Rasse-typen und ihren Kreuzungen usw.).  $\diamond$  Das Geologische Institut der Universität Tübingen hat sich in den Schichten des obern Keuper, zwischen Schweningen und Spaichingen, unter Leitung F. von Huenes mit umfangreichen Ausgrabungen von *Sauriern* beschäftigt. Es wurde eine große Menge von riesenhaften Knochenresten der 6 bis 8 Meter langen Reptilien aufgefunden, die mit ihrem sehr langen Hals und Schwanz bei kleinem Kopf, hohen Hinterbeinen und kurzen kräftigen Vorderbeinen als die Vorläufer der im Jura und in der Kreidezeit das Festland beherrschenden Megalosaurier und der Sauropoden anzusehen sind. An der gleichen Stelle machte man bereits vor Jahren ähnlich wertvolle Funde.  $\diamond$  Die Rockefellerstiftung hat dem Staat Louisiana einen 142 Quadratmeter großen *Naturschutzpark* mit verschiedenen Forschungslaboratorien geschenkt.  $\diamond$  Erfreulicherweise vernimmt man wieder von Deutschen, denen es möglich wird *Forschungsreisen* in fremde Länder anzutreten. I. A. Purpus, der Inspektor am Darmstädter Botanischen Garten, be-gibt sich nach Mexico, dessen Flora (ins-besondere Kakteen) er von früheren Reisen sehr gut kennt.  $\diamond$  In Freiburg im Breisgau besteht seit 1½ Jahren eine *Bildarchivgesellschaft* mit dem Zweck wissenschaftlich wertvolle Aufnahmen aus den verschiedensten Wissenschafts-gebieten zu sammeln und der Allgemeinheit in Lichtbildern und Papierabzügen (Bildkarten mit Text) zugänglich zu machen. Neuerdings wurden auch zahl-reiche Bilder belehrenden Inhalts ausgegeben. Näheres erfährt man durch die Zeitschrift *Das Bildarchiv /Freiburg*, Theodor Fischer/.  $\diamond$  Dem Marburger Professor *Wilhelm Harms* ist an Stelle M. Brauns das Ordinariat der Zoologie an der Universität Königsberg über-tragen worden.  $\diamond$  Als Nachfolger Pencks wurde *Alfred Merz* Direktor des Instituts und Museums für Meereskunde an der Universität Berlin.

**Literatur** Aus Natur und Technik nennt sich eine schweize-rische Sammlung /Zürich, Rascher & Co./, die nach Art der be-kannten Kosmosbändchen naturwissen-schaftliche Kenntnisse und vor allem die Lust zum Beobachten in der Natur ver-breiten will. Dankenswerterweise ist für Deutschland ein verhältnismäßig billiger Preis festgesetzt worden. In dieser Schriftenreihe läßt uns *Adolf Koelsch* in den Verwandlungen des Lebens einen Einblick in jenes Forschungsgebiet tun, das vielfach unter dem irreführenden Namen *Entwicklungsmechanik* die Frage nach den Ursachen im Organismusge-schehen lösen will. In leichtflüssiger und anschaulicher Form werden uns hier Experimente an Pflanzen und Tieren vorgeführt, die zeigen, wie der Mensch die Entwicklung dieser Organismen in andere Bahnen lenken kann, so daß zum Beispiel statt Ranken Blätter, statt Blät-ter Blüten und vieles andere mehr ent-steht. Meines Erachtens liegt der Haupt-wert dieses Büchleins in jenen Versu-chen, die uns zum Nachmachen und selb-ständigen Weiterexperimentieren heraus-fordern, weil sie so einfach und ohne komplizierte Apparate auszuführen sind. »Eine Pflanze, ein Topf mit Erde und eine Fragestellung gehören dazu«, sagte einmal der Botaniker Goebel. Und diese Fragestellung und ihre Beantwortung führt uns dann auch an unscheinbaren Versuchen zu letzten Problemen der Bio-logie, zur Frage nach dem "Wesen" des Lebens, zu Problemen, denen der Ver-fasser entsprechend seiner hier schon wiederholt von ihm selbst wiedergegebenen Anschauung von der Beseeltheit der Lebensvorgänge näherzukommen sucht.  $\diamond$  In einem weiteren Heft der genann-ten Volksbücherei: *Erlebnisse mit In-sekten*, gibt uns *Robert Stäger* beschau-liche Schilderungen aus dem Ameisen-leben, von Mutter- und Haushaltssorgen bei anderen Insekten, von Kampf und Akrobatenkünsten und manchem andern.  $\diamond$  Sterbende Sitten nennt sich ein Heft der gleichen Sammlung, das ausgewählte Kapitel aus einer Reisebeschreibung A. W. Grubes wiedergibt, der nun längst verstorben ist. Leben und Kastenwesen der Inder, Sitten und Gebräuche bei In-dianern und Beduinen kommen uns hier näher. Es schadet nichts, daß manche Schilderung für unsere Zeit vielleicht nicht mehr ganz zutrifft. Gerade die Be-schreibung der ursprünglichen, von der sogenannten europäischen Kultur noch weniger berührten Sitten muß naturge-mäß besonders fesseln.

## Geschichte / Walther Koch

Unterricht Der 1. sozialdemokratische Kulturtag in Dresden verhandelte auch über die wichtige, bisher nur wenig geklärte Frage des neuen Geschichtsunterrichts. Die beiden Hauptreferate; Geschichtsauffassung und Geschichtsdarstellung und Die Neugestaltung des Geschichtsunterrichts, hielten Ludo Hartmann und Nikolaus Henningsen. Die Vorträge wurden zusammen mit dem Bericht über die anschließende Diskussion vom Hauptvorstand der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer herausgegeben (Der neue Geschichtsunterricht / Berlin, Buchhandlung Vorwärts/). Es handelt sich dabei vor allem um das Problem der so vielfach mißverstandenen materialistischen Geschichtsauffassung.

Hartmann erhebt die Forderung induktive Soziologie als Hilfswissenschaft der Geschichte zu verwenden. Das Gesellschaftliche als Substanz der Geschichte sei durch den Produktionsprozeß in weiterem Sinn bestimmt, das heißt durch die Beziehungen der Menschen unter einander, die durch ihre Beziehungen zur Natur gegeben sind. Aus dem Produktionsprozeß innerhalb des Staats entwickeln sich dann Klassen und Klassenkämpfe. Der Nachdruck ist also auf die *gesellschaftlichen Verknüpfungen* zu legen. Schwierig bleibt die Auswahl des Stoffs. Als methodisches Hilfsmittel erkennt Hartmann das Prinzip an vom engern zum weitem Kreis vorzuschreiten. Vor allem seien aber die welt-historischen Zusammenhänge zu berücksichtigen. Unsere Geschichtsbücher entsprechen nicht mehr der gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklung sondern spiegeln eine frühere Stufe des staatlichen Lebens wider. »Für die Schulbücher war der moderne Staat immer noch der Staat des Merkantilismus, der absolute Staat. Wie im absoluten Staat, so steht noch die Persönlichkeit des Herrschers im Mittelpunkt der Darstellung. So sind noch heute die zur Zeit des Merkantilismus verständlichen Ideen der Machtanbetung und der imperialistischen Politik die Grundlage der Schulbücher.« Verwirft Hartmann jede imperialistische Tendenz im Geschichtsunterricht, so wendet er sich doch berechtigterweise auch gegen das Umschlagen in das Gegenteil. Man müsse wohl eine bestimmte Auswahl des Stoffs als das Gerüst des Geschichtsunterrichts (worin

sich natürlich auch bereits bestimmte Strebungen und geschichtliche Notwendigkeiten kundgeben), dürfe aber niemals Werturteile vorschreiben. Ohnedies blieben Werturteile stets relativ: worüber sich selbstverständlich streiten läßt. Als Ergebnis seiner Auffassung will Hartmann den Rankeschen Satz »Wir wollen darstellen, wie es eigentlich gewesen ist« in die Formel umbilden: Wir wollen darstellen, wie es eigentlich geworden ist. Während Hartmann mehr von der Geschichtswissenschaft ausgeht, und seine Auffassung des Geschichtsunterrichts sich nur als Konsequenz seines geschichtswissenschaftlichen Standpunkts herausbildet, beschäftigt sich Henningsen mehr mit der praktischen Frage der Neugestaltung des Geschichtsunterrichts. Er tritt mit Entschiedenheit dafür ein das Prinzip des *Arbeitsunterrichts* auch für die Geschichte durchzuführen. Man müsse also stets vom Naheliegenden, von den Fragen ausgehen, die das Kind selbst stelle, und es aus ihnen, aus den materiellen Bedingungen heraus die geistige und soziale Welt aufbauen lassen. Henningsen gibt dabei einige sehr wertvolle praktische Beispiele, die zeigen sollen, wie gerade der Arbeitsprozeß im täglichen Leben des Kindes es zum Verständnis des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses erziehen könne. Mit Recht fragt er zunächst einmal, ob das Kind seiner Natur nach überhaupt fähig sei politische Geschichte zu begreifen. Er fordert, daß seine Wachstumsgesetze auch im Unterricht berücksichtigt werden. Den Kindern könne volles Verständnis für die Produktionsgemeinschaft, in der sie stehen, nicht aus rein theoretisch geistiger Belehrung, vielmehr nur durch ihre eigene tägliche Zusammenarbeit erwachsen. Werkstatt, Gartenarbeit, Nähstube werden so zur Quelle sozialistischer Schulung. Am Beispiel des Webstuhls, dessen Entwicklung im Museum beobachtet werden kann, sei das Prinzip der selbsttätigen Erkenntnis klarzulegen. So käme der Lehrer schließlich dahin kultur- und sozialgeschichtliche Querschnitte zu geben. Etwa so: »Mittelalterliche Stadt mit kaufmännischem und gewerblichem Leben. Meister, Gesell und Lehrling in der Zunftzeit. Die Erfindungen der Nähmaschine und andere Erfindungen.« Dankenswert ist, daß Henningsen eine fortlaufende Linie der geschichtlich-soziologischen Bildung über die eigentliche Schule hinaus, über die Fortbildungsschule bis hin zur Volks-

hochschule zieht. »In den Arbeitsgemeinschaften der Volkshochschule, in denen als Leiter wirkliche Lehrer sind, das heißt Männer, die die Grundsätze der Arbeitsschule lebendig zu machen vermögen, werden Themen wie Die deutsche Revolution von 1848, Deutsche Geschichte seit Bismarck, Lassalle und seine Zeit von Jugendlichen und Älteren durchgearbeitet, und nach den Berichten von Kursleitern und -teilnehmern weckt die gemeinsame Arbeit hohe Befriedigung und ist von echter Wissenschaft durchdrungen.« Wenn so das Arbeitsprinzip durchgeführt wird, kann man natürlich mit den Lehrbüchern der frühern Art nur noch wenig anfangen. Henningsen schlägt vor statt dessen die Schulbüchereien reich mit Heimatbüchern, Chroniken, völkerkundlichen Werken und Schilderungen, auch mit Romanen aus allen Phasen der Vergangenheit auszustatten. In seinem Schlußwort fordert er dafür noch einmal mit allem Nachdruck mindestens ein großes bodenständiges Werk für jedes einzelne Gebiet: für Sage, Geschichte, Volkslied. In der Diskussion wurden dann einzelne wichtige Fragen erörtert. Siegfried Kawerau machte folgende, stark liberalisierende Ausführungen: »Ich denke beispielsweise so: Man müßte die älteren unter den jungen Menschen in die Problematik der Reformationsgeschichte so einführen, daß man ihnen diese vom Standpunkt katholisch klerikaler, orthodox evangelischer Weltanschauung, vom Standpunkt Rankes, Lamprechts, Kautskys aus schilderte, daß man ihnen zeigte, wie verschieden man die Dinge ansehen kann, wie jeder sich selber ein eigenes Urteil bilden muß.« Hildegard Wegscheider-Ziegler wies demgegenüber auf die Gefahr hin einen relativistischen Eklektizismus zu züchten. Der Schüler will schließlich doch nicht wissen, was Ranke, Lamprecht und Kautsky von einer Sache gedacht haben, sondern was der Lehrer selbst davon hält, und wie es nun eigentlich damit steht. Verhängnisvoll wäre es in die Naivetät des Kindes unfruchtbare Problematisierung einzutragen; aus Angst vor dem Dogma darf man nicht in den entgegen gesetzten Fehler verfallen und jeden Maßstab ablehnen. Doch bevor die geschichtsphilosophische Frage nach den absoluten Werten und nach der geschichtlichen Entwicklung geklärt ist, ist auch nicht erstlich an eine theoretische Grundlegung des Geschichtsunterrichts zu denken. Es bleibt vorläufig nichts übrig

als sich in der Praxis selbst vorzutasten. Eine gewisse Erleichterung bieten die Geschichtstabellen, die man an Stelle der jetzt unbrauchbar gewordenen Geschichtslehrbücher benutzen kann. Wegscheider-Ziegler lehnt es allerdings energisch ab sie offiziell einzuführen. Sie mögen, meint sie, dem als Hilfsmittel dienen, der sie benutzen will. Dagegen legt sie den größten Wert auf die Benutzung der Quellenwerke.

Auch auf dem 1. sozialdemokratischen Kulturtag hat also die Frage der zukünftigen Gestaltung des Geschichtsunterrichts noch keine Lösung gefunden. Ein Schritt vorwärts ist praktisch mit den von Siegfried Kawerau unter Mitarbeit von Fritz Ausländer, Heinrich Reintjes und Fritz Wuessing herausgegebenen Synoptischen Tabellen für den geschichtlichen Arbeitsunterricht vom Ausgang des Mittelalters bis zur Gegenwart /Berlin, Franz Schneider/ getan. Die Idee zur Abfassung solcher *Geschichtstabellen* tauchte schon im Jahr 1919 auf. Damals berief der Bearbeiter dieser Rundschau als Mitarbeiter der Pädagogischen Abteilung der Deutschen Liga für Völkerbund eine Kommission zur Reform der Geschichtsbücher, die nach eingehender Aussprache dem Kultusministerium empfahl die alten Geschichtsbücher abzuschaffen und sie vorläufig durch vergleichende, sozialgeschichtlich aufgebaute Geschichtstabellen zu ersetzen. Diese Tabellen sollten ein Hilfsmittel für den Arbeitsunterricht darstellen, das die früheren Lehrbücher nicht bieten konnten. Der Stoff sollte hier nicht fertig bearbeitet gegeben, vielmehr sollten nur die Bausteine geliefert werden, damit Lehrer und Schüler gemeinsam ein lebendiges Bild der Vergangenheit zusammentragen könnten. Das Tabellenbuch soll also gleichsam der Steinbruch sein, aus dem man sich selbst nach Herzenslust Steine zu selbständiger Bauarbeit herausbrechen kann. Vor allem soll hier ein erster Versuch gemacht werden Wirtschaft, soziale Zustände, geistiges Leben, innerstaatliche Organisation und auswärtige Politik neben einander zu setzen. Dadurch ist dem Benutzenden volle Freiheit gelassen, ob er die verschiedenen Entwicklungen parallel neben einander laufend betrachten, sie als gleichberechtigte Faktoren des Gesamtgeschehens behandeln oder die eine Entwicklungsreihe je nach Einsicht und Auffassung auf die andere zurückführen will. Daß der Herausgeber die wirtschaftliche Entwicklungsreihe

in den Geschichtstabellen voranstellt, dürfte darauf hindeuten, daß er persönlich der ökonomischen Geschichtsauffassung huldigt. Besondern Wert legt das Buch auch auf die vergleichende Betrachtung der verschiedenen Länder. Alles in allem wird es eine Fundgrube der Erkenntnis für jeden sein, der entwicklungsgeschichtlich denkt. Es ist ihm weite Verbreitung zu wünschen.

**Deutschland:** Einen Versuch sehr eigener Neueste Geschichte

Art die Geschichte Deutschlands im letzten Jahrhundert von höherer Warte aus darzustellen macht *Fritz Wuessing* in seinem Buch *Geschichte des deutschen Volkes vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zur Gegenwart* /Berlin, Franz Schneider/. Das Werk berücksichtigt in weitgehender Weise die wirtschaftlichen und sozialen Bewegungen. Das Wichtigste ist aber, daß sich Wuessing die Aufgabe stellt »die sittliche Forderung, die zu aller Zeit gilt, und das historische Urteil über die Möglichkeit und Notwendigkeit einer politischen Maßnahme in Einklang zu bringen«. Das Problem sittliches und historisches Urteil mit einander zu verbinden wird meist überhaupt nicht einmal gesehen, so daß es schon einen großen Gewinn bedeutet, wenn jemand diese Aufgabe anpackt, einerlei ob der Versuch glückt oder nicht. Zu ihrer Lösung gehört ohnehin die Arbeit ganzer Generationen. Wichtig ist, daß das neue Geschlecht die Notwendigkeit fühlt einen absoluten Maßstab zu finden und über Historizismus und Relativismus hinauszukommen. Was Wuessings Buch besonders wertvoll macht, ist aber noch ein weiteres. Sucht man einen absoluten Maßstab, so liegt an sich die Gefahr nahe, daß man alles nur unter seinem eigenen Gesichtswinkel sieht, subjektive Auffassungen als objektive, ewig gültige Werturteile verkleidet und Machttriebe hinter solchen Werturteilen versteckt. Marx und Engels hatten schon durchaus recht, wenn sie diese unhistorische Denkweise (die sie freilich mißverständlich metaphysisch nannten) radikal ablehnten und forderten, daß man von dem ewigen Werdeprozeß des Wirklichen ausgehe. Erst diese Weite des entwicklungsgeschichtlichen Blicks befähigt uns unser Leben und Denken in den großen Zusammenhang alles Werdens einzugliedern und uns als Teil und Glied eines Ewigen zu begreifen. Erst dann entrinnen wir der Gefahr Wirklichkeit und Geschichte nach unserm

begrenzten Kopf zu schulmeistern, ohne den Glauben an absolute Werte damit aufzugeben. Für die Stelle und den geschichtlichen Moment, wo wir stehen, ergibt sich daraus für uns eine unbedingt verpflichtende Aufgabe, die freilich, aus dem Großen, Ganzen betrachtet, nur als Teil des Gesamtwerdens erscheint. Wir müssen also den ersten Versuch machen die eigene Arbeit und das eigene Urteil als Ausdruck notwendiger Natur- und Geschichtsgebundenheit zu betrachten und so den andern aus seinen Voraussetzungen heraus ebenfalls zu begreifen, gerade in seinem Anderssein. So scheint mir Wuessings Werk geradezu eine sozialethische Mission zu erfüllen, nämlich die: trotz allen Gegensätzen das Bewußtsein der sozialen Verbundenheit zu wecken und damit zur produktiven Zusammenfassung aller Kräfte zu gemeinsamem Handeln hinzuführen. »Ich suchte mit aller Kraft des Wortes und des Gedankens das Bewußtsein dafür zu wecken, daß in jedem von uns nur immer ein Teil des ganzen Lebens zu historischer Wirksamkeit gelangt; daß wir die Träger anderer sozialer, politischer und religiöser Lebensgefühle brauchen, wollen wir nicht an unserer Einseitigkeit verdorren, daß wir die anderen achten müssen, weil sie auch als echte Sprossen vom Baum des ganzen Lebens ihr Dasein treiben; daß wir sie herbeiwünschen müßten, wären wir mit unserer tragischen Gebundenheit und Beschränktheit auf die Dauer allein als wirkende Persönlichkeit oder als Glied einer Geschichte machenden Klasse, Nation oder Epoche zur Tat berufen.« Ist Wuessings Grundidee aufs wärmste zuzustimmen, so wird man doch nicht die Lücken und Mängel seiner Darstellung übersehen dürfen. Man ist ja in einer zusammenfassenden Arbeit dieser Art mehr oder weniger an die Vorarbeiten gebunden und von ihnen abhängig. So kann es nicht wundernehmen, wenn bei Wuessing oft allzu stark noch die Anschauungsweise der Quellenwerke hindurchschimmert, und sein einheitlich und großzügig angelegtes Buch dennoch nur Stückwerk bleibt.

Aber auch im einzelnen steckt eine Fülle wertvoller sozialpsychologischer Beobachtungen. Die ökonomische Geschichtsauffassung ist in durchaus verständnisvoller Weise angewandt. So wird der Absolutismus aus seinen wirtschaftlichen Voraussetzungen entwickelt und darnach historisch beurteilt. Wenn aber Wuessing die moralische Verurteilung des frideri-



zianischen Polizei- und Militärstaats durch Freiherrn vom Stein und Ernst Moritz Arndt ungerechtfertigt findet, da sie das Gefühl für historische Zwangsläufigkeiten vermissen lasse, so scheint er mir Stein und Arndt geschichtlich nicht gerecht zu werden. Sie hatten ja gerade in bewußter Ablehnung der vorausgehenden Epoche (wie wir etwa der Bismarckschen) ihre historische Sendung zu erfüllen. Ferner liegt doch entschieden in Steins Grundidee der Notwendigkeit sittlicher Verantwortlichkeit und der Erziehung zu verantwortungsfreudiger Mitarbeit ein ethischer Gehalt, den Wuessing von seinem Standpunkt aus absolut anerkennen müßte. Dies nur ein Beispiel. So verkennt Wuessing auch durchaus die Bedeutung der berufsständischen Idee bei Stein, mit der dieser zu seiner Zeit und in ganz anderer historischer Schichtung schließlich eine ähnliche Zusammenfassung aller produktiven Kräfte anstrebte, wie dies die Sozialistischen Monatshefte mit dem Gedanken der Kammer der Arbeit tun. Wuessing fürchtet, daß eine Wirtschaftskammer im Sinn Steins nicht imstande wäre den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verschiebungen rechtzeitig Rechnung zu tragen. So erklärt er sich schließlich doch für den demokratischen Wahlmodus, der die einzige Möglichkeit biete einigermaßen richtige, die historische Situation zu adäquatem Ausdruck bringende Volksrepräsentanten zu wählen. Er erkennt nicht, daß die politische Demokratie eben durch wirtschaftlich demokratische Selbstverwaltungskörper zu ergänzen ist, und gerade dadurch die Möglichkeit gegeben wäre die konservativen Wirtschaftsströmungen in ein fruchtbares Bett abzuleiten. Dabei ist er sich doch klar der Gefahr bewußt, die die liberalisierende Richtung in ihrer einseitigen Reaktion auf die Bindungen des Despotismus mit sich brachte. Klar durchschaut er auch die Gründe, aus denen die gesunde produktive Idee der Steinschen Bauernbefreiung im weitem Verlauf der Geschichte nicht zur vollen Auswirkung kommen konnte. Die Befreiung der Bauern aus der alten Knechtschaft sollte sie zur Freiheit erziehen, sie in menschenwürdige Zustände hineinwachsen lassen. »Erst schuf hier sittlicher Glaube an den Menschen eine neue Form in der Erwartung, daß neu entbundenes Leben sie allmählich ausfüllen werde.« Statt aber nun den Bauern zum rechten Gebrauch der neuen Freiheiten hinaufzuführen, ließ man ihn

in seiner geistigen Dumpfheit verharren, tat nichts, um eine innere Verödung der nun zu Tausenden freigesetzten Arbeitskräfte zu verhindern, die die wachsenden Industriestädte füllten und zur ersehnten Beute der aufstrebenden kapitalistischen Fabrikbetriebe wurden. Hardenberg schlug dann ganz andere, individualistischere liberale Bahnen ein als der organisch weiterbauende Stein. Die Romantik suchte nun freilich in gewisser Beziehung in der Idee des sozialen Organismus wieder mehr den Sinn für die Zusammenhänge des sozialen Lebens zu wecken; doch wurde in ihr, abgesehen von ihrer reaktionären Tendenz, der individualistische Geist keineswegs überwunden. Trotz allem war auch nach Wuessings Urteil dem deutschen Liberalismus, als dem Kind nicht nur der Aufklärung sondern auch der Romantik, die organische Staatsanschauung von Haus aus ganz und gar nicht fremd. Als Gegen Tendenz aber gegen die Überwertung der individuellen Rechte und Forderungen durch die neu aufstrebende Gesellschaftsschicht des liberalen Bürgertums die schließlich zu Auflösung und Anarchie hintreiben mußte, begann der Sozialismus seine historische Sendung zu erfüllen. Demgegenüber machte auf geistigem Gebiet Hegels Geschichtsphilosophie den Versuch das Auseinanderstrebende zu einer großen Gesamtschau zusammenzufassen. Bis dann schließlich, aus ihr heraus und doch wieder gegen sie, der Marxismus auf den Plan trat. Alle diese Verflechtungen der wirtschaftlich geistigen Entwicklung werden von Wuessing immer wieder mit feinem Gefühl aufgezeigt, und so wird in seinem Buch ein Stück ökonomischer Geschichtsauffassung mit ihrer Wechselwirkung ökonomischer und geistiger Faktoren gegeben. Die Hinwendung zum Sozialismus in Geistesleben und Wirtschaft bringt er auf eine gemeinsame Formel: »Denn es gab ein Gemeinsames zwischen jenen seelischen Bewegungen und dem Geist dieser Ökonomie: die Einstellung auf das Wirkliche, empirisch Faßbare, rational Begreifbare, die Intensität und Rastlosigkeit der Beteiligung, der Stolz und das gesteigerte Selbstgefühl infolge des glaubensstarken Willens aus eigener Kraft, rein mit den Mitteln des eigenen Geistes und Körpers, von der Errichtung eines Betriebs zum ändern und von Entdeckung zu Entdeckung eilend, Markt über Markt erobernd, sich immer erfolgreicher zum Herrn dieser Welt zu machen und in der Ausdehnung dieser

Macht über die Natur und die Menschen nimmer zu ruhen.« So wird dann die Entpersönlichung des modernen Lebens als Folgeerscheinung der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung in allen Ausstrahlungen geschildert, wie sie das neueste Buch Ricarda Huchs geißelt. Verschiedene Kapitel wirken daneben wieder wie Überbleibsel aus der politischen Geschichtsauffassung, so das Kapitel Wiedergeburt des Ehrgeizes zur Macht, in dem deutlich die Art der Geschichtsschreibung etwa Meineckes hindurchleuchtet. Bei dieser Gelegenheit sei auch auf die allzu häufige Verwendung der Worte tragisch und Schicksal aufmerksam gemacht; sie hemmen oft die Entwicklung des Grundgedankens, so anerkennungswert an sich die Grundeinsicht in die aus den historischen Gegebenheiten kommende tragische Spannung ist. Das Kapitel Großbetrieb und Proletariat beweist andererseits, wie tief der Verfasser in die Grundlehren der ökonomischen Geschichtsauffassung eingedrungen ist. Er sieht in ihr mit Recht nur eine Methode die Kausalität der Entwicklung aufzuzeigen, nicht eine Rechtfertigung des Fatalismus, die etwa den Willen zur Selbstentscheidung, eine Zwecksetzung, die bewußte Reaktion auf das Geschehen ausschlosse. Die einseitig mechanische Umbiegung des Marxismus war ja auch eine Folgeerscheinung der Herrschaft des Intellektualismus, die Wuessing in einem besondern Abschnitt behandelt. Er verfolgt auch die Entwicklung innerhalb des Sozialismus. Er erkennt in dem Vordringen des Revisionismus eine sich durchsetzende sozialgeschichtliche Tendenz. Seine kritischen Betrachtungen zur Geschichte der Revolution decken sich ihrem Wesen nach zum großen Teil mit dem, was in den Sozialistischen Monatsheften gesagt worden ist. Es wäre gut, wenn sein Buch recht viel Beachtung fände.

**Frankreich:** Dankenswerterweise ist *Lorenz von Steins* Hauptwerk *Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich 1789 bis 1850* neu herausgegeben worden /München, Dreimaskenverlag/. Von den insgesamt 3 Bänden sind bisher 2 erschienen; möge ihnen bald der 3. folgen. Das Vorwort des Herausgebers Gottfried Salomon beschränkt sich nicht darauf erneut die wesentlichen Daten über Steins Leben und Schaffen zusammenzustellen. Es gibt vielmehr im kleinen eine Art entwicklungsgeschichtlicher Untersuchung

über die Herausbildung der Gesellschaftswissenschaft. Stein selbst hat ja für den Sozialismus eine besondere Bedeutung. Schon 1842 studierte er die sozialistische Bewegung in Frankreich und legte diese Forschungen in seinem Werk *Der Sozialismus und Kommunismus des heutigen Frankreich* nieder. Das hier besprochene Werk ist die Neubearbeitung jenes Buches. Die 1842 veröffentlichte Schrift wirkte vielleicht auf Marx' Ideen über den Klassenkampf ein, soweit er nicht direkt aus den französischen Quellen geschöpft hat. Das prinzipiell Wichtige bei Lorenz von Stein ist dessen Erkenntnis, daß im 19. Jahrhundert die gesellschaftlichen Probleme an die Stelle der politisch-rechtlichen getreten sind und ihren Unterbau darstellen. Stein selbst war trotzdem kein Sozialist im Sinn des Marxismus, mit seinen Ideen eines sozialen Königtums und der Sozialreform von oben ist er viel eher ein Vorläufer der Kathedersozialisten. Die allmähliche Herausbildung des Begriffs der Gesellschaft, den Heinrich Cunow in seinem Buch *Die Marxsche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie* so scharf von dem Begriff des Staats unterscheidet (siehe darüber die *Rundschau Sozialwissenschaften*, 1921 I, Seite 103 ff.) ist auch in Salomons Vorwort kurz geschildert. Voltaires Jahrhundert Ludwigs XIV. wird als erstes, in diesem Sinn modernes Geschichtswerk angeführt. Auf deutschem Boden sei vor allem Moeser zu nennen, der die Idee der Selbstverwaltung aus dem Prinzip der alten bauerlichen Genossenschaft herauswachsen sah. Hier schon begann eine kollektivistische Anschauung an die Stelle der alten heroistischen zu treten. »Moeser war der erste, der den Zusammenhang ökonomischer sozialer und politischer Organisation eines Volkes historisch nachwies; er wurde zum Begründer der deutschen Rechts- und Verfassungsgeschichte, die so von vornherein durch die Gesellschaftsgeschichte bestimmt ist.« Niebuhr übertrug dann, in Abhängigkeit von Moeser, diese gesellschaftliche Betrachtungsweise auf seine Darstellung der Verfassungsgeschichte Roms; er faßt jedoch die ökonomischen Gegensätze ethisch auf und kommt so zu einer Verurteilung von Großstaat und Großstadt, Beamtenapparat und Handelsspekulation. In Frankreich fand dann vor allem die ökonomische Geschichtsauffassung ihre Weiterbildung in den Geschichtswerken eines Thiers und Guizot, die von den Verfassungskämpfen zwischen Bourgeoi-

sie und Feudalität ausgingen. Erst mit dem Aufsteigen des Dritten Standes wird die Gesellschaft gegenüber dem Staat selbständiger Gegenstand der Wissenschaft, da sich das Bürgertum gegen den ständisch-absolutistischen Staat seiner Zeit wandte. Staat und Gesellschaft werden nicht nur begrifflich sondern auch ihrer historischen Entwicklung nach durch die Konstruktion des Staatsvertrags von einander geschieden, der der Epoche der bloßen Gesellschaft ein Ende bereitete. Ferguson und Smith schufen nun im Geist der englischen Aufklärung eine individualistische Wirtschafts- und Gesellschaftslehre. Den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Naturzustand gegenüber allen Verbiegungen durch den Staat wiederherzustellen wird die Grundforderung aller liberalen Nationalökonomien. Salomon bezeichnet Saint-Simons Lehre als das erste eigentlich soziologische System. Saint-Simon erkannte, daß die Regierungs- und Verfassungsform nicht wesentlich für die Gesellschaft sei, vielmehr die Wirtschaft die Basis der gesellschaftlichen Ordnung bilde. Die Politik sollte zu einer Wissenschaft von der Produktion werden. Der Klassenkampf wurde dann erst von Saint-Simons Schüler Bazard geschildert und nachher von Louis Blanc in seiner Geschichte der 10 Jahre 1830 bis 1840 dargestellt. Blanc zieht auch zuerst klar den Trennungsstrich zwischen Bourgeoisie und Proletariat; mit ihm beginnt die Reihe der französischen Historiker, die den sozialen und ökonomischen Verhältnissen Beachtung schenken. Von ihm lernte Lorenz von Stein. Andererseits liegen seine Wurzeln in dem deutschen Idealismus, vor allem in Hegel. Hegel hat bekanntlich als einer der ersten in Deutschland in seiner Philosophie des Rechts den Begriff der bürgerlichen Gesellschaft neben den Staatsbegriff gestellt. An den deutschen Idealismus schlossen sich die positiven Wissenschaftsforschungen. Mohl und Knies sind hier als Nationalökonomien zu nennen. Stein hat behauptet, die Beschäftigung mit der Wissenschaft von der Gesellschaft sei die eigentliche deutsche Form der sozialen Bewegung. »Wie die französische Revolution in Deutschland zu einer philosophischen wurde, so wird die soziale Revolution zu einer wissenschaftlichen.« Stein hat durch seine Gesellschaftswissenschaft stark gewirkt, so unter anderm auf Schmoller und Gneist, dessen Forschungen über die englische Verfassung noch seine und

indirekt Hegels Spuren erkennen lassen. Auf Steins Grundideen und ihren Zusammenhang mit dem modernen Sozialismus wird man noch zurückkommen müssen, sobald auch der 3. Band erschienen ist. Erwähnt sei nur, daß Marx von Lorenz von Stein einmal gesagt hat, er sei ein Realist, der im weiten idealistischen Mantel einherschreite.

**Totenliste** Der verdienstvolle Baseler Historiker *August Bernoulli* ist 80jährig Anfang Juli 1921 in Basel gestorben. Er galt als ein zuverlässiger Gelehrter, der namentlich in seinen Editionen baslerischer Geschichtsquellen Mustergültiges geleistet hat. Im Juli starb in Philadelphia der Professor der semitischen Philologie an der Pennsylvaniauniversität *Morris Jastrow*, einer der bedeutendsten Orientalisten Amerikas im 60. Lebensjahr. Sein Hauptwerk ist die 4bändige Geschichte der Religion Babyloniens und Assyriens /1909 bis 1912/.

In Genf ist im Herbst der Archäologe *Gaston Darier* gestorben. Er hatte auf eigene Kosten in Verbindung mit den französischen Archäologen Gaucler und Nicolle Ausgrabungen auf dem Gelände der alten Villa Sciarra auf dem Janiculum in Rom unternommen und dort, wie er richtig vermutet hatte, ein Heiligtum der syrischen Götter zutage gefördert. Darier hat über diese Ausgrabungen eine Reihe von Arbeiten erscheinen lassen.

Anfang September starb in Rostock der Professor der klassischen Archäologie *Rudolf Pagenstecher*, im Alter von 39 Jahren. Er hat zahlreiche Abhandlungen über die Kunst Unteritaliens und den Hellenismus in Ägypten veröffentlicht.

Im September starb auch der ordentliche Professor der mittelalterlichen Geschichte und der historischen Hilfswissenschaften an der Berliner Universität *Michael Tangl* in seinem Heimatland Kärnten, 61 Jahre alt. Tangl war Mitglied der Zentralkommission der Monumenta Germaniae, wo er die Abteilung Epistolae leitete. Er hat jahrelang im Archiv des Vatikans und in anderen römischen Sammlungen gearbeitet, später noch in Archiven in Wien, Paris, Venedig usw. Das Ergebnis dieser Studien ist das Werk Die päpstlichen Kanzleiordnungen von 1200 bis 1500. In ganz hervorragendem Maß hatte sich der philologische Scharfsinn Tangls auf dem schwierigsten Gebiet der lateinischen Schriftkunde, bei

der Deutung der sogenannten Tironianischen Noten (des Keims der modernen Stenographie) bewährt. Tanql gelang es diese zum größten Teil noch nie gelesenen schnellschriftlichen Vermerke der Urkunden zu entziffern, von denen die alten Lexika über 13 000 Zeichen überliefern. In seinen letzten Lebensjahren war er mit der Bearbeitung weiterer mittelalterlicher Briefsammlungen beschäftigt.

Am 25. September starb in Berlin der ordentliche Professor der chinesischen Sprache und Geschichte und Direktor des Sinologischen Seminars an der Universität *Jan Jakob Maria de Groot* im Alter von 67 Jahren. Er war einer der ersten Kenner der Völker, Sprachen und Kulturen Ostasiens. Seine wissenschaftliche Ausbildung hatte er, ein Holländer, in Leyden empfangen. Jahrelang bereiste er als Dolmetscher Java und Borneo, wiederholt auch unternahm er Fahrten nach China. Er wurde dann Professor der Sinologie an der Leydener Universität. 1912 folgte er einem Ruf auf den neu errichteten Lehrstuhl für chinesische Sprache, Literatur und Altertumskunde an der Universität Berlin. Sein bedeutendstes Werk ist das in englischer Sprache geschriebene Buch über das religiöse System der Chinesen /1892 bis 1907/.

In Tübingen starb am 19. Oktober der ordentliche Professor der klassischen Philologie an der Universität *Gotthold Gundermann* in seinem 66. Lebensjahr. Er war in früheren Jahren, von 1884 bis 1892, Mitarbeiter am *Corpus Glossariorum Latinorum*, wirkte dann an der Universität Jena und Gießen und von 1902 ab in Tübingen. Er nahm, trotz seinen Jahren, von 1914 bis 1917 als Freiwilliger am Krieg teil.

Im Dezember starb in Genf *Emile Cartailhac*, einer der hervorragendsten Vertreter der prähistorischen Wissenschaft Frankreichs. Er hat sich durch zahlreiche wissenschaftliche Werke bekannt gemacht und gab 2 wissenschaftliche Zeitschriften *Les Matériaux pour l'histoire primitive et naturelle de l'homme* und *L'Anthropologie* heraus, die später verschmolzen wurden.

Ende Dezember starb der ordentliche Professor der Geschichte an der Universität Münster *Ernst Daenell* im Alter von 49 Jahren. Von seinen Werken seien die *Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika /1907/* und *Die Spanier in Nordamerika 1513 bis 1824 /1911/* genannt.

**Neuausgaben** In der Sammlung *Der deutsche Staatsgedanke /München, Dreimaskenverlag/* sind *Heinrich Freiherr vom Steins* Staatsschriften und politische Briefe von Hans Thimme herausgegeben worden. Eine Neuausgabe dieser verschiedenen, bisher sehr zerstreuten Arbeiten des bedeutendsten deutschen Staatsmanns ist sehr begrüßenswert; der Geist freiwilliger und verantwortungsbewußter Hingabe an das Gemeinwesen, den Stein unablässig gepredigt und durch politisch soziale Reformen zu entwickeln gesucht hat, ist uns heute dringender not denn je. Stein sah die Bedeutung des Staats in erster Linie darin, daß er das Gemeinschaftsbewußtsein weckte. Voraussetzung für die Selbstverwaltung, die er durchführte, ist der Geist der Zusammengehörigkeit. Genossenschaftsgeist ist es, wenn Stein die Menschen aus ihrer Vereinzelung herausreißen und in Verbände eingliedern möchte. Freilich war sein Blick dabei allzu oft rückwärts gewandt. Er fand keine Lösung für die Frage des Proletariats, die durch die Industrialisierung neu entstanden war. Er suchte die Entwicklung zur Proletarisierung großer Massen aufzuhalten, konnte sie aber nicht zu neuer organischer Bindung umleiten, eine Aufgabe, die erst die neuere Arbeiterbewegung aus sich selbst heraus in Angriff nahm. Doch ist er in seiner Geistesart, wie Thimme sich ausdrückt, »der Vorkämpfer eines Sozialismus, in dem der einzelne wenig, die Genossenschaft viel, und das Gemeinwohl alles bedeutet«.

**Kurze Chronik** Die italienische Kammer hat Anfang Dezember 1921 beschlossen ein *Italienisches Archäologisches Institut in Rom* zu errichten. Es erhält ein überaus prächtiges Heim in dem Palazzo Venezia und eine 150 000 Bände umfassende Bibliothek. Die Leitung übernimmt der frühere Unterstaatssekretär im Unterrichtsministerium Corrado Ricci, einer der bedeutendsten italienischen Kunstgelehrten. ◊ Das *Deutsche Archäologische Institut in Athen* war von der griechischen Regierung nach der Vertreibung Konstantins beschlagnahmt und als Mädchenschule verwendet worden. Nach Friedensschluß gab Veniselos das Gebäude dem Deutschen Reich »wegen der großen Verdienste, die sich das Deutsche Archäologische Institut um Griechenland erworben« habe, zurück. Im Herbst 1920 wurde es von Franz Studniczka, dem

Archäologen der Leipziger Universität, wieder eröffnet, dem in diesem Sommer Ferdinand Noack, der Archäologe der Berliner Universität, folgte. Nunmehr ist die Leitung dauernd dem Freiburger Professor Ernst Buscher übertragen worden. Wegen der Geldentwertung wird das Institut aber vorläufig nicht in stande sein große eigene Ausgrabungen vorzunehmen, sondern es muß sich auf kleine Nachgrabungen und im übrigen auf seine Lehr- und Forschungstätigkeit beschränken.  $\diamond$  Die *Monumenta Germaniae* konnten diese Weihnachten ihr 100jähriges Jubiläum feiern. Weihnachten 1821 kam Georg Heinrich Pertz nach Rom, um in den römischen Bibliotheken und Archiven, später auch an anderen Orten Italiens, Quellen zur deutschen Geschichte zu sammeln.  $\diamond$  Der ordentliche Professor der klassischen Philologie in Königsberg *Christian Jensen* ging in gleicher Eigenschaft nach Kiel.  $\diamond$  Der Kieler Professor *Arnold Oskar Meyer* folgt einem Ruf auf den Lehrstuhl der mittlern und neuern Geschichte an der Universität Göttingen als Nachfolger Max Lehmanns.  $\diamond$  Der Frankfurter Professor *Hans von Arnim* geht als Ordinarius der klassischen Philologie an die Universität Wien.  $\diamond$  Der Privatdozent *Oskar Lenze* in Halle wurde ordentlicher Professor der alten Geschichte an der Universität Königsberg.

#### Literatur

Kaum unter die historische Literatur zu rechnen ist eine Revanchekampfschrift, betitelt *Der Franzose: Eine Geschichte Frankreichs für Deutsche* von *Johannes Bühler* /München, Rieth & Reusch/. Und doch muß man sie hier erwähnen, weil solche Bücher bei der systematisch anti-französisch eingestellten Politik unserer Zeitungen, namentlich der Linken, nicht nur ein breites Publikum finden sondern auch als Ersatz für wirkliche Geschichtswerke und ernstes Geschichtsstudium genommen werden. Der Verfasser macht nicht im geringsten ein Hehl daraus, daß er die Absicht hat aufzuhetzen. »Wie, wenn ein, zur Stunde leider undenkbarer, Umschwung der Verhältnisse die ermattete, gefesselte deutsche Faust urplötzlich wieder kraftvoll und wehrhaft machte? Würde sie entschlossen zugreifen, den blutgierigen Vampyr an der Kehle packen und würgen, daß es ihm für immer verginge seine Krallen in das Herz Deutschlands zu schlagen?« Diese Probe möge genügen, um Geistesart und Niveau der Schrift zu charakterisieren.

#### Rechtswissenschaft / Philipp Loewenfeld

Gierke † Gar manches deutschen Hünen Charakterbild ändert sich entscheidend, schneidet man ihm den wallenden Vollbart ab; der Rest gebietet keine Ehrfurcht mehr. Fast jeder, der eine deutsche Hochschule besucht hat, kennt auch einen Professor, für den das gilt. Otto von Gierke, der, fast 81 Jahre alt, am 10. Oktober 1921 starb, hat nicht zu diesem Typus gezählt. Seine Art und seine Erscheinung, seine Überzeugung und seine Handlungen standen im Einklang mit einander. Nirgends war in seinem Wesen etwas Kulissenmäßiges, etwas Unrechtes, etwas Unerhebliches. Er war ein ganzer Mann, in der Wissenschaft und im Leben.

Durch seinen Lehrer, den großen deutschen Germanisten und Politiker Georg Beseler zum Studium der germanischen Rechtsquellen angeregt, hat Gierke eine mächtige Lebensarbeit der Erforschung alles dessen gewidmet, was von der Vorzeit bis zu den jüngsten Tagen der menschliche Organisationstrieb an Rechtsformen und Rechtsinhalt in Staat, Gemeinde und Kirche, in Zunft und Gilde, in Genossenschaft und Erwerbsgesellschaft hervorgebracht und gewandelt hat. Dem deutschen Genossenschaftswesen hat er geistig viel bedeutet, weshalb auch hier in der Rundschau Genossenschaftsbewegung (1921 II, Seite 1125) seiner dankbar gedacht wurde. An seinem 4-bändigen Werk über deutsches Genossenschaftsrecht /1868 bis 1913/, an seiner Streitschrift *Die Genossenschaftstheorie und die deutsche Rechtsprechung /1887/* hat die Verbindung einer souveränen Beherrschung der Rechtsquellen mit geschichtlicher, staatswissenschaftlicher, philosophischer und theologischer Meisterschaft die Bewunderung der Zeitgenossen erregt. Die deutsche Privatrechtsgesetzgebung wurde, vor allem im Sachenrecht, durch diese Werke nachhaltig beeinflusst. Das beherrschende Prinzip blieb dabei stets, vor allem bei der Kritik des ersten Entwurfs zum Bürgerlichen Gesetzbuch, die Herausarbeitung der germanischen Rechtsgedanken gegenüber den von ihm mit Schärfe und Schwung bekämpften romanistischen Tendenzen. Aus dem Festhalten Gierkes an verhältnismäßig wenigen Leitgedanken ergab sich dabei allerdings, daß er manchen Rechtsbildungen des modernen Lebens aus rein theoretischen Gründen mit größerer Kühle gegenüberstand als historischen Institutionen. In seiner großen

Darstellung des deutschen Privatrechts, von der er im Jahr 1917, 76jährig, noch als 3. Band das Schuldrecht, eines der bedeutendsten Werke deutscher Privatrechtswissenschaft, vollenden konnte, ist vielleicht am schwächsten die Behandlung des Tarifvertragsrechts geraten, die, ein Zeichen des verhältnismäßig geringen wissenschaftlichen Interesses Gierkes für dieses Gebilde, schon rein räumlich auf 3 Seiten eines 1036 Seiten starken Bandes steht und sich inhaltlich in einer nicht übermäßig kritischen Nebeneinanderstellung der damals noch vielfach verbreiteten Meinungen über Hauptfragen des Tarifrechts, zum Beispiel der Frage der Unabhängigkeit, erschöpft. Das Gesinderecht, das zu jener Zeit noch galt, nimmt dagegen in seiner Darstellung einen überaus breiten Raum ein und ist mit größter Eindringlichkeit und Selbständigkeit behandelt. Hugo Sinzheimers Buch Ein Arbeitstarifgesetz hat Gierke in einer Polemik im Archiv für Sozialwissenschaft als »Interessenjurisprudenz« beiseite geschoben, ohne freilich die Entwicklung im Sinn des Buches aufhalten zu können. Bei solcher Gelegenheit trat Gierkes Schwäche: die Dinge mehr im Licht der geschichtlichen Rückschau als in dem der soziologischen Entwicklung zu sehen, deutlich hervor, wie sie sich schließlich in einzelnen Altersleistungen, wie in einem in der Deutschen Juristenzeitung 1919 unternommenen Versuch die Revolution privatrechtlich durch den Hinweis auf die vermögensrechtliche Haftung ihrer »vielfach wohlhabenden« Träger zu »erledigen«, gelegentlich zur Groteske steigerte. Sein an der Vergangenheit orientierter Sinn mußte begreiflicherweise die Umwälzung von 1918 ablehnen und, wie er in einer Rede Der germanische Staatsgedanke im Mai 1919 betonte, in der alten preußischen Monarchie die Synthese germanischen Geistes und römischer Staatssouveränität als den Urquell deutscher Größe sehen. Aber auch da, wo seine Ansichten abzulehnen sind, verleugnet er nirgends menschliche Größe, Offenheit und Überzeugungstreue, wie er auch von allen, die ihn persönlich kannten, als eine gerade und verlässliche Persönlichkeit hochgeehrt und geliebt wurde.

gensrechts unter das Recht der Person und der sozialen Gemeinschaft, Kampf gegen Klassenjustiz, entscheidende Mitwirkung gewählter Volksrichter in allen Zweigen der Justiz, Erziehung zur allgemeinen Rechtskenntnis, volkstümliche Gesetzessprache, Zusammensetzung des Richterstands aus allen Volksklassen, Mitwirkung der Frauen in allen Justizämtern, Neuordnung des juristischen Bildungsgangs im sozialistischen Geist, Übertragung der gesamten Justiz auf das Reich, Berufung in Strafsachen, reichsgesetzliche Regelung des Strafvollzugs, Schutz- und Erziehungs-, nicht Vergeltungsstrafrecht, Abschaffung der Todesstrafe.

Aus dem Erfurter Programm wurde also in das neue Programm nur die Forderung nach Berufung in Strafsachen und nach Abschaffung der Todesstrafe übernommen. Nicht in das neue Programm aufgenommen wurden hingegen folgende Forderungen des Erfurter Programms: Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbestands, Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter, Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurteilter.

Das Görlitzer Programm ist ein *Gegenwartsprogramm*. Es will seine praktischen Forderungen nicht erst durch die Verwirklichung des Sozialismus erreichen, sondern die Erreichung seiner Forderungen soll umgekehrt die Bahn frei machen für die Überwindung des kapitalistischen Systems.

So erklärt es sich, daß die Forderung nach Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbestands fiel. Ihr Wegfall in dem praktischen Teil des Programms bedeutet lediglich, daß sie innerhalb des geldwirtschaftlichen Systems, zumal in der heutigen Lage des Reichs, nicht zu verwirklichen ist. Sie bleibt für den Sozialisten gleichwohl das Zukunftsideal. Wichtig wäre es aber gewesen an ihrer Stelle wenigstens die Beseitigung aller plutokratischen Bestimmungen aus der bestehenden Straf- und Zivilrechtsgesetzgebung zu fordern. Man denke zum Beispiel an die unerhört ungerechte Bestimmung des § 219 der geltenden Reichsstrafprozeßordnung, wonach ein vom Angeklagten oder seinem Verteidiger unmittelbar geladener Zeuge in der Hauptverhandlung nur erscheinen muß, wenn ihm bei der Ladung die gesetzliche Entschädigung für Reisekosten und Versäumnis bar dargeboten oder deren Hinterlegung beim Gerichtsschreiber nachgewiesen wird; was zur Folge hat, daß der unbemittelte Angeklagte oder sein

**Sozialdemokratisches Programm**

Das neue Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands stellt für die Rechtspflege folgende Forderungen auf: Überwindung der herrschenden privatrechtlichen durch eine soziale Rechtsauffassung, Unterordnung des Vermö-

Verteidiger einen Zeugen, dessen Ladung das Gericht abgelehnt hat, nicht laden kann, während dies dem begüterten Angeklagten möglich ist, während ferner die Reisekosten und Auslagen der von der Staatsanwaltschaft geladenen Zeugen im Bedarfsfall aus der Staatskasse vorgestreckt werden müssen. Das Schicksal gar manchen Strafprozesses ist auf diese Weise schon zuungunsten des Unbemittelten, zugunsten des Bemittelten entschieden worden.

Nicht minder notwendig als die grundsätzliche Bekämpfung plutokratischer Gesetze wäre die programmatische Forderung einer allgemeinen und durchgreifenden Reform des materiellen Zivil- und Strafrechts, des Verfahrens in Zivil- und Strafsachen, sowie der Gerichtsverfassung im sozialistischen Sinn gewesen. Die Hervorhebung einzelner wichtiger Reformforderungen, zum Beispiel der Berufung in Strafsachen auf dem Gebiet des Strafverfahrens, der Übertragung der gesamten Justiz auf das Reich, der Mitwirkung von Frauen und gewählten Laienrichtern in allen Zweigen der Justiz auf dem Gebiet der Gerichtsverfassung, könnte den sehr bedenklichen Eindruck erwecken, als ob mit der Erreichung dieser Einzelforderungen die wesentliche Arbeit der Justizreform bereits geleistet sei.

Die Weglassung der programmatischen Forderung nach angemessener Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurteilter muß bedauert werden. Offenbar wurde diese Forderung auf Grund der nach dem Erfurter Programm erlassenen Reichsgesetze (Gesetz betreffend die Entschädigung der im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochenen Personen vom 20. Mai 1898, Gesetz betreffend die Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft vom 14. Juli 1904) als überflüssig angesehen. Nach diesen Gesetzen kann aber nur einer freigesprochenen Person und solchen, die durch Beschluß des Gerichts außer Verfolgung gesetzt wurden, Entschädigung zugewilligt werden, während Personen, gegen die die Staatsanwaltschaft das Verfahren einstellt, grundsätzlich leer ausgehen. Dazu kommt, daß die Gerichte Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft nur solchen Personen zubilligen brauchen, bei denen »das Verfahren ihre Unschuld ergeben oder dargetan hat, daß gegen sie ein begründeter Verdacht nicht vorliegt«. Die Entschädigungspflicht der Staatskasse kann also auch bei Freisprechungen stets dadurch sabotiert

werden, daß in den Urteilsgründen ausgeführt wird, die Freisprechung erfolge »wegen Mangels an Beweisen«, nicht »wegen erwiesener Unschuld« oder nachgewiesenen »Nichtvorliegens eines begründeten Verdachts«. Gegen einen dergleichen Beschluß gibt es nach geltendem Recht nicht einmal ein Rechtsmittel. Dagegen ist der Fortfall des Wahrrichtertums zu billigen. Die Ansicht, daß die Rechtsprechung durch gewählte Berufsrichter mit der Unabhängigkeit der Rechtspflege unvereinbar ist, und daß die Verwirklichung des Erfurter Programms in diesem Punkt höchst unheilvoll gewesen wäre, ist von Hugo Heinemann in dieser Rundschau (1919 I, Seite 205) bereits vertreten worden. Dringend notwendig wäre es dagegen gewesen im Programm nicht nur »entscheidende Mitwirkung« der Laienrichter in allen Zweigen der Justiz zu fordern, sondern auszusprechen, daß das Ziel sozialistischer Rechtspolitik darin besteht dem angeordneten Berufsrichter in der Schuldfrage die Stellung eines *Gutachters* des Laienrichters zu geben, die Entscheidung in der Schuldfrage jedoch, wie beim Schwurgericht, dem vom Einfluß des Berufsrichters unabhängigen Laienrichter allein zu überlassen.

Alles in allem genommen bedeuten die rechtspolitischen Sätze des Görlitzer Programms eine Verbesserung gegenüber dem bisherigen Programm, ohne indes wirklich befriedigen zu können. Schon die Überschrift Rechtspflege stellt das formelle Recht einigermaßen zuungunsten des materiellen in den Vordergrund. Materielrechtliche Forderungen, die in einem sozialdemokratischen Programm selbstverständlich sein müßten, zum Beispiel die Beseitigung der Ungleichheit von Mann und Frau im Zivilrecht, vor allem im Ehe- und Ehegüterrecht, durchgreifende Reform des Entmündigungs- und Vormundschaftsrechts, Beseitigung des brutalen Verschuldungsprinzips im Scheidungsrecht usw., fehlen vollständig. Sie berühren das Schicksal der Volksgemeinschaft viel entscheidender als etwa die Frage der Mitwirkung der Frau in allen Justizämtern. Neben der Forderung der Berufung in Strafsachen hätte, wenn schon einmal Kasuistik im Programm als zweckmäßig erachtet wurde, das Verlangen nach Reformierung des Wiederaufnahmeverfahrens im Straf- und Zivilprozeß seinen Platz finden müssen. Das heutige Wiederaufnahmerecht stellt einen rigorosen Schutz des Unfehlbarkeitsdünkels des Berufsrichters dar, nicht einen wirksamen Behelf zur Durchsetzung des

Rechts. Für das Gebiet des Strafprozesses hat das vor allem Max Alsbjerg in seinem ausgezeichneten Buch Justizirrtum und Wiederaufnahme (Berlin, P. Langenscheidt/ nachgewiesen. Dieses Buch sollte jeder Sozialist lesen, um zu erkennen, von welcher entscheidenden Bedeutung bei der Reform des Rechts die Gesetzestechnik ist. Er erhielte dann auch einen Begriff davon, was die Sozialdemokratische Partei Deutschlands an Programmarbeit hätte leisten können, wenn nicht übertriebene Eile das oberste Gesetz bei der Abfassung des neuen Programms gewesen wäre.

Deutscher  
Juristentag  
1921

Das Tempo des Fortschritts auf dem Deutschen Juristentag ging von jeher vom

Adagio sostenuto bis zum Allegretto moderato, die Resolutionen bewegten sich vom Pianissimo bis zum Mezzoforte. Auch der 32. Juristentag, der vom 12. bis zum 14. September 1921, zum erstenmal nach 9jähriger Pause, in Bamberg unter starker Beteiligung stattfand, stand unter diesem Zeichen.

Zunächst fortissimo einige Kundgebungen. Die Sanktionen wurden als widerrechtliche Gewaltmaßnahme, als Verletzung des Versailler Vertrags und des Völkerrechts bezeichnet, ohne Rücksicht darauf, ob die Bemühungen der Reichsregierung um deren Aufhebung durch diese "machtvolle Demonstration" erschwert wurden. Eine andere "Entschliebung" sagte wörtlich: »Die zum erstenmal nach dem Kriege zum Deutschen Juristentag versammelten Juristen aus allen Teilen des Deutschen Reiches und Deutsch Österreichs, Rechtslehrer, Richter, Verwaltungsbeamte, Staatsbeamte, Rechtsanwälte und Notare, geben ihrem Schmerz und ihrer Empörung darüber Ausdruck, daß der oberste deutsche Gerichtshof, das deutsche Reichsgericht, in bitterster Pflichterfüllung sein ganzes Ansehen und hohes juristisches Können einzusetzen hat, um Angehörige des deutschen Heeres abzuurteilen, während die schwersten Verletzungen des Rechtes und der Menschlichkeit, hundertfältig von den Angehörigen der Feindbundländer begangen, weder Sühne noch auch nur Untersuchung erfahren. Der Deutsche Juristentag legt Verwahrung ein gegen dies in der ganzen Weltgeschichte unerhörte Verfahren einseitiger Rachepolitik gegen einen Staat der europäischen Kulturgemeinschaft, durch das die Gerechtigkeit auf Erden preisgegeben und ein schweres, nie wieder gutzumachendes Verbrechen an dem Rechtsgefühl der

ganzen Welt begangen wird.« In dieser Rundschau ist bisher nicht ohne Absicht zu den Kriegsverbrecherprozessen geschwiegen worden. Die Erniedrigung, die für Deutschland in dem Verlangen der Entente lag die deutschen Kriegsverbrecher vor Gericht zu ziehen, wäre vermieden worden, wenn wir rechtzeitig unsere Pflicht getan und die Kriegsbeschuldigten ohne Druck von außen abgeurteilt hätten. Der Umstand, daß auf der Gegenseite gleiches noch nicht geschehen war, hätte an solchem Vorgehen nicht hindern dürfen. Ein freiwilliges Gerichtsverfahren gegen die Beschuldigten hätte Deutschland Ansehen in der Welt gewinnen müssen, während das erzwungene selbst dann nur Mißtrauen säen konnte, wenn die Art der Durchführung der Prozesse weniger Anlaß dazu geboten hätte. Angesichts der Kundgebung des Juristentags muß das hier ausgesprochen werden. Es ist geradezu unfasslich, wie sich die versammelten Juristen der Erkenntnis verschließen konnten, daß diese Kundgebung bei den Gegnern als eine offene Parteinahme für die Kriegsverbrecher (und kann man leugnen, daß es solche gab?) erscheinen muß, besonders, da sie es nicht einmal für nötig fanden auch nur mit einem einzigen Wort von diesen abzurücken. Für billig und gerecht denkende Menschen sollte es eigentlich selbstverständlich sein, daß alle, die durch ihr Verhalten das Ansehen der Armee geschädigt haben, dafür büßen müssen, und daß die Gesetzgebungen der sogenannten Kulturstaaten, einschließlich der deutschen, ihnen gegenüber viel zu tolerant waren. Das nicht auszusprechen war eine schwere Unterlassungssünde des Juristentags. Nach der Resolution des Juristentags darf es nicht wundernehmen, wenn Deutschland das Recht bestritten wird zu fordern, daß auch die Kriegsverbrechen der Entente ihre Sühne finden. Es ist tieftraurig, wenn selbst bei Juristen politische Parteinahme den Sinn für das Recht so trüben kann, daß sie die Unterlassung der Verbrechensverfolgung durch andere für eine Rechtfertigung des gleichen Verhaltens in der eigenen Gemeinschaft betrachten. Der Satz "Gleiches Unrecht für alle" gehört weder der Moral noch dem Recht an. Überdies sagt der Juristentag eine Unwahrheit, wenn er ganz generell behauptet, die Rechtsverletzungen auf der andern Seite wären weder gesühnt noch auch nur untersucht worden. Freilich, der Hetzpresse konnten die Belege für das Gegenteil nicht entnommen werden.



Von den nichtpolitischen Kundgebungen des Juristentags (bisher war es eine gute Gepflogenheit politische Kundgebungen dort ganz zu unterlassen) können im Rahmen dieser Rundschau nur einige, den Sozialisten besonders interessierende erwähnt werden.

Bei Erörterung der Rechtsstellung der *unehelichen Kinder*, lehnte es der Juristentag ab dem unehelichen Kind ein Verwandtschaftsverhältnis zu seinem Erzeuger und ein Erb- oder Miterbrecht an dessen Nachlaß einzuräumen. Er fand: eine solche Maßnahme müßte eine bedenkliche Wirkung für das Familienleben haben. Im Jahr 1862 nahm der 4. Deutsche Juristentag noch gegen die Vaterschaftsklage Stellung, mit der Begründung, daß sie »die Sittlichkeit des weiblichen Geschlechts untergrabe, indem sie es zu Erpressungen und Betrügereien veranlasse, und daß durch die Alimentationsprozesse der Frieden und das Glück vieler Familien untergraben, und tadellose Männer den Angriffen schamloser Frauenspersonen und fremder Kinder ausgesetzt würden«. Inzwischen hat der Juristentag, wie seine Beschlüsse beweisen, einiges zugelernt. Die Grundauffassung aber, daß das uneheliche Kind gegenüber seinem Vater ein *fremdes* Kind sei, ist bestehen geblieben. Der Juristentag machte zwar einen ganz bescheidenen Ansatz zur Beseitigung dieser Auffassung, indem er dem unehelichen Vater, bei Einverständnis der Mutter, das Recht einräumen will dem Kind seinen Namen zu geben und, unter bestimmten Voraussetzungen, es auch zu erziehen. Seine sonstigen Beschlüsse beziehen sich aber nur auf die *Geldansprüche* des Kindes (Beseitigung der sogenannten *exceptio plurium*, Recht des Kindes auf Sonderzulagen für Berufsausbildung, Bemessung des Unterhalts nach den Lebensverhältnissen des Vaters bei Erziehung durch den Vater usw.). Die Rechtsstellung der unehelichen Mutter will der Juristentag der der ehelichen möglichst annähern. Nach dem dazu gefaßten Beschluß fände diese Annäherung aber vorwiegend für ihre Pflichten, nicht für ihre Rechte statt, worüber noch eingehender zu sprechen sein wird.

In der Frage der Organisation der *Arbeitsgerichte* sprach sich der Juristentag mit durchschlagenden Gründen für deren Eingliederung in die ordentliche Gerichtsbarkeit und die Schaffung eines regulären Instanzenzugs bis zum Reichsgericht aus. Die Arbeitsgerichte sollen dabei in allen Instanzen nicht nur mit Juristen sondern, wie bisher die Gewerbe-

und Kaufmannsgerichte, mit gewählten Laien aus dem Kreis der Arbeitgeber und Arbeitnehmer besetzt sein.

Bekanntlich wird seit einiger Zeit eine rührige Agitation für die gesetzliche Regelung der *Beteiligung der Arbeitnehmer an Kapital und Unternehmen* betrieben. Die diese Idee propagieren, glauben vielleicht, daß es möglich sei durch Befriedigung eines egoistischen Gegenwartsinteresses der Arbeiter ihre Zukunftsforderungen für die Gemeinschaft zu erledigen. Die freien Gewerkschaften und die sozialistischen Parteien beweisen ihrer Ansicht nach durch ihre Ablehnung der Kapitalbeteiligung der Arbeiter vor aller Welt ihre Unfähigkeit zur Führung der Arbeiterklasse. Der Juristentag sah sich bemüßigt die "zeitgemäße" Frage auf sein Programm zu setzen, in welcher Form sich die Beteiligung der Arbeiter empfehle. In der Sache nahm er schließlich eine vermittelnde Haltung ein; insbesondere lehnte er den geforderten gesetzlichen Zwang zur Einführung der Beteiligung ab.

Schließlich stimmte der Juristentag den Grundsätzen des Strafgesetzentwurfs von 1919 über die *Strafbemessung* zu, nahm aber dazu noch mit einer Zufallsmajorität einen Antrag Kantorowicz-Graf Dohna-Gerland an, nach dem es sich nicht empfehle, daß man dem Richter das Recht gibt bei festgestellter Schuld in leichten Fällen von Strafe abzusehen. In einer Zeit, in der die Klagen über die Verschiedenheit der Rechtsanwendung nach links und rechts ohnehin nicht verstummen wollen, könnte in der Tat eine derartige Befugnis des Richters Bedenken erregen..

Die übrigen Arbeiten des Juristentags waren *staats- und steuerrechtlichen* Fragen und dem Problem der *Mobiliarhypothek* gewidmet.

Es wurden auch Begrüßungsreden gehalten, bei denen sich Gelegenheit fand außerhalb der Tagesordnung für eine Rückwärtsrevidierung mancher neuen Einrichtungen einzutreten. So sprach sich der Professor Kahl wieder einmal mit den altbekannten Gründen gegen die Zulassung der Frau zum Richteramt aus.

Eid

In der Deutschen Juristenzeitung vom 1. November 1921 hat der Leipziger Amtsgerichtsrat *Fink* vorgeschlagen an die Stelle der eidlichen Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen grundsätzlich die unbeeidigte Aussage treten zu lassen, die falsche uneidliche Bekundung vor Gericht und Staatsanwalt mit

Gefängnis zu strafen, zur Beeidigung von Zeugen und Sachverständigen aber nur zu schreiten, wenn der Verdacht eines falschen Zeugnisses oder eines parteiischen Gutachtens erheblich ist. Fink sagt mit Recht, es werde jetzt zu oft geschworen, und dadurch werde der Eid entwertet. Man kann darüber hinausgehen und sagen, daß der Eid bei gewissenhaften Personen überflüssig, bei gewissenlosen, wie tausendfältige Erfahrung zeigt, nutzlos ist. Strafvorschriften gegen die falsche uneidliche Aussage und ein entsprechend weiter Strafrahmen zur Individualisierung je nach der Tragweite der falschen Aussage würden das ganze Eidesrecht überflüssig machen. Sie würden auch die Gerichtsvorsitzenden der heute üblichen und vielfach in taktloser Form vorgenommenen Belehrungen über die "himmlischen" Folgen der Eidesverletzung entheben. Die grundsätzliche Notwendigkeit der Trennung kirchlicher und zivil- und strafrechtlicher Institutionen ist wiederholt behandelt worden, in jüngster Zeit unter andern sehr gut von *Fritz Mauthner* in dem von Fritz Dehnow herausgegebenen Sammelwerk *Die Zukunft des Strafrechts / Berlin, Vereinigung wissenschaftlicher Verleger /*. Nun läßt der Artikel 177 der Reichsverfassung zwar die Möglichkeit der Eidesleistung unter Weglassung der religiösen Formeln zu, und verschiedene einzelstaatliche Justizministerien haben angeordnet, daß die Eidespflichtigen vor der Vereidigung hierüber zu belehren seien. Der übergroßen Mehrheit der Richter fällt es aber gar nicht ein sich um diese Anordnung zu kümmern. Sie nehmen den Eid ganz allgemein in der religiösen Form ab. Höchstens bei der Vereidigung amtsbekannter Sozialisten erlebt man gelegentlich die Frage des Richters, ob sie etwa den Eid in "bürgerlicher" Form ableisten wollen. Man kann sich also nicht darauf berufen, daß die Trennung von Kirche und Recht auf dem Gebiet des Eidesrechts nicht mehr nötig sei, weil durch die Bestimmungen der Reichsverfassung einem Gewissenszwang vorgebeugt sei. Die fakultative Zulassung der weltlichen Eidesform war einer jener unbefriedigenden Kompromisse, an denen die Verfassung so reich ist. Sie hat an den früheren Verhältnissen kaum etwas geändert, insbesondere nicht an dem grundsätzlich zu verwerfenden Mißbrauch der Religion zu außerreligiösen Zwecken. Gerade auch die feiner empfindenden Anhänger der religiösen Bekenntnisse müssen die Eidesleistung, vor allem die heute übliche Form der Eidesbeleh-

rung, als Blasphemie ansehen. Auch sie können in einer Übung, die zur Zeit der Hexenprozesse und Ordale ihre Funktion bei der Wahrheitsforschung des Richters erfüllt haben mag, nicht nur deshalb etwas Erhaltungswürdiges sehen, weil es sich um einen alten Brauch handelt. Mit diesem Grund ließe sich alles Schlimme verteidigen, das einmal eingerostet (man sagt meistens: eingewurzelt) ist.

**Sexualrecht** Auf dem Mitte September 1921 in Berlin abgehaltenen

1. internationalen Kongreß für Sexualreform stellte der Hamburger Staatsanwaltschaftsrat Fritz Dehnow folgende Thesen auf:

»1. Die Sexualstrafgesetzgebung muß dem Stande der wissenschaftlichen Erkenntnis gerecht werden. Sie hat populären Meinungen und primitiven Kontrainstinkten keinen Raum zu gewähren. Die Straftatbestände sind auf das unbedingt erforderliche Maß zurückzuführen. Die staatliche Fürsorge für das Sexualeben hat durch wohltätigere Maßnahmen zu erfolgen als es Strafen sind.

2. Die unklaren Bezeichnungen Sittlichkeitsverbrechen und unzüchtig sind aus dem Strafgesetz zu entfernen.

3. Die Anwendung der das Sexualeben betreffenden besonderen Strafbestimmungen ist auf Personen im Alter von 18 Jahren an zu beschränken. Bis zum Alter von 21 Jahren ist fakultative Straffreiheit zu gewähren.

4. Verbotswidrige Geschlechtsbeziehungen zu Verwandten, zu Obhutspersonen und zu Kindern sowie Vergehen gegen die sexuelle Freiheit sind mit Gefängnis von 1 Woche bis zu 3 Jahren zu bestrafen.

5. Vorschubleistung zu nichtehelichem Geschlechtsverkehr Dritter ist nur so weit zu bestrafen, als sie um besondern Gewinnes willen oder mit hinterlistigen Kunstgriffen betrieben wird.

6. Bei der Bestrafung der öffentlichen Vornahme unzüchtiger Handlungen sind nur die allgemeinen Strafbestimmungen über groben Unfug usw., bei der Bestrafung des bloßen Versuches eines Vergehens gegen die sexuelle Freiheit nur die allgemeinen Strafbestimmungen über Nötigung, Beleidigung usw. anzuwenden.

7. Die Strafbestimmungen über Ehebruch, Verführung eines über 14 Jahre alten Mädchens, gleichgeschlechtliche Handlungen sowie geschlechtliche Handlungen mit Tieren sind zu beseitigen. Die strafrechtliche Behandlung der männlichen Prostitution hat wie die der weiblichen unabhängig vom Nachweis ge-

schlechtlicher Handlungen zu erfolgen.« Die Leitsätze geben ein außerordentlich wertvolles Material zur Kritik des in Sexualrechtsfragen sehr rückständigen Strafgesetzentwurfs von 1919.

**Justizskandale** Der frühere Heidelberger Privatdozent *Arnold Ruge*, ein bekannter antisemitischer Agitator, der sich als Führer von Geheimorganisationen unter dem Namen Geheimrat Berger in Oberschlesien betätigte, wurde im Zusammenhang mit der Mordsache Erzberger verhaftet, jedoch nach einem Verhör wieder auf freien Fuß gesetzt. Wenige Tage nachher, als er wieder verschwunden war, erließ die Breslauer Staatsanwaltschaft gegen ihn einen Steckbrief.

Auch dem vom Reichsgericht im Juli 1921 wegen Beihilfe zum Totschlag verurteilten Oberleutnant zur See *John Boldt* gelang es sich der Vollstreckung der Strafe durch Flucht aus dem Hamburger Gefängnis zu entziehen. Der Kapitänleutnant Patzig, mit dem zusammen er die Torpedierung eines englischen Lazarettsschiffs und die Versenkung der auf die Rettungsboote gebrachten Schiffbrüchigen durch Geschützfeuer vollbracht hatte, war schon vor der Verhandlung ins Ausland entflohen.

Einer der prominenten Teilnehmer am Lüttwitzputsch, der ehemalige Korvettenkapitän *Ehrhardt*, teilte der Öffentlichkeit in einem Schreiben vom 25. Oktober 1921 mit, er werde sich »jedem Versuch seiner habhaft zu werden mit den ihm zu Gebote stehenden Mitteln widersetzen«. Diese Unverfrorenheit druckte die gesamte bürgerliche Presse ab, zum Teil kommentarlos, zum Teil offen über eine solche Sprache triumphierend. Die Mitteilung Ehrhardts war die Antwort auf einen Beschluß des Reichsgerichts vom 17. Oktober 1921, der ihm, jedem Usus entgegen, sicheres Geleit bewilligte, wenn er sich zur Vernehmung in Leipzig stelle, seinen Wohnsitz an einem vom Richter zu bestimmenden inländischen Ort nehme und diesen nicht ohne Genehmigung des Untersuchungsrichters verlasse.

**Kurze Chronik** Die Juristische Fakultät der Universität Berlin hat folgende *Preisaufgaben* gestellt: 1. »Es ist zu untersuchen, ob und inwiefern durch Artikel 137 Absatz 3 Satz 2 der Reichsverfassung vom 11. August 1919, wonach jede Religionsgesellschaft ihre Ämter ohne Mitwirkung des Staates oder der bürgerlichen Ge-

meinde verleiht, in Preußen das Besetzungsrecht für die Bistümer und Kanonikate sowie für die katholischen Pfarr- und sonstigen Amtsstellen unter Staats- oder Gemeindepatronat eine Veränderung erfährt.« 2. »Die Prozeßordnung der auf Grund des Friedensvertrages eingesetzten gemischten Schiedsgerichte ist auf ihre fremdländischen Wurzeln zu untersuchen und mit dem geltenden deutschen Zivilprozeßrecht zu vergleichen.« ◊ Der Reichstag beschloß am 16. Dezember 1921 mit den Stimmen der Deutschnationalen und der 3 sozialistischen Parteien die Aufhebung der *Ausnahmezustandsverordnung* vom 28. September 1921. Daraufhin wurde die Verordnung am 23. Dezember 1921 aufgehoben. Ausnahmsweise gilt also in Deutschland zurzeit kein Ausnahmezustand; lediglich die bayrischen Volksgerichte fristen, als seine letzte Ausstrahlung, noch immer ihr höchst überflüssiges Dasein. ◊ Der Prozeß gegen die *Lüttwitzputschisten* ging am 21. Dezember 1921 zu Ende. Das Reichsgericht verurteilte den ehemaligen Regierungspräsidenten Traugott von Jagow wegen Hochverrats, begangen durch führende Beihilfe, zur Festungsstrafe von 5 Jahren, stellte dagegen das Verfahren gegen die Mitangeklagten Freiherrn von Wangenheim und Schiele auf Grund des Amnestiegesetzes vom 4. August 1920 ein, da sie keine Führer gewesen seien. Das Urteil, das als eine Art Vergleichsangebot an die öffentliche Meinung wirken müßte, dürfte nach Lage der Verhältnisse nicht nur die erste sondern auch zugleich die letzte Verurteilung eines Teilnehmers am Lüttwitzputsch gebracht haben. Traugott von Jagow wollte glauben machen, für ihn habe es sich nur um ein Unternehmen »zur Stärkung der Regierung« gehandelt. Der General Erich Ludendorff bewies in diesem Prozeß, daß er ein sehr mutiger Mann ist, indem er beschwor von hochverräterischen Absichten des Lüttwitzputsches nichts gewußt zu haben. ◊ Nach einer Statistik der *Gnadenerweise* in Deutschland entschied der Reichspräsident im Jahr 1920 über 6090 Gnadengesuche. 4113 Fälle betrafen die Urteile militärischer Gerichte, 1977 Fälle die zivilen Strafgerichte (30 Reichsgerichtsurteile, 1947 Urteile außerordentlicher Gerichte). Bei den militärgerichtlich Abgeurteilten wurden Gnadenerweise (Straferlaß, Umwandlung der Straftat, Wegfall der Nebenstrafen) in 2526 Fällen erteilt, in 1587 Fällen abgelehnt. Bei den reichsgerichtlich Abgeur-

teilten wurden 9 Gnadenurteile erteilt, 21 abgelehnt. Von den Urteilen der außerordentlichen Gerichte erledigten sich 694 durch das Amnestiegesetz vom 14. August 1920. Von den übrigen wurde bei 966 ein Gnadenurteil erteilt, bei 290 abgelehnt.  $\diamond$  In Schweden nahmen im Mai 1921 beide Kammern einen Gesetzentwurf der Regierung auf Abschaffung der *Todesstrafe* an.  $\diamond$  Das Berliner Landgericht sprach die Direktoren und einige Mitglieder des Berliner Kleinen Schauspielhauses von der Anklage frei durch die Aufführung des Schnitzlerschen Reigens *die Sittlichkeit verletzt* zu haben. In dem Prozeß entrüstete sich eine 71jährige Leiterin eines Sittlichkeitsvereins als Zeugin über das Stück, obwohl sie zugeben mußte, daß sie es weder gesehen noch gelesen hatte. Ein Zeuge hatte ein Billett geschenkt erhalten, um "Ärgernis nehmen" zu können. Die Sachverständigen, unter ihnen Alfred Kerr, Arthur Eloesser, Max Hochdorf, traten durchweg für das Stück ein. Der Staatsanwalt war so geschmackvoll gegen die Direktoren Maximilian Sladek und Gertrud Eysoldt je 4 Monate Gefängnis zu beantragen. Was über die Berechtigung und die Art der Aufführung des genannten Werks prinzipiell zu sagen ist, wurde hier in der Rundschau Bühnenkunst (1921 I, Seite 58) angedeutet.  $\diamond$  In der dem Parlament *Österreichs* vorgelegten Strafgesetznovelle interessiert besonders die Reform des Jugendstrafrechts und des Strafsystems. Das 14. Lebensjahr soll die Strafmündigkeitsgrenze sein. Jugendliche vom 14. bis zum 18. Lebensjahr sollen wie Strafmündige behandelt werden, wenn sie aus besonderen Gründen noch nicht reif genug sind das Unrecht in ihren Taten einzusehen oder ihrer Einsicht gemäß zu handeln. Bedingter Straferlaß und Ersatz der Strafe durch Erziehungsmaßnahmen soll bei allen strafbaren Handlungen Jugendlicher, auch bei den schwersten Verfehlungen, möglich sein. Ehrenstrafen sollen bei Jugendlichen nie erfolgen. Der Unterschied zwischen schwerem und einfachem Kerker soll durch Abschaffung der Verschärfungsmittel (Nahrungsmittelentziehung, hartes Lager, Einzelhaft, dunkle Zelle) beseitigt werden. Für politische Delikte und Zweikampf soll *custodia honesta* (»Staatsgefängnis«) eingeführt werden, »wenn der Täter bloß um eines idealen Zweckes willen gehandelt hat«.  $\diamond$  Ein neues Strafgesetzbuch für *Palästina* soll von einem dazu von der Regierung eingesetzten Komitee ausgearbeitet und in hebräischer, arabischer und

englischer Sprache veröffentlicht werden.  $\diamond$  Der Berliner Privatdozent *Eberhard Schmidt* wurde Ordinarius für Strafrecht, Strafprozeßrecht und Rechtsphilosophie an der Universität Breslau.

#### Literatur

Hat der einzelne ein Recht zur Revolution? Hat es die Gesamtheit? Schaffen die Revolutionen neues Recht? Wie verhalten sich Recht und Gewalt zu einander? In welchem Zeitpunkt und auf welche Weise kann sich Macht in Recht wandeln? Mit solchen Fragen hat sich die deutsche Staatsrechtstheorie vor dem November 1918 kaum, höchstens einmal nebenbei, befaßt. Georg Jellinek und Gustav Radbruch waren unter der neuen Generation deutscher Rechtslehrer die einzigen, die schon vor dem Krieg diese Probleme juristisch und philosophisch zu ergründen suchten. Nach dem Novemberzusammenbruch wurde das Gebiet des Revolutionsrechts von einer literarischen Überschwemmung heimgesucht. Die sachlich-fachliche Ausbeute war aber recht dürftig. Eine monographische Behandlung fehlte bis jetzt vollständig. So unternahm das Mitglied der Hamburger Bürgerschaft *Walther Lamp* mit seinem Buch *Das Recht der deutschen Revolution /Hamburg, W. Genté/ eine Reise in wissenschaftliches Neuland. Die Hamburger Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät erwarb sich ein bedeutendes Verdienst, indem sie Mittel hergab, die das Erscheinen dieser klugen und kenntnisreichen Arbeit eines vielseitig gebildeten und streng objektiven Mannes ermöglichten. In den 11 Kapiteln des Buches wird das Verhältnis von Macht und Recht, Revolution und Recht in vorzüglicher Weise auseinander gesetzt, Krieg, Staatsstreich, Putsch und Reform werden von der Revolution abgegrenzt. Die starre Legitimitätstheorie wird in ihrer Unhaltbarkeit beleuchtet, unter anderm auch in interessanter Weise durch Bismarcks Auffassung. Das staatswissenschaftliche, juristische und philosophische Material ist in einer bisher nicht erreichten Vollständigkeit zusammengetragen, die Rechtsentscheide wurden sorgfältig gesammelt und kritisiert. Jeder deutsche Richter und Zeitungsredakteur, jeder Anwalt und Parlamentarier sollte Lamp's Schrift lesen, nicht nur, um daraus Belehrung zu schöpfen, sondern vor allem auch, um durch die vorbildliche Sachlichkeit des Verfassers bei diesem die Parteileidenschaft so stark erregenden Problem zur Selbstbesinnung geführt zu werden.*

# KUNST

## Bühnenkunst / Nora Zepler

**Jüdisches Künstlertheater** In Berlin spielt jetzt eine ostjüdische Truppe, die stärkste Eindrücke schafft.

Abgesehen von allem Kunstwert schon durch das Milieu, die ostjüdische Welt selbst, die sie vor uns Leib und Blut werden läßt. Es ersteht dort ein Leben von ganz besonders gefärbter, dem europäischen sehr fremdartiger und doch menschlich tief heimatlicher Kultur, weil von alles durchführender Kraft des Glaubens, der Seelengüte und einer uralten Leidbeladenheit, die jeden einzelnen durchdringen und prägen, sein Dasein bestimmen. Der Gefühlsstrom, der sich, wie eine tragende monotone Musik, in dem singend weinenden Ton der Rede durchzieht, bringt deshalb auch den Mitschwingen, der von dem Jiddischen der Darsteller selbst wenig versteht. Es ist die Einheit dieses Ganzen, die sich ihm mitteilt. Die plastische Kraft dieses Ensembles, sein bluthafter Realismus sind die Substanz, in der sich die seelische Atmosphäre ungeheuer stark auswirkt. Diese Bühne hat in ihrer Wirklichkeitsdarstellung eine wirkliche expressionistische Gewalt.

So ist eigentümlich in die Seele wirkend im Dybuk der fromme Tanz der sich an den Händen haltenden Männer in der "Schul", die in Freude und Lustigkeit noch tief hineinversenkte Schwermutstimmung einer Hochzeit. Dieses Stück *Simon Anskis* hat ein dichterisches Motiv von hohem Gefühlswert, wie ein traurig schönes Volkslied. Bei der Darstellung des Inhalts hebt der westeuropäische Intellektuelle meist das Chassidische hervor. Wohl kaum mit Recht. Das Chassidische, mag es im Bühnenbild dominieren, ist doch nur die Einkleidung des allgemeinjüdischen Kerns, der selber wiederum das Allgemeinmenschliche zur Substanz und Gott zum Ziel hat. Der reiche, mächtige Mann, der in dieser Selbstverständlichkeit den Frommen als seinen Richter ansieht, und der seine Schuld gegenüber dem Toten selbst erkennt: er hat eine Wahrheit zwar nicht unterdrückt, nicht verdunkelt, nein, aber er hat nicht alles getan, um sie ans Licht zu bringen. Die Klage des toten Freundes: das ist die Klage des eigenen Inneren, das die Schleier der Selbsttäuschung entfernt, die das Leben um einen legt. Das ist das Jüdische, das nichts anderes ist als die Forderung des Menschlichen. Und die Braut, die sich dem "Jeschiweh-

bocher", der einen andern Zugang zu Gott suchte und in Verzückung starb, verbunden, angetraut fühlt: dieses Füreinandersein zweier Menschen zeigt hier, weit über jedes gewohnt Individuelle gehend, seine letzte Tiefe in dem Sinn der Welt, der uns einzelnen verschlossen bleibt. Daneben die rührende Figur des offiziellen Bräutigams mit seiner Scheu vor der Frau, vor dem Niegekannten, Nieberührten. Alles Menschliche ist hier heilig, und alles Heilige ist hier doch nur menschlich. Und der alte "Fromme", von dem die Einfachen, Gläubigen das Wunder erwarten, der das Heilige und Heiligste durch Aufzählung der Dinge zu umfassen sucht und doch nur seine eigene Schwäche vor den Dingen fühlt, in denen allen Gott sich äußert. Vielleicht, daß westeuropäische Literaten in all den äußeren Handlungen nur Aberglauben sehen, weil sie in ihrer Aufgeklärtheit mit obligater Mystik (jener modischen Form des Rationalismus, der sich so heftig antirationalistisch gebardet) an einen Glauben nicht zu glauben vermögen. Dem unmittelbar Fühlenden, ob Jude, ob Europäer, wurde diese Welt von den ostjüdischen Schauspielern nicht vor die Augen sondern in das Herz gebracht. Will man einzelne nennen, so vor allem Frida Blumenthal, die verkörperte wundervoll warme, seelisch zarte Mütterlichkeit, den lyrisch gestimmten Alexander Asro, die mit ekstatischer Kraft begabte innige Sonja Alomis und den Frommen Boten des Moses Feder.

Ein Lustspiel *David Pinskis* Jankl der Schmidt zeigte die naturalistische, farbenreiche Kraft der Truppe und offenbarte in Chaim Schneur als Jankl einen Darsteller von ganz großem Format, einen jüdischen Verwandten von Rittner und Klöpfer in Einfachheit, Kraft, Urgefühl und Kindlichkeit.

**Literarische Versuche** Eine von der Berliner Volksbühne veranstaltete literarische Sonderaufführung brachte *Paul Baudisch'* Schauspiel Passion im Neuen Volkstheater. Es handelt sich um das immer neue Problem: Warum läßt Gott zu, daß wir gut fühlen und schlecht handeln? Beide, der Landstreicher, der gleichzeitig ein Lump und Christus ist, und sein Jünger Thomas, der, aus tiefem Glauben heraus zweifelnd, nach dem Urgrund dieses scheinbar Unvereinbaren forschet, erleiden ihre Passion, die gerade nur durch die Hölle zum Himmel führt. Und das ist gleich-

zeitig die Antwort auf die Frage. Es schwingt, trotz sehr viel nicht Gestalteten, nur Gesagtem, ein, besonders im Lyrischen, starker Ton, es lebt ein Formungswille in dem Stück, der verheißungsvoll ist. Die Aufführung tat nun freilich alles dazu das zu verdecken und nur das Unplastische des Schauspiels bloßzulegen. Sie war ein Schulbeispiel für den unseligen sogenannten Expressionismus in der Darstellung, der in ganz äußerlicher Weise Seelisches durch hohle Klang- und Gestenbildung zu dokumentieren sucht und doch ganz einfach nur im Gegensatz zur Menschen-gestaltung steht. Diese unmotivierten mimischen Verkrümmungen der Schauspieler sollten doch nun bereits die Mode von vorgestern sein. Notwendig für das Stück war gerade der umgekehrte Weg: Ohne den lyrischen Werten Abbruch zu tun, mußte die Regie das Unkörperliche des Stücks in einfaches Leben verwandeln. Dazu durfte sie in erster Linie die Hauptperson, den Landstreicher, nicht einem Schauspieler anvertrauen, der an dem menschlichen Gehalt tiefgütiger Beseeltheit und verzweifelter Getriebenheit vollkommen vorbeigang und seine Zuflucht zum Schreien nahm. Auch der sehr begabte Ludwig Achaz, der als Thomas wohl den richtigen Ton traf, steckt noch viel zu stark im Deklamieren. Am besten war Erich Otto als der Vater, er allein eine wirkliche Mischung von Realität und Typisierung.

**Wagner:  
Der fliegende  
Holländer**

Das erste, noch ganz unvollkommene und doch in der Unmittelbarkeit des Gefühlserlebnisses vielleicht vollkommenste Werk Richard Wagners ist von beiden Berliner Opernhäusern in 2 grundverschiedenen Aufführungen herausgebracht worden, von denen jede ihren besondern Wert hatte.

Beiden gemeinsam war die Betonung des Balladenhaften. Im *Staatsopernhaus* noch besonders durch die (einzig sinn-gemäße) Pausenlosigkeit verstärkt. Das Skizzenhafte, das dem Werk an sich eigentümlich ist, wurde zu einer wundervollen künstlerischen Wirkung gebracht durch diese Vorstellung, die das ganze Werk mit all seinem Abrupten, stellenweise Belichteten zusammenfaßt. So überschauerte die Ballade, die Senta singt, als der innere Kern das von keiner Pause zerrissene Ereignis. Die Inszenierung bot im wesentlichen das auch sonst und auf allen Bühnen Gewohnte: dieses freilich ungewöhnlich schön. Wie

das Schiff des Holländers zuerst blitzartig wie ein roter Nebel am Horizont vorüberzieht und dann geisternd stumm und riesenhaft blutig eine Sekunde dicht vorn auftaucht, um sofort gespenstisch schwarz als morsches Wrack in sich zu zerfallen, wie die Mannschaft des Fahrzeugs als eine innere Stimme aus ihm hervortönt, wie die Spinnstube voll der fröhlichen Mädchen lebt, wie durch die prachtvollen Chöre der Schiffer und Frauen das Losgelöste und das Dunkel-drohende der Meeresverbundenheit hindurchklingt; alles das prägt sich tief dem Zuschauer und Hörer ein. Aber das Entscheidende dieser Aufführung geht von Schillings und Kemp aus. Schillings holt in der sachlichen Art seiner Leitung das Sagenhafte, unendliche Verzweiflung und himmlische darüber schwebende Erlösung, aus der Partitur heraus. Die Senta der Barbara Kemp ist die schlechthin ideale Verkörperung. Diese schmale Gestalt von durchsichtigem, in einander übergehenden Blond und Weiß, dieser bläuliche, tief entrückte Blick; diese von Schicksalsmächten schwere Versunkenheit, die von letztem Mitleiden durchbebte, verzehrte Hingabe. Eine wirkliche Erlöserin. Hier hat sich ein Wunder innerer Umwandlung vollzogen: Diese Künstlerin, früher von einer wohl flammenden, aber herrisch kalten Leidenschaft des Selbstischen erfüllt, empfing in letzter Zeit mehr und mehr Wärme und ist hier (wie kürzlich auch als tief rührende Desdemona) voll alle Himmel öffnenden Liebesgefühls. So hatte, sooft Kemp die Senta gab, die Aufführung des Fliegenden Holländers im Berliner Staatsopernhaus ein Niveau, das, in neuerer Zeit leider selten erreicht, an die besten Traditionen dieses ruhmvollen Instituts heranreichte.

Die Darstellung des selben Werks im *Deutschen Opernhaus* konnte sich im Schauspielerischen wie im Musikalischen (das schon durch den ungünstigen Raum so sehr herabgedrückt wird) mit ihr nicht messen. Mafalda Salvatini war gefühlsstark und schönstimmig, aber es fehlte ihrer Senta das Visionäre der Gestalt; sie war von zwingender Leidenschaftlichkeit, doch ganz auf dieser Erde stehend. Die anderen blieben unzulänglich. Nur Edwiz Schubert, der über einen schönen und warmen Tenor verfügt, gestaltete den Erik schlicht und ergreifend menschlich. Doch das Wichtige dieser Aufführung lag nicht in den Einzelleistungen sondern in der Insze-

nierung, die originell und verblüffend überzeugend war. Schon der Einfall den Anfang in tiefer Nacht vor sich gehen zu lassen, veränderte von Grund auf das von unzähligen Aufführungen gewohnte Bild. Wie in der undurchdringlichen Dunkelheit, in der man das Meer nur ahnt, nicht sieht, ein Stück Schiff zu sehen ist, auf dem einige Lichter die Menschen nur von unten beleuchten, während schon ihre Köpfe von der Nacht umfungen sind, wie dann die Lichter allmählich verlöschen und nur noch 1, 2 von ihnen übrig bleiben, wie späte Augen das Dunkel durchdringen: das schafft die richtige Balladenstimmung. Man ist gespannt, es wird einem unheimlich (nicht grauenhaft), und doch fühlt man sich auf dem Schiff irgendwie geborgen. Alle Seegespenstererzählungen werden lebendig, und schon sieht man etwas, was man nicht sieht. Dann wird, während der Steuermann in eine Traumwelt versinkt und das Holländermotiv ertönt, für einen Augenblick das Meer erhellt, weiße Wogen schäumen auf, irgendetwas Dunkles ist dazwischen (hat man wirklich etwas gesehen?), dann ist die Dunkelheit noch dunkler geworden, man fühlt, daß ein Ungreifbares daliegt, doch traut man sich selbst nicht. Und dann steht eine schwarze Gestalt vorn da, tut einige Schritte; man weiß nicht, wo sie hergekommen ist (kein Schiff stößt an den Strand, keine Brücke), das Meer hat sie ans Land geworfen. Als der Holländer dem Daland seine Schätze übergibt, zeigen sich nicht die üblichen beiden schwarzgekleideten Matrosen mit ihrem Kasten; der Holländer zieht nur einen Beutel aus seinem Gewand hervor, hinten das Dunkel bleibt dunkel, nirgends eine Spur von der Mannschaft, von der es überhaupt fraglich bleibt, ob sie existiert, ob diese Mitverdammten, die an längstverstorbene Liebste Briefe ans Land geben, nicht nur in der Einbildungskraft der Seeloute leben, nicht nur aus den Nebeln der See herauswachsen, sich formen, verschwinden. Dann, bei Hellerwerden der Morgendämmerung, ein totes Schiff hinten auf der See, reglos, voller Rätsel und doch jedem Seefahrer wohlbekannt. Im 3. Akt wird aus der Helle wieder die Dunkelheit. In der Abenddämmerung lärmen die norwegischen Matrosen, trinken sich Mut und Übermut an, trappen überlaut auf und werden doch übertönt von dem Schweigen des Holländerschiffs, das wieder weitab vom Strand, ohne Brücke, in der

See liegt. Und so geht die Ballade zu Ende; unwirklich, wie sie begonnen hat, und von größter Wirklichkeit, wie sie erlebt wurde.

**Totenliste** Am 18. Mai 1921 starb das Mitglied des Kopenhagener Königlichen Theaters *Karl Mantzius*, einer der bekanntesten Schauspieler Dänemarks, im Alter von 61 Jahren. Er war ein Sohn des auch über die Grenzen Dänemarks hinaus berühmten Darstellers Christian Mantzius und trat 1883 zuerst am dortigen Königlichen Theater in einem Holberg'schen Schauspiel auf. Mit einer kurzen Unterbrechung hat er dieser Bühne dann ständig angehört und war einige Jahre lang auch ihr Direktor. Mantzius' Rollengebiet war das Charakterfach: Richard III., Shylock, Lear, Marc Anton und moderne Rollen wie Ibsens Solnaes machten ihn berühmt. Interessant ist, daß Mantzius auch in der Oper auftrat: er gab den Beckmesser in den Meistersingern und knüpfte damit an die Tradition des 18. und noch des vorigen Jahrhunderts an, in denen bedeutende Darsteller ganz usuell ebenso als Sänger wie auf der Sprechbühne wirkten. Das erforderte freilich eine organotechnische Durchbildung, die heute nur noch wenige besitzen. Mantzius hat sich auch als Theaterhistoriker betätigt. Er verfaßte ein Werk über englische Theaterverhältnisse zur Zeit Shakespeares und gab unter anderm eine 4teilige Geschichte der Schauspielkunst heraus. In Dresden ist im Oktober *Natalie Haenisch*, 79 Jahre alt, gestorben. Sie war in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts Mitglied der Dresdner Hofoper und wurde dann auf Bühnen- und Konzertreisen berühmt. Ihr Repertoire war, heute ganz ungewöhnlich, fast unbegrenzt, es umschloß Koloratur-, lyrische und jugendlich dramatische, ja sogar Altpartien. Besonders beherrschte sie das italienische Fach. Sie war eine große Gesangsmeisterin, dazu eine der ganz wenigen bedeutenden Gesangspädagoginnen. Ende Oktober starb in Berlin, 64 Jahre alt, *Emil Lessing*, der lange Jahre unter Otto Brahm Oberregisseur des Deutschen Theaters und später des Lessingtheaters war. Er war Brahms treuer Helfer, unermülich um das Ensemblespiel bemüht und ein begeisterter Mitkämpfer für Ibsen und Hauptmann. Auch sein Name bedeutete ein Programm. Später hat sich Lessing auch noch ein Jahr lang

als Regisseur in der Volksbühne betätigt, im wesentlichen aber seine reiche Erfahrung in der Heranbildung jüngerer Kräfte wirksam gemacht.

Am 22. November starb in Vesyö im Alter von 78 Jahren die berühmte schwedische Sängerin *Christina Nilsson*, Gräfin di Casa Miranda, nach Jenny Lind als schwedische Nachtigall bezeichnet, eine Sängerin von internationaler Berühmtheit, die ihre Rollen mit starker dramatischer Kraft erfüllte.

Im Dezember starb plötzlich das Mitglied des Neuen Volkstheaters *Mathilde Staudte*, eine junge, höchst talentvolle Charakterdarstellerin.

**Kurze Chronik** Eine *Gesellschaft für das zeitgenössische Theater* ist in Berlin begründet worden. Sie nennt sich Heute und Morgen und will Bühnendichtungen zur Aufführung verhelfen, die auf den bestehenden Theatern gar nicht oder nur ganz selten an die Reihe kommen. Zum Vorstand gehören Max Hochdorf, Karlheinz Martin, Hans José Rehlich.  $\diamond$  Der *Rotterbühnenkonzern*, dieses Symptom des Verfalls unserer Theaterkultur, dehnt sich immer mehr aus: Das Residenztheater und das Deutsche Theater in Hannover wurden von ihm übernommen, auch wegen einer Münchener Bühne steht er in Verhandlung.  $\diamond$  Das unter der Direktion Dumont-Lindemann zu erheblicher künstlerischer Bedeutung geführte *Düsseldorf Schauspielhaus* wird wahrscheinlich wegen finanzieller Schwierigkeiten seine Tätigkeit einstellen müssen.  $\diamond$  Nach 50jähriger Tätigkeit, die sie also als kleines Kind schon begann, ist *Margarethe Urbanska* aus dem Verband des Berliner Staatsopernhouses ausgeschieden. Die Stärke dieser Tänzerin, die eine vollendete Schönheit der Gestalt und der Gesichtszüge besaß, lag in ihrer Mimik und in der edlen Linie ihrer Bewegungen. Daß sie auch eine leidenschaftliche Sinnlichkeit gestalten konnte, bewies sie als Almée in Bizets *Djamileh*. (Warum wird dieses wunderschöne kleine Werk seit langen Jahren nicht mehr gegeben? Hier bestehen doch wirklich keine unüberwindlichen Schwierigkeiten. Mit *Djamileh* könnte man endlich wieder Einakterabende geben, die zu hören sich verlohnte; zumal das Opernhaus gerade jetzt über eine Künstlerin verfügt, für deren seltene seelische Art die rührende Gestalt der *Djamileh* wie geschaffen scheint: *Elfriede Marherr*.)

**Literatur** Das Theater nennt der Professor an der Münchener Universität *Karl Borinski* eine Schrift, die einen Überblick über die Geschichte des Theaters, der Schauspielkunst und der Bühnendichtung sowie eine Beleuchtung der kulturellen Bedeutung der Bühne geben will (Leipzig, Quelle & Meyer). In der Abhandlung finden sich merkwürdige Auslassungen. So die Darlegung, daß in der modernen Literatur deshalb die Liebe eine entscheidende Rolle spiele, weil die Autoren sonst keinen dramatischen Konfliktsstoff fänden.  $\diamond$  Eine interessante Studie veröffentlicht in der Sammlung Theater und Kultur (Wien, Wiener Literarische Anstalt/ *Max Pirker* unter dem Titel *Rund um die Zauberflöte*). Sie schildert den starken Einfluß der freimaurerischen Strömungen auf das alte Wiener Zauberstück, das aus der *commedia dell'arte* herauswuchs, und stellt am Text der Zauberflöte die Synthese dieser Wiener Spezialdichtung mit dem ethisch-humanitären Gehalt des Freimaurertums dar. Auch die inneren Beziehungen E. Th. A. Hoffmanns und Goethes zu Mozarts Werk werden in besonderen Kapiteln schön erläutert. Natürlich muß über die Zauberflöte noch vieles andere gesagt werden. Ihre Neueinstudierung am Berliner Opernhaus (von der in dieser Rundschau noch die Rede sein wird) läßt daran zweifeln, ob unsere Zeit diesem Werk, das Mozarts junges, ewiges Leben abschloß, innerlich schon nahe ist.  $\diamond$  Den 9 Bänden seiner unter dem Titel *Das Jahr der Bühne* gesammelten Theaterkritiken hat *Siegfried Jacobsohn* jetzt einen 10. folgen lassen (Berlin, Verlag der Weltbühne). Die literarische Persönlichkeit Jacobsohns ist seit Jahren fest umrissen; das Gesamtbild wird durch weitere Publikationen kaum geändert.  $\diamond$  In seinem Opernbuch (Leipzig, Hesse & Becker) gibt *Julius Kapp* kurz und übersichtlich einen textlich-musikalischen Leitfaden durch fast alle heute in Deutschland gespielten und bekannten Opern und zugleich, durch Einordnung der Werke nach ihrer musikhistorischen Zugehörigkeit und durch kurze historische Mitteilungen, einen gewissen Überblick über die Geschichte der Oper Manches (zum Beispiel in der Beschreibung der *Carmen*) möchte man gern anders haben. Im ganzen wird das Buch den Zwecken, für die es bestimmt ist, trefflich genügen und den Opernbesuchern willkommene Dienste leisten.



## KULTUR

Kunstgewerbe / Adolf Behne

## Buchkultur

Eine Vereinigung Dortmunder Bibliophilen gibt als erstes Druckwerk die

Petersburger Träume heraus, die 1861 in der von Dostojewskij redigierten Wremja erschienen und von dem Übersetzer Wladimir Astrow als eine Arbeit Dostojewskijs erkannt wurden. Die buchkünstlerische Durchbildung der Publikation ist sehr ordentlich und mit Geschmack gewissenhaft. Den Druck besorgte W. Crüwell in Dortmund. Den Einband und 3 beigeheftete Lithos zeichnete Walter Herricht, der an der Dortmunder Kunstgewerbeschule unterrichtet. Sie sind durchaus eine Einheit, sowohl mit der Erscheinung des Drucks wie mit dem Wesen der Erzählung, weil sie selbst gar nicht erzählend sondern gestaltend, in Hell- und Dunkelbahnen neu schaffend sind, die Grenze des Abstrakten streifend. Die Durchdringung von beziehungslosem Schweißen und haarscharfem Zusammentreffen, die den Charakter der Dostojewskijschen Dichtung ausmacht, ist, mit anderen Mitteln, auch in den Lithos Herrichts Ausdruck geworden.

Für die bilderreiche Lyrik Tagores fand Richard Janthur in dem 1. Band der von Constantin I. David herausgegebenen Ciddrucke /Berlin, Schnabel/ eine zeichnerische Begleitung, die zwischen Illustration und Ornament die Mitte hält. Das Zusammengehen des Satzes mit dem in Stein radierten, in seinen Abmessungen stets wechselnden Rahmen ist manchmal überraschend gut. Eine strengere Haltung bei sonstiger Verwandtschaft zeigen Janthurs Steinzeichnungen zu dem Epos Gita Gowinda, das in der Rückertschen Übersetzung aus dem Sanskrit der Verlag Schnabel als 4. Band der Verschollenen Meister der Literatur herausgab.

Einen durchweg eigenen Typus bedeuten die Zwanglosen Geschichten und Bilder von Heinrich Zille (2. Folge der Neuen Bilderbücher /Berlin, Fritz Gurlitt/). Der Text wurde von dem Erzähler in seiner Handschrift auf den Stein geschrieben, so daß lithographierte Schrift und lithographiertes Bild eine ursprüngliche, natürlich handwerkliche Einheit bilden. Das Buch, ein bedeutendes Zeitdokument, enthält einige der stärksten Zeichnungen Zilles und zeigt ihn als einen Meister auch der Erzählung.

Wundervoll ist die große und freie Einstellung zu den Dingen, der Reichtum des gefangenen Lebens, das in seiner Fülle die Buchform zu sprengen droht. Und dennoch ist es ein vollkommenes Buch, eines der seltenen bei uns, die leben.

Die letzte Veröffentlichung F. T. Marinettis Les mots en liberté futuristes (in den Edizioni futuriste di Poesia in Mailand), teilweise eine frühere Veröffentlichung Les paroles en liberté aufnehmend, ist Beispiel eines neuen Buchtyps; im Gegensatz zum handwerklichen Typ, wie ihn etwa Zille konsequent gibt, des maschinellen Typs. Marinetti macht sich die Möglichkeiten der Setzmaschine mit großem Geschick zu eigen, und er kommt, sie wirklich in ihrem ganzen Umfang ergreifend (Schrägstellung, Gegenrichtung der Zeilen, Typen- und Farbenwechsel usw.) zu typographischen Wirkungen von prächtiger Lebendigkeit. Wie wenige ahnen bei uns, welches wundervolle künstlerische Werkzeug in ihrer präzisen Artikulationsfähigkeit die Technik des Drucks zu sein vermag. Die Amerikaner sind uns, sogar in der Verwertung für die Praxis, weit voraus. Prospekte mancher amerikanischen Firmen haben durch die Ausnutzung der Mittel ihrer Maschinen (bis zu 12 und 14 Magazinen) eine Klarheit, Übersichtlichkeit und knappe Einfachheit, die man bei uns kaum jemals auch nur angestrebt sieht. Weidenmüller ist in seinen Drucksachen einer der wenigen, die diesen Dingen überhaupt Aufmerksamkeit zuwenden. Das Übliche ist bei uns noch immer die Vermischung handwerklicher und maschineller Formen und Methoden, und zwar in dem Sinn, daß die Maschine wenigstens das Letzte ihrer so wundervoll genauen Arbeit zu unterdrücken habe. Hierbei spielt eine gewisse Spezies von Expressionismus eine ungünstig wirkende Rolle. Zum Beispiel in gewissen Arbeiten von Rudolf Koch /Offenbach/. Die Art, wie er in seinen Konzertprogrammen ohne jede sachliche Notwendigkeit die Formen der Buchstaben künstlich ungenau, "mittelalterlich" zeichnet, alles ein bißchen windschief, ungleich, unvollkommen und verbogen, so wie die Fenster, Türen, Giebel usw. auf gewissen expressionistischen Bildern erscheinen, ist schiefes Denken und wirkt "künstlerisch" nur auf solche, denen alles Gerade, Klare und Konzise unbehaglich und, als "seelenlos", unkünstlerisch ist. Sehr charakteristisch ist übrigens ein

Satz Fritz Hoebers aus einer nachgelassenen Kritik über die Offenbacher Schreiber: »Auch den Buchstaben und Zeichen geht (besonders bei den neuesten "expressionistischen" Arbeiten R. Kochs) erfreulicherweise jede Exaktheit der gegossenen Satztype ab.« Solange man bei uns die Fähigkeit der Setzmaschine nur in der langweiligen Korrektheit eines Parademarschs der Typen kannte, war die Abneigung gegen den mechanischen Satz immerhin verständlich. Aber seitdem wir Beispiele haben, daß diese Langweiligkeit gar keine Äußerung der Maschine sondern ihrer Benutzer war, sollte doch die neue Schönheit offenere Augen finden. Unter der Überschrift Revolution der Typographie schreibt Marinetti: »Ich unternehme eine Revolutionierung der Typographie, die in der Hauptsache gerichtet ist gegen die idiotische und zum Brechen reizende Art des Buchs mit dem Luxus des freien Papiers, dem Stil des 16. Jahrhunderts, dem Schmuck von Zierleisten, Minerven und Apollons . . . Meine Revolution ist gegen alles gerichtet, was man typographische Harmonie der Seite nennt, die nur Feind des Hin und Wider des Stils ist, der sich auf der Seite lebendig entfaltet. Wir werden auf einer und der selben Seite 3 oder 4 Farben und 20 verschiedene Typen verwenden, wenn es not tut . . . Wir gewinnen uns heute aus dem Chaos der immer neuen Eindrücke eine neue Schönheit, die ich leuchtende Klarheit der Geometrie und der Mechanik (*splendeur géométrique et mécanique*) nenne.« Die neue Typographie hat schon eine Geschichte, *Guillaume Apollinaire* hat sie 1912 in den *Soirées de Paris* behandelt (*Simultanisme-Librettisme*). <Manche sehr frühe russische Beispiele sind im Westen wenig bekannt geworden.> In dem erwähnten Heft der *Soirées de Paris* sind auch einige Gedichte Apollinaires in der simultanistischen Typographie gedruckt. Verglichen mit den letzten Arbeiten Marinettis wirken sie fast zaghaft, kompliziert, noch zu sehr auf regelmäßige, dekorative Form gestellt. Marinetti zeigt uns, etwa in der *Bataille à 9 étages du Mont Altissimo* und am lebendigsten in der *Assemblée tumultueuse* (*Sensibilité numérique*) Satzbilder, die, mit der Schlagkraft einer Formel, ohne alles erklärende oder stimmunggebende Drum und Dran, alle Mittel des Satzes nutzend, einen äußerst konzentrierten und direkten Ausdruck des künstlerischen Themas geben. Es

handelt sich um die Ausbildung einer Mitteilungsform, die gleichsam die erzählende, berichtende, vermittelnde Zwischenform überspringt. Die Erzählung, der Bericht, galten bisher für notwendig zu jeder Mitteilung, und das Charakteristische der Formung wurde in die Art des Berichts gelegt. Das Abbild der Erzählung im Satz war uniform. Das Satzbild eines Kampfergebnisses sah so aus wie das einer Liebesgeschichte. Marinetti findet nun ein Verfahren das Satzbild charakteristisch zu machen, zu einem direkten Ausdruck der Sache, die dann der erzählenden, glättenden Zwischenform nicht mehr bedarf.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch ein Buch erwähnen, das einen interessanten Typ von *photographischer Darstellung eines Stadtbilds* gibt: *Moses Kings Views of New York / New York, Selbstverlag/*. Eine geradezu erdrückende, atemraubende Fülle von Leben ist hier gebannt. Mit einer faszinierenden Nähe und Eindringlichkeit stellen sich Häuser, Menschen, Brücken, Dächer, Fenster, Straßen, Schiffe, Bahnen, Fähren um uns her, wobei die Bilder im einzelnen durchaus nicht besonders gut, oft im üblichen Sinn kitschig sind. Der Grund für die starke Wirkung ist, daß sich in lebendigster Fülle und in buntestem Wechsel Bild an Bild reiht. Hier ist, nicht aus künstlerischer, bewußter Absicht, aber aus sicherem Instinkt eines auf Wirkung, nicht auf Erscheinung gerichteten Herausgebers, die von Marinetti so heftig verwünschte Harmonie der Buchseite bedenkenlos geopfert. Die Klischees überfluten fast den Seitenrand. Schon auf der Rückseite des Umschlags beginnt der Strom der Bilder; kein Voratz, kein "Luxus des weißen Papiers", kein Vorwort. Alle knappsten Angaben ganz klein schlagwortartig unter und über das Bild gesetzt, und die Abfolge der Bilder wechselt in Größe, Technik, Orientierung von Blatt zu Blatt. Keine Sehenswürdigkeiten marschieren hier auf, keine Museumsstücke, sondern aus Bildern, Bildern, Bildern baut sich eine ungeheure Stadt wie das betäubende Erlebnis der ersten Durchquerung überwältigend auf, als ein untrennbares Ganzes aus 1000 Einzelheiten. <Das Gegenstück: Morton H. Bernaths *New York und Boston* (in der Reihe der berühmten Kunststätten /Leipzig, E. A. Seemann/, in dem die Abbildungen *New York* ungefähr wie ein gemütliches Hafenstädtchen mit bescheidener alter Kultur erscheinen lassen.)>

**Wolkenkratzer** Natürlich interessieren uns in Kings Buch die Wolkenkratzer besonders stark. Denn immer mehr gelangt das Problem des Hochhauses in unseren Städten zur Verhandlung. Einige Arbeiten in der Bauwelt seien genannt: Friedrich Paulsen Hochhausbaukunst und Fritz Schumacher Hochhaus Köln. Fast immer dienen die *amerikanischen* Bauten unseren Architekten als die dunkle Folie, von der sich die deutschen Hochhäuser um so heller abheben sollen. Zumindest gilt das von der künstlerischen Behandlung. Es wäre freilich verfehlt zu verkennen, daß die künstlerische Lösung des Hochbaus in Amerika noch nicht völlig gelang. Und daß es sich von vornherein nicht um eine Nachahmung des Wolkenkratzers für uns handeln kann, ist in dieser Rundschau deutlich gesagt worden. Aber wenn man die bisher vorliegenden deutschen Projekte mit den amerikanischen vergleicht, so fragt es sich doch, ob man nicht die amerikanischen trotz ihren Barockpalast- oder Hellenentempelzutaten den deutschen Plänen vorziehen soll. Unsere Architekten (Möhring, Schumacher, Kurtz, Kraffert, Kemnitz und andere) wissen sehr genau, daß sich antike Säulen nicht für einen Wolkenkratzer des 20. Jahrhunderts schicken. Aber ihre garantiert "modernen" Lösungen haben fast durchweg etwas unlebendig Kunstgewerbliches. Trotz ihren Säulen, Giebeln und Gebälken sind die amerikanischen Bauten im ganzen die selbstbewußteren Kinder unserer Zeit. Die historische Dekoration fortzulassen ist an sich leicht. Aber dadurch wird das Hochhaus zunächst eben nur theoretisch "richtiger". Es ist wie mit den Plakaten. Die Franzosen hatten das Plakat Chérets (der vor kurzem seinen 80. Geburtstag feiern konnte) und Lautrecs. Die Deutschen entwickelten aus diesen "Ansätzen" den richtigen, "reinen" Flächenstil. Und als sie ihn erreicht hatten, war ihnen unterwegs die Kunst abhanden gekommen. Die amerikanischen Wolkenkratzer, selbst die kitschigsten, haben ein unerhörtes Leben; auch durch die veralteten Embleme werden sie selten kleinlich. Unsere Architekten aber haben kaum den Mut das Wesen des Hochhauses zunächst einmal innerlich wirklich zu bejahen. Sie sorgen mehr als um den Kern um seine Schale, mehr als um die Sache um ihre Auflösung. Sie treppen die Masse ab. Aber sie mögen bei solchem Vorgehen noch so großzügig

modern, das heißt in der *Vermeidung* gewisser Formen, sein; sie werden weit hinter den Amerikanern zurückbleiben, weil sich die Masse eines Hochhauses nicht wie ein Schlößchen oder wie ein Rathaus in einer Mittelstadt bewegen läßt. Das Prinzip eines Hochhauses, sein gesammeltes, unzersplittertes, gerades, einheitliches und unaufhaltsames Steigen zu verzetteln, abzutreten und aufzulösen: das ist Kleinlichkeit, weit mehr und weit bedenklicher als die nicht zu billigende, aber relativ harmlose Verwendung historischer Schmuckformen. Es heißt den Blick vom Wesentlichen abziehen, wenn man beständig das historische Gewand der Amerikaner so weise kritisiert, aber den Kern nicht entfernt so mutig und klar wie jene anpackt. Jene geben der Masse ihr großes, freies, mächtiges Leben und ärgern uns oft durch die Konventionalität und Äußerlichkeit der Einzelheiten. Die unseren vermeiden sehr korrekt die unpassende Säule und das klassische Gebälk (ohne deshalb schon weniger konventionell zu sein), zwingen aber die Masse, das Leben, in konventionelle Bahnen (Ausnahme: Richard Döcker in Stuttgart). Für das in *Danzig* geplante Hochhaus am Karrenwall (siehe diese Rundschau, 1921 II, Seite 862 ff.) liegt neben anderen Entwürfen ein solcher des Stadtbaurats Friedrich Fischer vor, der in vieler Beziehung gut durchdacht ist. Fischer hat klar erkannt, daß ein Hochhaus an dieser Stelle, weit entfernt dem historischen Charakter der Stadt zu zerstören, vielleicht das ernsthafteste Mittel wäre ihn zu retten. Läßt man, wie es jetzt geschieht, die Langgasse immer mehr zum Hauptverkehrsweg werden, so wird der Verkehr mit Notwendigkeit eines Tages das Langgasser Tor sprengen, die Straße verbreitern, die alten Häuser, die jetzt schon mehr und mehr zu Bureau- und Geschäftshäusern werden, abreißen müssen. Es gilt also einen neuen, modernen Verkehrsweg zu schaffen, der die Altstadt umgeht. Das Bureauhochhaus am Karrenwall könnte der Anfang einer neuen City werden. Der Verkehr vom Bahnhof, der mit der Anlage neuer Hafengebiete stark wachsen wird, hatte die modernen breiten Straßen Elisabeths., Dominiks- und Karrenwall zur Verfügung und berührte die historischen Stadtteile wenig. Der Entwurf Fischers ist sonst sachlich und überzeugend, hält freilich ein Überleiten zur Umgebung, namentlich zu den schönen gotischen Backsteingiebeln der Trini-

tatskirche, für nötig und möglich, obwohl doch bei einem beginnenden Überleiten niemals das logische Ende abzu- sehen wäre. Um die vollkommene Überleitung zu finden, müßte man so lange überleiten, bis man auf den Neubau verzichtet. Das Verhältnis des Hochhauses zu seiner Umgebung kann ästhetisch nur befriedigen, wenn es nicht auf einem Kompromiß sondern auf klarer Spannung beruht.

#### Siedelungs- wesen

Vor kurzem ist eine Deutsche Gesellschaft für *Städtebau und Landesplanung* gegründet worden. Sie will nicht eigentlich den Städtebau im alten Sinn pflegen sondern sämtliche baulichen Anlagen in weitester Bedeutung in ihren Interessenkreis ziehen und sich ebenso dem Schutz der Wälder, Gewässer, Landschaften widmen. Zu ihren Aufgaben werden also neben der Landesaufnahme die Erschließung neuer Geländeteile, land- und städtebauliche Siedelungen, Straßen-, Wasserstraßen-, Eisenbahn-, Kanalbau usw. gehören; auch die dazu nötigen Arbeitskräfte wird sie heranzuziehen suchen.

Eine ausgezeichnete schöne Leistung ist Friedrich Fischers Kleinwohnhauskolonie am Bärenweg in *Danzig-Langfuhr*, von äußerster Klarheit und bewußter Sachlichkeit, vortrefflich in den Proportionen und der Materialbehandlung. Auch der erste Abschnitt einer Kleinhauussiedlung, die Hans Scharoun in *Insterburg* baut, hat manches Gute. Die farbige Behandlung und gewisse spielerische Details sind mehr malerisch als architektonisch gedacht. Doch ist unverkennbar ein sehr begabter und entwickelungsfähiger Architekt am Werk. Ein gutes Beispiel für die farbige Behandlung von Kleinhäusern hat Max Taut in der Siedlung *Grunewald* gegeben.

#### Holland

Die holländische Regierung veröffentlicht in einer Mappe die Entwürfe für das *Abgeordnetenhaus* im Haag (Ontwerpen vor de Verbouwing en Uitbreiding van het Gebouw van de Tweede Kamer der Staten-Generaal). Es handelt sich um das Ergebnis einer engern Konkurrenz, zu der de Bazel, Berlage, Ed. Cuypers, der Reichsbaumeister Knuttel, Limburg, und Jan Stuyt aufgefordert worden waren, die auch alle an dem Wettbewerb teilnahmen. Die berechneten Baukosten schwanken zwischen 4 und 6 Millionen Gulden. Ein Entschluß, ob einer der

Entwürfe, und welcher, zur Ausführung gelange, ist bisher noch nicht gefaßt. Die Entscheidung liegt bei dem die Konkurrenz ausschreibenden Minister. Als Unterlage dient diesem ein Bericht einiger technischer Fachleute, der ohne jede Berührung ästhetischer Fragen einzig und allein die Punkte feststellt, in denen die einzelnen Entwürfe von den Forderungen des Programms abweichen. Die Erläuterungen der Architekten wurden gleichzeitig mit der Publikation in einem Heft herausgegeben. Die Regierung verpflichtet sich, falls sie einen der Entwürfe zur Ausführung bestimmt, ihn nur durch den Urheber ausführen zu lassen. Jeder Teilnehmer verpflichtet sich die Ausführung zu übernehmen, nach dem Tarif des Bundes Niederländischer Architekten, und seine äußerste Sorgfalt an die Aufgabe zu setzen. Das nicht sehr günstige Grundstück schließt sich unmittelbar an die historischen Bauten des Binnenhofs an. Das meiste künstlerische Interesse wecken die Arbeiten de Bazels, Berlages und Knuttels. Das Programm verlangt, daß »bei dem Haupteingang ein Vestibül mit einer monumentalen Treppe entworfen« werde. Knuttel geht in der Monumentalität am weitesten; er erinnert mit seinem massigen Belfried über dem Vestibül, das den Sitzungssaal zusammenzupressen droht, an gewisse deutsche Beispiele und würde, zumal diese "Wucht" dem Charakter der stillen, feinen Stadt schlecht entspricht, wenig Liebe erwecken, wenn nicht der Grundriß doch sehr geschickt und klar entwickelt wäre. Am zurückhaltendsten in der Steigerung ist der Entwurf de Bazels, wie sich das schon in der wohlüberlegten, gar nicht auf blendende Wirkung ausgehenden Stellung des Haupteingangs und Vestibüls zum Sitzungssaal ausdrückt. Schade, daß die Außererscheinung des Baus kaum über eine sehr anständige Konventionalität hinausgeht. Berlages Entwurf scheint mir der wertvollste zu sein, trotz gewissen Kompliziertheiten im Grundriß, der in der Hauptsache übersichtlich und wohlabgemessen ist. Die straffe, ausdrucksvolle und feste Erscheinung des Äußern ist von der besten, reifsten Arbeit Berlages. Dem Haupteingang hat Berlage, dem Programm entsprechend, eine monumentale Betonung gegeben; aber wie schlicht und wie ganz aus neuem Geist heraus entwickelt ist dieser Aufbau, der phrasenlos dem Imposanten fein und sicher aus dem Weg geht. Der Aufbau wird von einem Kristall

gekrönt, das sich in die eigenartige Silhouette dieser Stadt schön einfügen könnte. Das Wertvollste aber scheinen mir doch die Seitenansichten. Nur ein Entwurf, und zwar der künstlerisch schwächste, hat eine Anlehnung an die historischen Nachbarformen versucht. Bei Knüttel konnte man an eine Herausforderung des Alten denken, bei Berlage weder an Anlehnung noch Ablehnung sondern allein an die sachliche ehrliche, vorurteilsfreie Arbeit.

Eine Übersicht über das letzte Schaffen der holländischen Architekten gab vor kurzem die Zeitschrift *Wendingen*. Sie ist das Organ der Architektenvereinigung *Architectura et amicitia*, die neben dem Bund Niederländischer Architekten, der mehr die Fach- und Standesinteressen vertritt, die besonderen künstlerischen Interessen pflegt. Beide Vereinigungen machen bei der Aufnahme ihrer Mitglieder keinen Unterschied zwischen Akademikern und Nichtakademikern. *Architectura et amicitia* konzentriert sich aber um einen engeren Kreis von Mitgliedern, die auf besondere, allgemein anerkannte Leistungen hinweisen können: die *afgevaardigde leden*. Sie werden von einer Kommission gewählt und können von dieser Kommission auch wieder gestrichen werden. Ihnen ist recht eigentlich die Pflege der künstlerischen Interessen anvertraut. *Wendingen* nun gibt eine Zusammenstellung von Arbeiten aller *afgevaardigten leden* des Jahres 1920. Diese bewährten Mitglieder oder Meister müssen jedes Jahr ihre Arbeiten ausstellen, unterliegen aber hierbei keiner Jury mehr. So ist auch die Zusammenstellung des Hefts ohne Jury erfolgt. Wir erhalten einen willkommenen Überblick über die Arbeit der angesehensten Architekten des Landes, die sich ohne Engherzigkeit zusammenfinden.

#### Ingenieur- bauten

Der Deutsche Bund Heimatschutz hat im Verein mit dem Werkbund den

folgenden Aufruf erlassen: »Die wirtschaftliche Lage zwingt uns dazu die deutschen Bodenschätze und Wasserkräfte so weit wie möglich auszunutzen. Trotz der ungünstigen Wirtschaftslage ist daher schon in nächster Zeit mit Entwurf und Ausführung zahlreicher und bedeutungsvoller technischer Anlagen, insbesondere wasserwirtschaftlicher Art, zu rechnen. Soweit hierdurch weitgehende Eingriffe in das Heimatbild nötig werden, gilt es die Wirtschaftlichkeit und Schönheit des Bauwerkes an sich

mit dem Landschaftsbild möglichst in Einklang zu bringen. Erst in dieser früher ebenso wie heute erreichten Vereinigung des Wirtschaftlichen mit dem Schönen findet hohe Wertarbeit ihren vollendeten Ausdruck. In diesem Sinne jetzt Kulturarbeit zu leisten ist bei aller gebotenen Sparsamkeit und Sachlichkeit eine wichtige Aufgabe unseres Wiederaufbaues. Da manche ältere und neuere Arbeiten diese Vereinigung von Wirtschaftlichkeit und festem Kulturgefühl vermissen lassen, sind zuverlässige Grundlagen für das Gestalten und Durchbilden aller einschlägigen Aufgaben des Werkbaues schlichter handwerklicher wie künstlerisch hochwertiger Art und Richtlinien für die Pflege durch sie berührter landschaftlicher und kultureller Werte unentbehrlich. Diese Grundlagen und Richtlinien an Beispielen gut durchgebildeter Ingenieurbauwerke aller Zeiten planmäßig herauszuarbeiten und in einem umfassenden Werk niederzulegen haben sich der Deutsche Bund Heimatschutz und der Deutsche Werkbund zum Ziel gesetzt. Der Plan ist aufzubauen auf festen technischen Voraussetzungen und durchzuführen mit Hilfe berufener Kräfte aus den einzelnen Fachgebieten, um der Praxis ebenso wie dem Nachwuchs der Bauingenieure wegweisend und als brauchbares Rüstzeug zu dienen.« Gegen diese Forderungen, in solcher Allgemeinheit erhoben, ist kaum etwas einzuwenden. Nur lassen sich, bei der Gestalt, die solche Dinge bei uns anzunehmen pflegen, auch in dieser Sache Bedenken, wie sie oben im Abschnitt *Wolkenkratzer* geäußert wurden, nicht ganz unterdrücken.

#### Mode

Mode bei uns ist zurzeit eine Mischung Barock bis Biedermeier mit Expressionismus. Mit seinem sichern Instinkt hat *Oskar Kaufmann* in Berlin diese Note getroffen: im Theater am Kurfürstendamm (Umbau des Ausstellungshauses der Sezession, eines in seiner feinen Schlichtheit sehr sympathischen Baus des sonst wenig bekannten Bruno Jautschus). Das Wort eines Kritikers vom »*expressionistischen Barock*« wurde sofort aufgegriffen und fast ein Schlagwort. Die Zusammenstimmung des Malers *César Klein*, des Bildhauers *Walter Reger* und des Architekten ist jedenfalls vollkommen. Was den bonbonhaft süßlichen Raum (der Bühnenrahmen gleicht völlig einem mondänen Paradebett) so wenig erfreulich macht, ist die Koketterie mit

der eigenen Überlegenheit. Sollte man später eine Volksbühne zu bauen bekommen, so war dies doch eine satirisch gestimmte Droherie, ein höfliches Spottgedicht auf den Geschmack der neuen Reichen. Bis dahin aber sei es entzückend spielende Modernisierung des Louis seize. In Wirklichkeit: nicht Laune, Temperament und Spiel, sondern höchst nüchtern ist die Rolle des Spielenden angenommen und markiert, und auf alle Fälle ist für eine Hintertür gesorgt, daß man auch nicht einmal die Freude an der Rolle unbedingt für echt halten müsse.

Otto Haß-Heye, der im Schulhaus des Kunstgewerbemuseums einen Überblick über die Leistungen seiner Modeklasse im 1. Jahr ihres Bestehens geben wollte, wandelt auf ähnlichen Schlängelwegen. Was man zu sehen bekam, hatte mit Mode wenig zu tun, kam aus einer Verwechslung von Modegewand und Theaterkostüm, das nun zur Abwechslung den Expressionismus mit *Biedermeier* mischte. Man findet das allgemein geistreich, es ist aber nur Unfähigkeit die Aufgabe klar zu erkennen und unmittelbar zu ergreifen. Der Raum war von *Willy Breest*, einem Schüler César Kleins, für das Fest hergerichtet worden, und seine Dekoration war das Netteste des Abends.

#### Plakate

Daß die *deutsche* Plakatkunst recht schwach dasteht, geben die einsichtigen ihrer Freunde zu. Vielleicht war solche Einsicht der verdienten Vorstandsmitglieder im Verein der Plakatsfreunde nicht der letzte Grund für das animose Vorgehen eines Teils der Mitglieder gegen den Vorstand, das schließlich den Vorsitzenden, Hans Sachs, und seine Freunde zur Amtsniederlegung veranlaßte. Man muß abwarten, ob das Plakat, das Sachs mit einer außergewöhnlichen Kenntnis und mit vorbildlicher Vorurteilslosigkeit redigiert hat, sich auf einer achtbaren Höhe halten wird.

In der Berliner Galerie Alfred Flechtheim zeigte man eine Reihe Toulouse-Lautrecscher Plakate. Wie dumpf, wie gesucht, wie kitschig ist neben dieser Einfachheit, Selbstverständlichkeit und Sicherheit unser Affichenmaterial. Als leichte Fähnchen im Wind flattern Lautrecs Plakate, unaufdringlich und doch wirksam, jede Linie voller Geist, Anmut und Unfehlbarkeit. Und gelegentliche Proben im Plakat beweisen, daß die *französische* Affiche diese Tu-

genden bis heute nicht völlig verloren hat. Eine Zusammenstellung französischer Propagandaplakate aus den Kriegsjahren mit den deutschen genügt zum Beweis. Keine Spur des hohlen Kraftprotzentums, das bei uns das Feld beherrschte. Eine leise Trauer ergreift an manchen Arbeiten der Abel Fauvre, Hauttot, Paublot. Einzig und allein Heinrich Zille hat bei uns diesen menschlichen Ton in seinen "Vadding"-Bildern gehabt. Die Ausstellung bei Flechtheim enthält einige der schönsten Leistungen Lautrecs: unter anderen May Belfort, Aristide Bruant. Bei uns bleibt die handwerkliche Beherrschung der Mittel unsagbar weit hinter Lautrec zurück. Dafür geht aber der "künstlerische Anspruch" um so überzeugter über ihn hinaus. Einige gute moderne Plakate danken wir Oskar Schlemmer /Weimar/ und Willi Baumeister /Stuttgart/. Dies sind aber Plakate nicht mehr malerisch-zeichnerischer sondern typographischer Art.

Das Plakat veröffentlicht eine gut illustrierte Arbeit des Direktors der Kunstgewerbeschule zu t'Hertogenbosch, Huib Luns, über *holländische* Plakatkunst von 1914 bis 1921. Der Eindruck ist nicht sehr stark. Auf der einen Seite eine etwas trockene Feierlichkeit (Roland Holst), auf der andern Seite kommt sehr bald der Kitsch. Am erfreulichsten ein farbig geschmackvolles, in der Zeichnung etwas pathetisches Plakat von Jac Jongert für die Volkshochschule Rotterdam. Das Plakat scheint den Holländern nicht besonders zu liegen. Um so vorzüglicher sind sie in allem, was den Druck betrifft. Schade, daß dem Aufsatz im Plakat nicht einige typographische Arbeiten von Doesburg und Wijdeveld beigegeben wurden.

#### Reklame

Ein zurzeit besonders gepflegtes Mittel der künstlerischen Reklame ist das *Waren- oder Fabrikzeichen*, wie wir es in primitiver Art etwa von dem Zwillingstempel der Solinger Stahlwaren kennen. Es gehört ein nicht alltägliches Maß von Geschmack und Witz dazu, um ein wirklich einprägsames, das heißt vor Verwechslungen geschütztes, knappes und für den Betrieb auch charakteristisches Zeichen zu finden. Zu den bewährtesten Markenzeichnern gehört Walter Kersting, der in einem kleinen hübschen Buch seine besten Arbeiten zusammengestellt hat (Schutzmarkenentwürfe von Walter Kersting /Hannover, Selbstver-

lag/). Arbeiten wie das Signet für eine Fabrik von zahnärztlichen Zementen, das ein M und B zu einem Zahnschema zusammenfügt, oder die reizvolle Zusammenstellung eines L mit einem roten Kreuz für eine Fabrik von Sanitätswaren sind kleine Meisterstücke ihrer Art. Auch das durch und durch geschmackvolle Büchlein, dessen Druckausführung von Edler & Krische in Hannover stammt, gut, wenn auch nicht sehr neuartig durchgebildet, ist eine Freude. Doch ist die Grenze des für diese Sache an Aufwand Möglichen hier unbedingt erreicht.

Neben diesen erfreulichen Zeichen im Kleinen eine Grotteske im Großen. Die Architekten Hans und Wassilij Luckhardt haben in gemeinsamer Arbeit mit dem Maler Erich Wohlfeld und dem Bildhauer Rudolf Belling in Berlin auf der Strecke der Autorenbahn Grunewald 3 *Reklameaufbauten* errichtet, die wahrscheinlich, wenn sie nicht gesprengt werden, einige Generationen überdauern, jedenfalls in ihrer soliden Betonkonstruktion 10mal so lange stehen werden wie die Firmen zur Bedingung machten. Diese wollen natürlich spätestens nach 5 Jahren etwas ganz anderes haben. Und in der Tat, was hat Reklame mit Unsterblichkeit zu tun? Wenn auch manche Unsterblichkeit ein Triumph der Reklame sein mag. Ob nicht diese "expressionistischen" Monumente schon nach 2 bis 3 Jahren reklameuntüchtig geworden sind? Wäre nicht ein bewegliches, technisch witziges, leicht auf- und um- und abzumontierendes Gebilde praktischer und besser gerade an diesem Platz gewesen? Wenn man Reklame mit Phantasie macht (und das ist ja durchaus besser als sie ohne Phantasie zu machen), muß es dann gleich Kunstgeschichts- und Denkmalsphantasie werden? Diese dem "Jugendstil" verzweifelt ähnlich sehende Spezies von Expressionismus kann nicht einmal Reklameaufgaben wirklich gerecht werden.

**Totenliste** Anfang September 1921 starb der Architekt *Edmund Waldow* in Dresden. Er führte für Dresden die Gebäude der Ministerien des Innern, des Kultus und der Justiz, die Gebäude im Botanischen Garten, das Seminargebäude in Dresden-Strehlen aus; auch leitete er den Umbau der Oper.

In München starb im Oktober *Joseph Bühlmann*, seit 1875 Lehrer der Technischen Hochschule dort. Er war besonders als einer der hervorragendsten Kenner

der Bauformen des klassischen Altertums und der Renaissance bekannt, über die er ein 3bändiges Tafelwerk verfaßt hat. Er hat Panoramen von Rom und anderen Städten und Rekonstruktionen antiker Bauten geschaffen, von denen vor allem die römischen bekannt geworden sind. Bühlmann war als Lehrer hochgeschätzt.

Mitte Dezember starb *Friedrich von Thiersch* in München. Seine hervorragendsten Werke sind die Münchener Justizpaläste und das Kurhaus in Wiesbaden. Auch sein Entwurf für das Reichstagsgebäude ist bekannt geworden, er erhielt einen der Preise. Thiersch ist 1852 in Marburg geboren; er besuchte in Stuttgart das Polytechnikum, 1879 kam er als Lehrer an die Akademie der bildenden Künste nach München.

**Kurze Chronik** Ein Verein zur Erneuerung der *Münchener Frauenkirche* hat sich gebildet.

In den Jahren 1858 bis 1868 wurde die Kirche schon einmal umgebaut. Damals wollte man sie im Geist ihrer Ursprungszeit wiederherstellen und merzte zu diesem Zweck alles nicht Gotische aus dem Bauwerk aus. Damit zerstörte man viele künstlerisch wertvolle Teile, die am Anfang des 17. Jahrhunderts in der Art der damaligen Zeit aus der gotischen Kirche ein Gemisch von Renaissance und Barock gemacht hatten.  $\diamond$  In Ypern und *Westflandern*, wo bekanntlich der Krieg am furchtbarsten gewütet hat, so daß das Land noch vor 2 Jahren wüst dalag, ist heute bereits der größte Teil der Ortschaften wieder aufgerichtet. Zwei Drittel der Bevölkerung sind in ihre alten Wohnsitze zurückgekehrt. Die Häuser sind nach modernen Prinzipien, aber völlig im alten Stil aufgerichtet. In Ypern ließ man die Ruinen der alten berühmten Tuchhalle stehen; man suchte sie nur zu stützen. Die Peterskirche und die Martinskathedrale werden neu aufgebaut; die Grande Place wird bald aussehen wie vor dem Krieg. In Nieupoort ist ein Viertel, in dem fast völlig zerstörten Dixmuiden die Hälfte der Häuser bereits wieder fertig. Die Kathedrale in Nieupoort, die aus dem 13. Jahrhundert stammt, ist ausgebessert. Am Rand der größeren Städte wurden Arbeiter- und Gartensiedelungen angelegt.  $\diamond$  In Budapest sucht man der außerordentlich drückenden Wohnungsnot jetzt durch den Bau amerikanischer *Betonhäuser* nach dem Patent eines Ingenieurs Pollak zu steuern, der vor kur-

zem das erste solche Haus aus 2 Zimmern, Küche, Kammern und Vorzimmer innerhalb einer Woche für den Preis von 213 000 Kronen herstellte. Die Stadt hat daraufhin den Bau weiterer 250 Betonhäuser bewilligt. ◊ Der Leiter des Verlags Alexander Kogan will im Frühjahr eine Kunstexpedition nach *Palästina* ausrüsten und leiten. Sie soll die Studien für ein Prachtwerk machen, das künstlerische, ethnographische und wissenschaftliche Arbeiten mit Illustrationen bringen wird. ◊ Der englische Städtebauer Patrik Geddes /Bombay/ hat einen Entwurf für die hebräische *Universität Jerusalem* geschaffen, der der Umgebung des Landes angepaßt ist. Geddes machte zu diesem Zweck umfangreiche Vorstudien in Palästina. Die Universität soll auf dem nördlich des Ölbergs liegenden Skopus errichtet werden. Da die bedeutenden Kosten für das gesamte Bauwerk nicht sofort aufgebracht werden können, will man die Universität in Einzelinstituten aufbauen.

**Literatur** Die von Bruno Taut herausgegebene Zeitschrift *Frühlicht* /Magdeburg, Karl Peters/ stellt sich in der Tendenz als Fortsetzung seines Berliner *Frühlichts* dar. In der Hauptsache soll sie wohl über Tauts Tätigkeit als Magdeburger Stadtbaurat Bericht geben, darüber hinaus aber allgemeine architektonische Probleme erörtern helfen. Die 2 ersten Hefte enthalten fraglos manche Anregungen. Aber es wäre schön, wenn hier statt der ewigen "Anregungen" Entscheidungen, Klarstellungen, gründliche Untersuchungen, sachliche Mitteilungen gegeben würden. Nach den ersten Hefen habe ich den etwas deprimierenden Eindruck: Eine deutsche Kunstzeitschrift mehr, und ein Werkzeug für die Zukunft weniger. Um das schöne Prinzip "Ich geh nach allen Seiten hin" zu bewähren, sollte es nicht Bruno Tauts bedürfen. Dieses unverbindliche Programm haben schon 20 andere Herausgeber auch. Und meines Wissens kommt gerade das *Frühlicht*, pedantisch wie es ist, immer aus der *einen* Seite. Die Neigung für mittelalterliche Mystik ist hier sehr stark. Die typographische Durcharbeitung durch die Druckerei A. Wohlfeld in Magdeburg ist korrekt und technisch einwandfrei, doch künstlerisch ohne Einheit. ◊ Als *Hollandheft* erschien ein Heft der Zeitschrift *Feuer* /Saarbrücken, Gebrüder Hofer/. Friedrich Markus Huebner schrieb über die holländische Stilgruppe, der Verfasser

dieser Rundschau über die Grundlagen der architektonischen Tradition des Landes. Die Weiterführung dieser Arbeit in die Gegenwart gibt meine Schrift *Holländische Baukunst in der Gegenwart* /Berlin, Ernst Wasmuth/. ◊ Die *Kornscheuer* /Berlin, Verlag der Kornscheuer/ enthält einen Aufsatz des Herausgebers Constantin I. David *Der Deutsche Werkbund und die Gewerbeschau München 1922*. »Da«, wie er ausführt, »Deutschlands Handwerkerschaft und Künstlerschaft unter keinen Umständen bis zum Mai 1922 irgendwie schon eine ernsthafte Leistung, die den Keim der neuen Entwicklung in sich trägt, zeigen kann . . . , so wird die Gewerbeschau, entgegen den Wünschen des deutschen Handwerks und der deutschen Kunst, entweder altes, längst Bekanntes oder Überhastetes, Unreifes und Lächerliches bringen . . . Es bleibt nur ein einziger Ausweg: der Appell an das Gewissen der Gewerbeschauveranstalter, die Schau bis 1924 oder 1925 zurückzustellen, ohne Scham, mit Größe und wenn nötig, mit Mut. Es handelt sich hier nicht mehr um irgendeine Organisation und irgendeine Veranstaltung, sondern es handelt sich um grundlegende Dinge von weitesttragender Bedeutung und von einer Wichtigkeit, die für die Entwicklung eines Volkes, wie des heruntergekommenen deutschen, Sein oder Nichtsein bedeuten.« Die gleiche Zeitschrift brachte einen Aufsatz Walter Curt Behrendts *Die Schicksalsstunde des Deutschen Werkbundes*, in dem es heißt: »Vor 2 Jahren, als in Stuttgart Hans Poelzig zum Vorsitzenden gewählt wurde, regte sich allgemein die Hoffnung, daß der neue Mann kraft seiner Persönlichkeit den Werkbund in neue Bahnen führen und seiner Arbeit neue Ziele stecken würde. Die Neuwahl in München hat diese Hoffnung vorzeitig begraben, und die Begründung, mit der der Übergang des Vorsitzes von Poelzig auf Riemerschmid begleitet wurde, hat gezeigt, daß jede Zuversicht falsch war, daß der Werkbund vielmehr seine bereits vor dem Krieg überholte Kunstpolitik fortsetzen wird. Diese Politik gipfelte in der Inszenierung großer In- und Auslandsausstellungen, bei denen die allzu bewußt und aufdringlich betonte Absicht den Markt zu erobern meist allzusehr die Verpflichtung zur Qualitätsleistung beeinträchtigte, die allein doch solche Veranstaltungen hätte rechtfertigen können. Dieser Ausstellungspolitik ist jetzt in München auch die Person Poelzigs geopfert worden.«